

Lizentiatsarbeit, eingereicht bei der
Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg (CH),
Seminar für Sozialanthropologie, Prof. Dr. Christian Giordano
von Bernadette Brunner

Zielgruppenerreichung durch integrationsfördernde Projekte
Sozialanthropologische Betrachtung eines Vertrauensproblems

Bernadette Brunner
Burgerstrasse 6
3063 Ittigen

031 922 12 00
bernadette.brunner@gmx.net

- Juni 2007 -

**« L'intégration est quelque chose
qui n'existe pas. C'est un objectif
inatteignable, c'est une utopie.
Mais c'est une utopie nécessaire. »**

– Claudio Micheloni, ehem. Generalsekretär des Forums für
die Integration der MigrantInnen

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einleitung und Fragestellung	5
2	Theoretischer Rahmen	7
2.1	Integration: Eine Frage des Diskurses	7
2.1.1	Der Integrationsbegriff in der Theorie	7
2.2	Vertrauen und Misstrauen	10
2.2.1	Vertrauen: Eine soziale Ressource zur Bewältigung von Komplexität	11
2.2.2	Bezugsobjekte von Vertrauen: Persönliches vs. Systemvertrauen	12
2.2.3	Faktoren der Vertrauensbildung	15
2.2.3.1	Vertrauensdisposition	15
2.2.3.2	Indikatoren der Vertrauenswürdigkeit	16
2.2.3.3	Bereichsspezifität	18
2.2.3.4	Vertrauensgaranten	19
2.2.4	Misstrauen: Eine alternative soziale Ressource zur Bewältigung von Komplexität	21
2.2.5	Vertrauen im Migrationskontext	23
3	Forschungskontext und -methoden	25
3.1	Der Forschungskontext	25
3.1.1	Die schweizerische Migrationspolitik im Wandel der Zeit	25
3.1.2	Die Integrationsförderung der Stadt Luzern	31
3.1.2.1	Die Projektförderung der Stadt Luzern	33
3.1.3	Die Zielgruppe „Migranten“	36
3.1.3.1	Begriffliche Eingrenzung	36
3.1.3.2	Soziodemografische Kennzahlen	38
3.2	Die Forschungsmethoden	40
3.2.1	Datenerhebung	40
3.2.1.1	Zugang zum Forschungsfeld	41
3.2.1.2	Interviews	41
3.2.1.3	Teilnehmende Beobachtung	45
3.2.2	Datenanalyse	46
4	Analyse und Interpretation	49
4.1	Nutzungshindernisse auf Seiten der Zielgruppe	49
4.1.1	Information: Mangel und Überlastung	49
4.1.2	Zeitliche, finanzielle und körperliche Belastung	51
4.1.3	Einstellung zur Integration	52
4.1.4	Bedarf: Eine Frage der Definitionsmacht?	56
4.1.5	Problemlösungsstrategien: Familiensolidarität als soziales Kapital	59
4.1.6	Vertrauensdisposition: Wenn öffentliches Misstrauen migriert	62
4.2	Erfolgsfaktoren in der Projektarbeit	66
4.2.1	Ressourcen: „Ein Projekt braucht ein Herz“	67
4.2.2	Nähe zur Zielgruppe: „Mitplanen, mitdenken, mithelfen“	69

4.3	Kommunikationskanäle	73
4.3.1	Schriftliche Kommunikation: „Wir reden viel, schreiben weniger“	73
4.3.2	Persönliche Kommunikation: „An die Tür klopfen und Tee trinken“	76
4.3.3	Migrantenorganisationen: „Wir organisieren – sie kommen“	79
5	Schlussfolgerungen	82
6	Bibliografie	86
Anhang		91
	Abkürzungsverzeichnis	91
	Verzeichnis der Interviewpartner	92

1 Einleitung und Fragestellung¹

Die Integration von Migrant*innen hat zurzeit Hochkonjunktur. Wie die Eidgenössische Ausländerkommission feststellt, sind gegenwärtig in zahlreichen Ländern Westeuropas Bestrebungen im Gange, Jahrzehnte der Vernachlässigung dieses Politikbereiches durch vermehrte Investitionen wettzumachen (EKA 2007: 8). So auch in der Schweiz. Mit Inkrafttreten des sogenannten Integrationsartikels (Art. 25a ANAG) im Jahre 1999 verfügte der Bund erstmals über eine rechtliche Grundlage, um mit seiner bis anhin passiven Haltung in integrationspolitischen Belangen zu brechen. Gestützt auf diesen Artikel konnte ein Programm zur Integrationsförderung² ins Leben gerufen werden. Durch die finanzielle Unterstützung von integrationsfördernden³ Kleinprojekten wurde beabsichtigt, eine Vielzahl lokaler Impulse zu setzen und so eine möglichst grosse Breitenwirkung zu erzielen (Schmid 2004: 3). Mit Erfolg: In den Jahren 2001 bis 2003 konnten 993 Projekteingaben vom Bund mitfinanziert werden (EKA 2004: 13). In den Jahren 2004 bis 2006 waren es bereits 1'721 (EKA 2006: 27). Die ersten Jahre der systematischen Integrationsförderung durch die Eidgenossenschaft waren geprägt von viel Aktionismus auf Seiten der Projektveranstaltenden. Mit den notwendigen monetären Mitteln wollte man endlich nachholen, was jahrelang versäumt worden war. Der Nachholbedarf war aus der Sicht der Trägerschaften enorm. Umso ernüchternder war deshalb die in vielen Fällen geringe Frequentierung der neuen Angebote durch die anvisierten Zielgruppen. Entsprechende Erfahrungen machte ich bereits in den ersten Tagen meines Praktikums bei der Integrationsbeauftragten der Stadt Luzern, in dessen Rahmen die Interviews zu der vorliegenden Arbeit entstanden sind. Die aufwändig in mehreren Sprachen geplante, vierteilige Informationsveranstaltung „Leben in Luzern“ vermochte durchschnittlich kaum mehr als eine Handvoll Migrant*innen⁴ pro Sprachgruppe zu mobilisieren. Auch eine zweite Durchführung, die wesentlich stärker beworben wurde, konnte nicht mehr Teilnehmende verzeichnen. Das Projekt wurde aufgrund der geringen Nachfrage eingestellt. Es handelt sich hierbei nicht um eine Einzelerfahrung der Stadt Luzern. Entgegen dem regelmässig in aktuellen Studien ausgewiesenen Bedarf an integrationsfördernden Massnahmen (vgl. z.B. BFM 2006) werden bestehende Angebote oft nur von einem kleinen Teil der potentiellen Nutzer in Anspruch genommen. Dies stellt nicht nur das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag von Angeboten in Frage, sondern die Legitimation der zu einem Grossteil aus Steuergeldern finanzierten Projekte als Ganze. In diesem Sinne stellt die Zielgruppenerreichung eine zentrale Herausforderung in der integrationsfördernden Projektarbeit dar. Diese Problematik wird in der Masse relevant bleiben, in der Integrationspolitik auch künftig auf

¹ Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der vorliegenden Arbeit nur die männliche Form verwendet. Die Ausführungen gelten jedoch für beide Geschlechter. Sind nur männliche Personen gemeint, wird dies speziell hervorgehoben.

² In Bezug auf die Möglichkeiten und Grenzen der Integrationspolitik ist festzuhalten, dass es sich dabei lediglich um eine Nischenpolitik handelt. Integration geschieht hauptsächlich in den Schulen und am Arbeitsplatz, also in den Einflussbereichen der Bildungs- und Wirtschaftspolitik. Die Wichtigkeit der Integrationsförderung besteht in erster Linie in der Verankerung von integrativen Anliegen in diesen und allen anderen gesellschaftlichen Bereichen.

³ In der Praxis wird Integration als der chancengleiche Zugang aller zu den Ressourcen einer Gesellschaft verstanden. In diesem Sinn kann Integrationsförderung als die Verbesserung dieses Zugangs verstanden werden (Beauftragte für Integrationsfragen des Kantons Zürich 2007a: 13).

⁴ Auch wenn im Folgenden ausschliesslich von Migrant*innen die Rede ist, soll dies nicht bedeuten, dass in Bezug auf Schweizer keine Probleme hinsichtlich Zielgruppenerreichung bestehen. So musste beispielsweise das Projekt „Tandem“ des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks Zentralschweiz eingestellt werden, weil nicht genügend Schweizer Teilnehmende gefunden werden konnten. An einer Partnerschaft mit Einheimischen interessierte Migrant*innen waren hingegen ausreichend vorhanden.

dem Prinzip der Freiwilligkeit basieren wird.⁵ Aus diesem aktuellen Wissensbedarf der Praxis leitet sich die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit ab:

- *Wie kann die Erreichung der Zielgruppe der Migranten⁶ durch integrationsfördernde Projekte verbessert werden?*

Den folgenden drei Teilaspekten des Themas der Zielgruppenerreichung soll dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden:

- *Worin bestehen die Hindernisse zur Nutzung von integrationsfördernden Projekten auf Seiten der Zielgruppe?*
- *Welches sind die Faktoren, die integrationsfördernden Projekten eine möglichst erfolgreiche Rekrutierung von Teilnehmenden ermöglichen?*
- *Welche Kanäle sind zur Kommunikation mit der Zielgruppe geeignet?*

Der Beantwortung dieser Fragen liegt folgende Forschungshypothese zu Grunde:

- *Die geringe Nutzung integrationsfördernder Projekte ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass solche organisierten Vorgehensweisen nicht den Strategien der Zielgruppe entsprechen und deshalb wenig geeignet sind, um das zur Nutzung notwendige Vertrauen zu schaffen.*

Die vorliegende Arbeit ist folgendermassen gegliedert: Auf Einleitung und Fragestellung folgt die theoretische Auseinandersetzung mit dem Forschungsgegenstand. Dies beinhaltet zum einen die kurze Diskussion des Integrationsbegriffes, der je nach Diskurs sehr unterschiedlich ausgelegt werden kann und mehrere Ebenen umfasst. Zum anderen werden die sozialen Ressourcen „Vertrauen“ und „Misstrauen“ eingehend betrachtet, da diese beiden Phänomene als Denk-, Wahrnehmungs- und Verhaltensdispositionen einen entscheidenden Einfluss auf den Integrationsprozess einer Person haben können. Ein Unterkapitel geht dabei spezifisch auf Vertrauen im Migrationskontext ein. Der dritte Teil der Arbeit beschäftigt sich zunächst mit dem Forschungskontext. Genauer gesagt mit der schweizerischen Migrationspolitik der letzten Jahrzehnte, der Integrationsförderung der Stadt Luzern und der Zielgruppe „Migranten“. Letztere wird durch eine praxisbezogene Definition und ihre soziodemographische Beschreibung eingegrenzt. Weiter werden im dritten Teil die verwendeten Forschungsmethoden erörtert. Im Kapitel 3.2.1.2 werden die verschiedenen Gruppen von Interviewpartnern vorgestellt. Der vierte Teil widmet sich der Analyse und Interpretation der im Feld gewonnenen Daten. Hier werden die bereits erwähnten drei Teilaspekte der Forschungsfrage wieder aufgegriffen: Es stehen also die Fragen nach den Nutzungshindernissen auf Seiten der Zielgruppe, nach den Erfolgsfaktoren, die ein Projekt ausmachen und den geeigneten Kanälen zur Erreichung der anvisierten Migranten im Mittelpunkt. Diese Fragen werden aus der Sicht der verschiedenen interviewten Akteure und unter Einbezug der Erkenntnisse aus dem Theorieteil beantwortet. Die Schlussfolgerungen finden sich schliesslich im fünften Teil dieser Arbeit.

⁵ Mit den im neuen Ausländergesetz vorgesehenen individuellen Integrationsvereinbarungen sollen Zugewanderte vermehrt zu Integrationsmassnahmen, wie z.B. zum Besuch eines Deutschkurses, verpflichtet werden können. Die konkrete Umsetzung dieses Instrumentes ist jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch weitgehend unklar. Nicht betroffen sind Migranten aus EU- bzw. EFTA-Mitgliedsstaaten, für die das Prinzip der Freiwilligkeit auf jeden Fall auch weiterhin bestehen bleibt.

⁶ Im Kapitel 3.1.3.1 findet sich eine an der aktuellen Praxis orientierte Definition der Zielgruppe von integrationsfördernden Projekten.

2 Theoretischer Rahmen

2.1 Integration: Eine Frage des Diskurses

In der Diskussion um die Eingliederung der Migrationsbevölkerung genießt der Integrationsbegriff zurzeit grosse Popularität, im wissenschaftlichen genauso wie im politischen oder alltäglichen Sprachgebrauch. „Alle reden von Integration, niemand ist dagegen, jeder findet sie gut, ja dringend nötig“ (Beglinger 2006: 16) beschreibt ein Journalist die gegenwärtige Atmosphäre treffend. Insbesondere in der aktuellen politischen Debatte fällt die Einhelligkeit auf, mit der Parteivertreter aller Couleur Integration fordern. Ob so viel Einigkeit von Links bis Rechts drängt sich dem Beobachter der Verdacht auf, dass es sich beim Integrationsbegriff lediglich um eine politisch korrekte Worthülse handelt, hinter der je nach Anliegen und politischer Gesinnung verschiedene Begriffsverständnisse stehen können. Für die einen ist integriert, wer die Umgangssprache beherrscht, für die anderen, wer nicht auffällt und für Dritte, wer dem Sozialstaat nicht zur Last fällt. Hinter dem Begriff „Integration“ verbergen sich sowohl in der Praxis als auch in der Theorie höchst unterschiedliche Konzepte. Die fehlende Klarheit und Widersprüchlichkeiten in der Verwendung des Ausdruckes sind problematisch. Wie Sancar-Flückiger (1995a: 52) konstatiert, hängt die Beantwortung der Frage, ob Zugewanderte integriert sind, vom jeweiligen Integrationsverständnis ab. Letzteres beeinflusst auch die Ansichten über Nutzen und Ausgestaltung von integrationsfördernden Massnahmen. Deshalb ist es umso wichtiger, verschiedene Diskurse zu unterscheiden. Neben der analytischen Kategorie „Integration“ finden wir u.a. das politische Programm und das gesellschaftliche Ziel „Integration“. Nachfolgend steht der Begriff, wie er in der sozialwissenschaftlichen Literatur verwendet wird, im Mittelpunkt.

2.1.1 Der Integrationsbegriff in der Theorie

Wissenschaftliche Beiträge zu Eingliederungsprozessen von Migranten zeichnen sich durch eine verwirrende Vielfalt von synonym oder ähnlich eingesetzten Ausdrücken aus, wie z.B. Assimilation, Integration, Akkulturation, Absorption, Adaption, Inklusion oder Emanzipation (s.a. Piguet 2005: 143). Die Verwendung der jeweiligen Begriffe erfolgt konzeptabhängig und wenig einheitlich. Im Folgenden wollen wir einen kurzen Blick auf die Anfänge der Migrationsforschung werfen, um uns anschliessend eingehender mit der Verwendung des Integrationsbegriffes zu befassen.

In der Migrationsforschung beschäftigte man sich bereits früh mit der Frage der Eingliederung von Zuwanderern. Dabei fand der Ausdruck „Assimilation“ lange Verwendung als genereller Oberbegriff für Eingliederungsprozesse (Sackmann 2004: 23). In zahlreichen Sequenz- und Zyklenmodellen wurde der Assimilationsvorgang als lineare Abfolge von Stadien dargestellt, die jeder Migrant durchschreitet und an dessen Ende die gänzliche Angleichung an die Aufnahmegesellschaft steht.⁸

⁷ Der Begriff stammt vom lateinischen *integratio*, das mit „Erneuerung“ übersetzt werden kann.

⁸ Als Beispiel sei hier kurz das Modell des Race Relations Cycle von Robert E. Park und Ernest W. Burgess skizziert, das wertvolle Impulse für die weitere Migrationsforschung lieferte. Der von den beiden Exponenten der *Chicago School of Sociology* in den 1920er Jahren entwickelte Zyklus geht davon aus, dass Gruppen, die durch Migration in einem Gebiet aufeinander treffen und anschliessend zusammenleben, fünf Phasen durchlaufen. In einer ersten, der so genannten Kontaktphase, nähern sich die Gruppen einander vorsichtig an. In der darauf folgenden Wettbewerbsphase wetteifern sie um die knappen Ressourcen, wie Wohnungen und Arbeitsplätze, was in der dritten, der Konfliktphase, zu Auseinandersetzungen führt. In Stadium vier, der Akkomodationsphase, finden die Gruppen zu einem gemeinsamen *modus vivendi*. Worauf in der abschliessenden Assimilationsphase schliesslich alle Gruppenunterschiede verschwinden. Unter anderem durch exogames Heiratsverhalten entsteht eine neue Gesamtgruppe (Han 2000: 43f.).

Die Annahme, dass Eingliederungsprozesse linear in Richtung Assimilation verlaufen müssen und zwingend die restlose Aufhebung von Gruppenidentitäten mit sich bringen, ist heute nicht mehr haltbar. Wie die Biographien von vielen Zuwanderern zeigen, können Eingliederungsprozesse auch durch Diskontinuität und Regression geprägt sein (Han 2000: 45). Neuere Forschungen zeigen auch, dass Migration nur in den seltensten Fällen als radikaler Bruch mit der Herkunftsgesellschaft betrachtet werden kann. Viel häufiger handelt es sich dabei, wie im Rahmen der Transnationalismusdebatte richtig erkannt wurde, um einen „Prozess der permanenten Verflechtung von zwei Gesellschaften [...], in dem die MigrantInnen als verflechtende AkteurInnen auftreten“ (Sancar-Flückiger 1995a: 77; s.a. Glick Schiller/Basch/Blanc-Szanto 1997: 81). Als Referenzrahmen für Handlungs- und Denkprofile dienen sowohl Herkunfts- als auch Residenzgesellschaft. Im Ursprungsland erworbene Dispositionen stehen in Wechselwirkung mit neuen Erfahrungen (Sancar-Flückiger 1995a: 73). Migranten verharren also nicht starr in alten Mustern, sondern verbinden diese mit aktuellen Erfahrungen und leiten daraus neue Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsmuster ab. Lanfranchi (2002: 79) definiert diese faktischen und mentalen Pendelbewegungen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeort als Balanceakt zwischen unterschiedlichen Bedürfnissen kultureller, sozialer und ökonomischer Natur. Der Integrationsbegriff trägt diesen empirischen Befunden Rechnung, in dem er alternativ zum Assimilationsbegriff den Prozess einer erfolgreichen Eingliederung beschreibt, die nicht die einseitige, progressive Anpassung und das völlige Aufgehen der zugewanderten Bevölkerung in der Mehrheitsgesellschaft zum Inhalt hat. Doch werfen wir zunächst einen Blick auf die Verwendung von „Integration“ als allgemeines wissenschaftliches Konzept. Auch hier wird der Begriff mit unterschiedlichen Bedeutungen assoziiert, wie die folgende, nicht abschliessende Zusammenstellung von gebräuchlichen, nicht spezifischen Definitionen verdeutlicht. Integration wird definiert als:

- Herstellung einer Struktur aus Einzelementen;
- Verdichtung bzw. Verbesserung von Beziehungen innerhalb einer bestehenden Einheit;
- Hinzufügen einzelner Elemente oder Teilstrukturen zu einer bestehenden Struktur und das Zusammenfügen dieser zu einem verbundenen Ganzen (Heckmann et al. 2000: 7);
- Zustand eines Elementes oder Systems, nachdem es integriert worden ist (Duden 1997: 368).

Friedrichs und Jagodzinski (1999: 11) weisen darauf hin, dass Integrationsbegriffe grundsätzlich in zwei Kategorien eingeteilt werden können: Unter „absoluten Integrationsbegriffen“ werden all jene Umschreibungen zusammengefasst, die den Zustand eines Systems zum Inhalt haben. Dagegen beschreiben „relationale Integrationsbegriffe“ Beziehungen zwischen einem oder mehreren Teilen und dem Ganzen, d.h. die Eingliederungsprozesse von Einzelementen oder Teilstrukturen in eine Einheit. Auch in der sozialwissenschaftlichen Diskussion um die Integration von Zuwanderern finden wir diese Dichotomie von Systemintegration und Sozialintegration (s.a. Lockwood 1992: 400). Primär stehen jedoch die mit der Integration von Individuen und Gruppen in eine Gesellschaft oder deren Teilbereiche verbundenen Prozesse und weniger die Integration der Gesellschaft als Ganzes im Zentrum der einschlägigen Literatur (Esser 2004: 40; Sackmann 2004: 45). In diesem Sinne definieren Heckmann et al. (2000: 8) Integration als:

Eingliederung neuer Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen und die Art und Weisen [der Verknüpfung] diese[r] neuen Bevölkerungsgruppen mit dem bestehenden System sozioökonomischer, rechtlicher und kultureller Beziehungen.

Die Systemtheorie nach Luhmann (1984) lehrt uns, dass moderne Gesellschaften in funktional ausdifferenzierte Teilsysteme, wie z.B. Wirtschaft, Recht, Politik, Familie, Religion oder Wissenschaft, unterteilt werden können. Individuen werden in solche Gesellschaften nicht als Ganze einbezogen, sondern ihre Inklusion erfolgt je nach Teilsystem unterschiedlich (Sancar-Flückiger 1995b: 10). Folglich ist die Unterscheidung von spezifischen Inklusionsbereichen auch in Bezug auf die Integration von Migranten sinnvoll. Die integrationstheoretische Literatur bietet ein breites Spektrum an variierenden Unterteilungen.⁹ Ich stütze mich nachfolgend auf die vier von Schramkowski (2006: 85) unterschiedenen Integrationsebenen und ergänze diese durch zwei weitere:

- Funktionale Integration: Unter funktionaler Integration versteht Schramkowski den Erwerb von Kenntnissen der am Aufenthaltsort gesprochenen Sprache und von Orientierungswissen als Voraussetzung für eine selbständige Lebensführung und das Besetzen von Positionen in der Aufnahmegesellschaft.
- Strukturelle Integration: Dieser Begriff umfasst sowohl die Zugangsmöglichkeiten als auch die Teilhabe von Migranten an gesellschaftlichen Strukturen, wie z.B. dem Wirtschaftsleben, dem Arbeitsmarkt, dem Bildungssystem und dem Wohnungsmarkt.
- Soziale Integration: Die soziale Integration bezieht sich auf die Einbindung der Zugewanderten in informelle Beziehungsnetze der Mehrheitsgesellschaft. Dazu gehören z.B. freundschaftliche oder nachbarschaftliche Kontakte, Vereins- oder Gruppenzugehörigkeiten.
- Identifikatorische Integration: Dieser Ausdruck umschreibt Zugehörigkeitsgefühle zur Aufnahmegesellschaft. Schramkowski betont, dass die Akzeptanz von Migranten als gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder eine grundlegende Voraussetzung für ihre Identifikation mit dem jeweiligen sozialen System darstellt. Zugehörigkeitsempfindungen zur Herkunftsgesellschaft sind dadurch jedoch nicht ausgeschlossen, vielmehr kennzeichnen Mehrfachzugehörigkeiten das Leben vieler Menschen mit Migrationshintergrund.¹⁰
- Rechtliche Integration: Anders als bei Schramkowski soll die rechtliche Integration hier als eigenständige Kategorie aufgeführt werden. Insbesondere da die rechtlichen Rahmenbedingungen, wie z.B. Aufenthaltsbestimmungen oder der Zugang zu politischen Rechten, immer wieder ein zentrales Thema in den geführten Interviews darstellten.
- Normative Integration: Nicht genügend hervorgehoben wird in Schramkowskis Zusammenstellung auch die normative Integration. Es ist jedoch gerade die damit umschriebene Übernahme von in der Aufnahmegesellschaft vorherrschenden Wertorientierungen, die in der öffentlichen Debatte immer wieder zu hitzigen Diskussionen führt.

Wie diese Gliederung zeigt, handelt es sich bei der Integration um einen vielschichtigen Prozess. Die verschiedenen Ebenen sind eng miteinander verwoben und beeinflussen sich gegenseitig, so kann sich z.B. eine gute soziale oder strukturelle Integration positiv auf die Sprachbeherrschung und damit auf die funktionale Integration auswirken, während gute Sprachkenntnisse auch das Entstehen von privaten Kontakten zu Einheimischen und die berufliche Integration erleichtern können. Migranten sind genauso wie die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft unterschiedlich gut in die verschiedenen Integrationsbereiche eingegliedert. Laut Domenig, Gross Salis und Wicker

⁹Von grossem wissenschaftlichem Einfluss war beispielsweise die duale Unterscheidung von Hoffmann-Nowotny (1973) zwischen struktureller Integration (Partizipation an gesellschaftlichen Strukturen) und kultureller Assimilation (Partizipation an der Kultur der Aufnahmegesellschaft).

¹⁰ In den frühen Assimilationstheorien wurde die doppelte Orientierung nur als Übergangsstadium in einem linearen Assimilationsprozess verstanden. Aktuelle empirische Befunde zeigen jedoch, dass es sich dabei um eine eigenständige Eingliederungsform handelt (Sackmann 2004: 28).

(2000: 18) ist auch der Wunsch nach Integration je nach Bereich unterschiedlich stark ausgeprägt. Während beispielsweise eine gute Integration am Arbeitsplatz, der Zugang zu einer Ausbildung oder zum Gesundheitssystem für viele Zugewanderte im Zentrum stehen, scheint der Wunsch nach vermehrter sozialer Integration in die Beziehungsnetze der Mehrheitsgesellschaft gerade bei der ersten Einwanderergeneration weniger virulent zu sein.

Integration gilt dann als erfolgreich, wenn Migranten in dem Masse am gesellschaftlichen Leben teilnehmen wie Einheimische und sie chancengleichen Zugang zu den Funktionssystemen und Statuspositionen in einer Gesellschaft haben. Dabei spielen individuelle Voraussetzungen, wie Alter, Bildungsgrad, Zeitpunkt und Grund der Einwanderung, familiäre Netze, Motivation etc., genauso eine Rolle wie die Möglichkeitsstrukturen, denen Migranten in der Aufnahmegesellschaft gegenüberstehen. Es handelt sich demzufolge um einen zweiseitigen Prozess.

2.2 Vertrauen und Misstrauen

„Wem vertrauen Sie?“ wurden die Schweizer unlängst im Rahmen einer Abstimmungskampagne gefragt. Gemäss einer Umfrage unter den Schweizer Lesern der Zeitschrift *Reader's Digest* müsste die Antwort darauf „Roger Federer“ lauten. 16% der Nennungen entfielen auf den Tennisspieler, während in anderen europäischen Ländern vor allem Politiker oder Mitglieder des Königshauses das meiste Vertrauen ihrer Landsleute geniessen (*Reader's Digest* 2006).¹¹ Doch welche Faktoren sind es, die eine Person oder ein Objekt vertrauenswürdig erscheinen lassen? Diese Frage beschäftigt Fachleute aus den verschiedensten Bereichen: Ökonomen, Werber, Politologen, Organisationspsychologen etc. Insbesondere im Marketing hat man längst erkannt, dass Vertrauen ein zentraler Faktor in der Erreichung der Zielgruppe ist. Kurz gesagt: „Kein Vertrauen – kein Geschäft“. Dies gilt auch für die Integrationsförderung. Die für diese Arbeit entstandenen Interviews zeigen, dass der Zugang zum Zielpublikum am erfolgreichsten über Vertrauensverhältnisse erschlossen werden kann. Misstrauen führt dagegen auf der Seite der Migranten zu Abwehrlagen und einem weitgehendem Rückzug aus der Mehrheitsgesellschaft. Für eine bessere Integration im Allgemeinen und eine erfolgreichere Zielgruppenerreichung im Speziellen kommt deshalb dem Vertrauensphänomen und den damit verbundenen Mechanismen grosse Wichtigkeit zu. Entsprechend wies Georg Simmel (1908: 263) bereits 1908 darauf hin, dass es sich beim Vertrauen um „eine der wichtigsten synthetischen Kräfte innerhalb der Gesellschaft“ handle.¹² Denn „[w]ir bauen unsere wichtigsten Entschlüsse auf ein kompliziertes System von Vorstellungen, deren Mehrzahl das Vertrauen, dass wir nicht betrogen sind, voraussetzt“ (ebd. 260).

Im Folgenden werfen wir zunächst einen Blick auf die Vielfalt von sozialen Funktionen, die Vertrauen erfüllt. Anschliessend widmen wir uns den Unterschieden zwischen persönlichem und Systemvertrauen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Faktoren, die in die Vertrauensbildung einfließen: die individuelle Vertrauensdisposition, die Indikatoren der Vertrauenswürdigkeit, die Bereichsspezifität von Vertrauen und die Rolle von Vertrauensgaranten. „Misstrauen bringt weiter als Zutrauen“ legt uns ein Sprichwort nahe. Ob dem so

¹¹ Den Befragten wurden keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben.

¹² Dennoch beklagt sich der deutsche Soziologe Niklas Luhmann (2000a: 1) noch 1968 über das „leider spärliche [...] Schrifttum, das sich thematisch mit Vertrauen befasst“. Die Wichtigkeit des Phänomens wurde in den Sozialwissenschaften zwar „oftentimes acknowledged but seldom examined“, wie es Gambetta ausdrückt (2000: vii). Zu einer eingehenderen Beschäftigung mit dem Thema führten schliesslich die politisch-sozialen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa (Hartmann 2001: 19f.). Die grossen Schwierigkeiten, auf die postkommunistische Staaten bei der Verankerung von demokratischen Institutionen bis heute stossen, rückten Vertrauen als grundlegende soziale Ressource vermehrt ins Zentrum des sozialwissenschaftlichen Interesses.

ist, wird im Unterkapitel „Misstrauen“ geprüft. Den Abschluss des Theorieteils bilden einige Überlegungen zum Thema „Vertrauen im Migrationskontext“.

2.2.1 Vertrauen: Eine soziale Ressource zur Bewältigung von Komplexität

Auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage nach der Funktion von Vertrauen, stoßen wir bei Luhmanns systemtheoretischer Konzeptualisierung des Phänomens auf die Aussage, dass Vertrauen „a solution for specific problems of risk“ (2000b: 95) darstellt. Die besagten Risikoprobleme gründen auf der für das Individuum unmöglich fassbaren Komplexität der sozialen Welt. In funktional differenzierten Gesellschaften sind wir mit immer mehr anderen konfrontiert, über die wir immer weniger wissen. Die Tatsache, dass jeder Mensch seinen eigenen Zugang zur Welt hat, diese anders erlebt und beurteilt und seine Handlungen frei bestimmen kann, wird zum Unsicherheitsfaktor (ders. 2000a: 6f). Sztompka (1999: 30) umschreibt den Risikofaktor „Mitmensch“ wie folgt:

From our perspective the most important forms of risk refer to the humanly created future, threats due to the actions of other people (personal, social, political, economic risks, for example, the risk of infidelity in marriage, of disloyalty in friendship, as well as the risks of war, economic crisis, crime, and so forth.

Es ist nicht möglich, sich über künftiges Verhalten anderer lückenlos zu informieren und die potentiell möglichen Verhaltensweisen unserer Mitmenschen übersteigen unsere Vorstellungskraft bei weitem. Die soziale Interaktion unter diesen Umständen des unvollständigen Wissens ist risikoreich und koordiniertes Handeln nicht erwartbar. Um die Handlungsunfähigkeit des Individuums und soziales Chaos zu vermeiden, braucht es deshalb wirksame Vereinfachungs- respektive Ordnungsstrategien. Vertrauen ist ein solcher Mechanismus, der soziale Komplexität reduziert, d.h. „eine Antwort auf unser Unwissen“ (Gambetta 2001: 212). Wo vollständige Informationen über das Gegenüber fehlen, überbrückt es Wissenslücken und nimmt damit Zukunft vorweg. Der Vertrauende blendet Risiken aus, die faktisch nicht ausgeschlossen werden können. Er ignoriert fehlende Informationen und handelt, als ob die Zukunft bekannt wäre. Durch diese „Täuschung“ (Luhmann 2000a: 38) entlastet er sein Handeln von der Komplexität der künftigen Welt. Gleichzeitig eröffnen sich dem Individuum durch die Ressource „Vertrauen“ ganz neue, weiterreichende Handlungsmöglichkeiten: Wenn ich darauf vertrauen kann, dass mich mein Gegenüber nicht hintergeht, sind auch Kooperationen möglich, die sich nicht sofort auszahlen und die ich nicht durch und durch kontrollieren kann. Vertrauen erhöht folglich das Potential eines sozialen Systems für komplexe Strukturen, da es Interaktionen auch unter Bedingungen weitgehender Anonymität ermöglicht (ebd. 8f., 117). Dadurch steigert es die Wahrscheinlichkeit zwischenmenschlicher Kooperation.

Eine weitere Eigenschaft von Vertrauen ist, dass es die bei Transaktionen anfallenden Kosten senkt. Wer seinem Partner vertraut, kann sich ohne weiteres auf einen Handel mit ihm einlassen und darauf verzichten, umtriebige Vorabklärungen zu treffen oder ihn auf Schritt und Tritt zu kontrollieren. Für den, dem vertraut wird, bedeutet dies eine vorübergehende Befreiung von sozialer Kontrolle. Interaktionen mit Personen, denen wir Vertrauen schenken, sind frei von Ängsten, Argwohn oder Wachsamkeit und somit unbelasteter, offener und spontaner. Insgesamt kann durch Vertrauen in erheblichem Masse soziale Energie gespart werden (Sztompka 1997: 9f.).

Doch auch wenn Vertrauen bedeutet, dass wir von einer Person glauben „dass sie sich nicht in einer uns schädlichen Art und Weise verhalten wird, wenn sich ihr die Gelegenheit bietet“ (Gambetta 2001: 214), definieren sich Vertrauenssituationen gerade durch die Möglichkeit der Enttäuschung, die trotz dieses Glaubens bestehen bleibt. Risikofreie Interaktionen bieten kaum Anlass

zur Bildung von Vertrauen oder wie es Simmel ausdrückt: „Der völlig Wissende braucht nicht zu vertrauen“ (1908: 263). Auch wenn wir eine Beziehung aufgrund des vorhandenen Vertrauens für wenig riskant halten, kann sie doch objektiv gesehen äusserst risikoreich sein. Wir können noch so viele Hinweise auf die Vertrauenswürdigkeit unseres Gegenübers besitzen, er verfügt in Vertrauenssituationen immer über die Freiheit, die in ihn gesetzten Erwartungen nicht zu erfüllen. Besteht diese Freiheit nicht, z.B. wenn eine Interaktion unter Zwang erfolgt oder komplett vertraglich geregelt ist, liegt kein Vertrauen vor.¹³ Luhmann (2000a: 53) definiert ein „gewichtiges Interesse“ von Seiten des Interaktionspartners an einem Vertrauensbruch sogar als Rahmenbedingung für Vertrauenssituationen. Dementsprechend bezieht sich Vertrauen „also stets auf eine kritische Alternative, in der der Schaden beim Vertrauensbruch grösser sein kann als der Vorteil, der aus dem Vertrauenserweis gezogen wird“ (ebd. 28f.). Objektiv gesehen kann Vertrauen das mit einer zwischenmenschlichen Handlung verbundene Risiko also nicht bannen, es vermindert es lediglich. Vertrauen zu erweisen kommt stets einer „riskanten Vorleistung“ (ebd. 27) gleich, von der der Vertrauende erst im Nachhinein wissen kann, ob sie gerechtfertigt war. Je nachdem, ob er in seinem Vertrauen bestätigt oder enttäuscht wurde.

Zusammenfassend lässt sich bisher über Vertrauen sagen, dass es durch Komplexitätsreduktion nicht nur den Einzelnen entlastet und handlungsfähig macht, es steigert auch die Wahrscheinlichkeit von Kooperation, verringert die dabei anfallenden Transaktionskosten und ermöglicht koordiniertes Handeln auch unter weitgehend anonymen Bedingungen. Es ordnet den Alltag und macht ihn voraussehbar. Diese positiven Eigenschaften, lassen die Folgerung zu, dass Vertrauen wertvolles soziales Kapital im Sinne des französischen Soziologen Pierre Bourdieu darstellt.¹⁴ Vertrauen wirkt auch vertrauensbildend, denn wie Gambetta (2001: 237) erklärt, ist es keine Ressource, „die sich durch Gebrauch verringert; im Gegenteil, je mehr sie genutzt wird, desto mehr gibt es wahrscheinlich von ihr“.

2.2.2 Bezugsobjekte von Vertrauen: Persönliches vs. Systemvertrauen

Mit der Komplexität einer Gesellschaft wächst auch das Bedürfnis nach Vertrauensformen, die über direkte zwischenmenschliche Interaktionen hinausgehende Handlungen ermöglichen. Luhmann (27: 2000a) unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen persönlichem und Systemvertrauen. Auch Giddens verwendet das Begriffspaar *personal* und *system trust* (vgl. 1990: 15). Synonym dazu drückt er diese Dichotomie jedoch meistens in der Gegenüberstellung von *facework* und *faceless commitments* aus, d.h. der Abgrenzung zwischen gesichtsabhängigen und gesichtsunabhängigen Bindungen oder Verpflichtungen. Dabei definiert er gesichtsabhängige Bindungen als Vertrauensbeziehungen, welche die beidseitige Anwesenheit der Interaktionspartner voraussetzen und somit von eher geringer Reichweite sind. Gesichtsunabhängige Bindungen beziehen sich hingegen auf den Glauben an die Verlässlichkeit und Funktionstüchtigkeit von abstrakten sozialen Systemen (ebd. 1990: 80). Sie fördern die „Entbettung“ (engl. *disembedding*) sozialer Systeme. Mit diesem für Giddens zentralen Begriff, umschreibt er das Herausheben sozialer Beziehungen aus lokalen Interaktionskontexten und ihre Reorganisation über grosse Raum-Zeit-Abstände hinweg (ebd. 21,

¹³ Auch in Fällen, in denen die „vertrauende“ Partei nicht frei wählen kann, ob sie sich auf eine potentiell riskante Interaktion einlassen will oder nicht, handelt es sich nicht um eine Vertrauensbeziehung. Denn die betreffende Person kann vielmehr darauf *hoffen*, als darauf *vertrauen*, dass sich die Dinge in ihrem Interesse entwickeln.

¹⁴ Bourdieu etablierte den Begriff „Sozialkapital“ in Abgrenzung von ökonomischem und kulturellem Kapital in den Sozialwissenschaften. Er verstand darunter die „Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; oder anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen“ (Bourdieu 1983:190f.).

53). Das Vertrauen in abstrakte Systeme ermöglicht somit Transaktionen zwischen Akteuren, die räumlich und zeitlich von einander getrennt sind. Beispiele für solche weitgehend entpersonalisierten Interaktionen sind etwa das Vertrauen in den Wert des Geldes, im Sinne der „Abstraktion einer Tauschchance“ (Luhmann 2000a: 62), Vertrauen in die Legitimität politischer Macht (ebd. 69 ff.) oder Vertrauen in die funktionale Kompetenz von Experten, deren Wissen unhinterfragt übernommen werden kann (Giddens 1990: 27ff.). Die Kontrolle solcher Gebilde ist ohne spezifisches Wissen kaum mehr zu leisten und damit Fachleuten vorbehalten. Der Laie muss sich beim systemischen Vertrauen weitgehend auf seine Erfahrung verlassen, dass solche Systeme normalerweise so funktionieren, wie man es von ihnen erwartet (ebd. 29). Folgerichtig entlastet Systemvertrauen, anders als Personenvertrauen, bei dem man sich ständig vor Täuschungen in Acht nehmen muss, den Einzelnen davon, komplizierte Sachlagen zu durchschauen (Luhmann 2000a: 76).¹⁵ Systemvertrauen ist in diesem Sinne weniger spezifisch als persönliches Vertrauen. Es nimmt gegenüber seinen Bezugsobjekten die Form einer generellen Erwartungshaltung an, einer „Art von diffusem Gesamtvertrauen“ (ebd. 69). Dies wird auch darin deutlich, dass Luhmann in späteren Jahren nicht mehr von Systemvertrauen, sondern von *confidence* spricht, also von Zutrauen.¹⁶

Die für Systemvertrauen charakteristische Diffusität führt zu einer weitgehenden Immunität gegenüber Einzelereignissen, so hat beispielsweise die Affäre um die damalige Bundesrätin Elisabeth Kopp kein allgemeines Misstrauen der Schweizer Bürger gegenüber der Politik hervorgerufen. Persönliches Vertrauen kann dagegen bereits „durch verräterische Kleinigkeiten zum Platzen gebracht werden. Das Systemvertrauen braucht nicht immer wieder neu gelernt zu werden“ (ders. 2000a: ebd. 75). Anders als beim persönlichen Vertrauen hängt beim Systemvertrauen eine mögliche Enttäuschung nicht von unserem vorgängigen Verhalten ab. Es besteht also weder Notwendigkeit noch Anlass, das eigene Zutrauen zu hinterfragen, d.h. Systemvertrauen erfolgt in der Regel unreflektiert. Wir haben Zutrauen, dass Geld auch weiterhin als Zahlungsmittel akzeptiert wird, dass nicht plötzlich ein Auto aus der Kolonne ausschert und uns auf dem Gehsteig überfährt, dass Politiker versuchen, Krieg zu vermeiden etc. (ders. 2000b: 97f.).

Persönliches Vertrauen ist grundsätzlich stärker ausgeprägt als das Vertrauen in Institutionen und Systeme. Sztompka (1999: 42) geht davon aus, dass Vertrauen in „gradual, expanding, concentric circles“ von konkreten interpersonellen Beziehungen zum Vertrauen in abstraktere soziale Gebilde übergeht. Je enger der Kreis, desto grösser das Vertrauen.¹⁷ Gestützt auf empirische Daten äussern sich Schwerer und Thies (2003: 48) dazu wie folgt:

Je weiter entfernt sich ein Vertrauensobjekt vom eigenen sozialen Nahraum befindet, umso geringer ist die Bereitschaft, diesem Objekt mit Vertrauen zu begegnen.

Mit der Distanz zu einem Vertrauensobjekt nehmen auch die zugänglichen Informationen, Interaktions- und Kontrollmöglichkeiten ab, die einem Akteur beim Fällen seines Vertrauensurteils zur Verfügung stehen. Dies macht Vertrauen unter weitgehend anonymen Bedingungen weniger wahrscheinlich, da das einzugehende Risiko grösser ist als in vertrauenswürdigeren Situationen, die eher vorhersagbar sind. Je enger der Kreis, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich die Beteiligten auch

¹⁵ Wir müssen uns nicht das spezifische Wissen darüber aneignen, wie das Heizsystem unseres Hauses konstruiert ist, wir müssen lediglich wissen, wen wir anrufen können, wenn es defekt ist.

¹⁶ Nachfolgend werden die beiden Begriffe „Systemvertrauen“ und „Zutrauen“ synonym verwendet.

¹⁷ Fukuyama (1999: 2) operiert mit einem ähnlichen Konzept, den sog. *radii of trust*: „All groups embodying social capital have a certain radius of trust, that is, the circle of people among whom cooperative norms are operative. [...] A modern society may be thought of as a series of concentric and overlapping radii of trust [...]. These can range from friends and cliques up through NGOs and religious groups“.

nach einer Vertrauensleistung wieder begegnen werden und – in welcher Konstellation auch immer – erneut voneinander abhängig sein werden. Beziehungen welche diesem „Gesetz des Wiedersehens“ unterliegen, sind deshalb besser gegen Vertrauensbrüche geschützt als andere, die anonym ablaufen (Luhmann 2000a: 46). So vertraut man dem im Dorf ansässigen Händler eher als dem fliegenden, der bereits wenige Stunden nach einem Handel nicht mehr lokalisierbar ist und deshalb auch keine Sanktionen zu fürchten braucht. Das Gefälle zwischen persönlichem und Systemvertrauen ist auch eng mit dem Faktor „Reziprozität“ verbunden. Schenken wir in persönlichen Beziehungen Vertrauen, so erwarten wir dasselbe von unserem Gegenüber. Vertrauen wir jedoch einem System, ist die Erwidern dieses Vertrauens theoretisch nicht möglich. Diese Einseitigkeit ist ein weiterer Faktor, der dazu beiträgt, dass sich Systemvertrauen einerseits langsamer entwickelt und andererseits weniger intensiv ist als personales Vertrauen (Schweer/Thies 2003: 45f.). Das bisher Gesagte lässt sich mit folgendem Zitat von Giddens (1990: 114) zusammenfassen:

Trust in abstract systems provides for the security of day-to-day reliability, but by its very nature cannot supply either the mutuality or intimacy which personal trust relations offer.

Mit Blick auf moderne Institutionen lässt sich feststellen, dass personales und systemisches Vertrauen nicht selten eng verknüpft sind. Ein Grossteil unserer Kontakte mit abstrakten Systemen verlaufen über deren Repräsentanten.¹⁸ Im Alltag werden Banken durch Schalterbeamte verkörpert, Airlines durch ihr Flugpersonal und Regierungen durch Politiker. Indem diese Personen als Projektionsflächen für Vertrauen einerseits und als „Transporteure der Vertrauenswürdigkeit“ des Systems andererseits dienen, kommt es zu einer Vermischung von persönlichem und systemischen Vertrauen (ebd. 43). Systemrepräsentanten stellen, um einen Ausdruck Luhmanns zu verwenden, „authentischen Absender“ dar, obwohl sie nur das letzte Glied in einer „langen Kette der Informationsverarbeitung“ sind (Luhmann 2000a: 68). Es kommt gewissermassen zu einer Repersonalisierung, einer „Rückbettung“ im Sinne Giddens', indem entbettete soziale Beziehungen vorübergehend wieder an lokale Bedingungen von Raum und Zeit geknüpft werden (Giddens 1990: 79). Bei Giddens erhalten Orte solcher Zusammentreffen zwischen gesichtsabhängigem und gesichtsunabhängigem Vertrauen den Namen „access points of abstract systems“ (ebd. 83). Er charakterisiert sie zum einen als Orte der Verwundbarkeit abstrakter Systeme und zum anderen als Schnittstellen, an denen Vertrauen erhalten oder geschaffen werden kann (ebd. 88). Die erwähnte Verwundbarkeit rührt daher, dass an solchen Punkten sichtbar wird, dass Systeme letzten Endes auch „nur“ durch Menschenhand betrieben und damit nicht unfehlbar sind. Umso mehr Gewicht kommt daher dem vertrauenswürdigen Auftreten der Systemrepräsentanten zu, das eng mit der Vertrauenswürdigkeit des Systems verbunden ist. Idealerweise trifft der Laie auf „displays of manifest trustworthiness and integrity coupled with an attitude ‚of business-as-usual‘ or unflapability“ (ebd. 85), die seiner Skepsis entgegenwirken. Man stelle sich das Gegenteil vor: Die bei Turbulenzen verzweifelt betende Flugbegleiterin, den Lebensmittelhändler, der vor unseren Augen das überschrittene Haltbarkeitsdatum der angebotenen Waren überklebt etc. Ob wir abstrakten Systemen vertrauen oder nicht, hängt stark von den Erfahrungen ab, die wir an diesen Zugangspunkten machen. Negative Erlebnisse nehmen direkten Einfluss auf unser Bild des betreffenden Systems, „und dies selbst dann, wenn sie nur aus zweiter Hand oder über die Medien vermittelt wurden“

¹⁸ Gestützt auf diese Erkenntnis argumentiert Sztompka, dass die Unterscheidung zwischen systemischem und persönlichem Vertrauen wenig sinnvoll ist. Vertrauen werde letztendlich immer in menschliches Handeln gesetzt. So bestehe z.B. institutionelles Vertrauen in eine Regierung aus dem Vertrauen in diejenigen, die den verfassungsrechtlichen Rahmen geschaffen haben, die Regierenden selbst und die, die die Regierenden kontrollieren (Sztompka 1995: 258; 1999: 41f.).

(Sztompka 1995: 273). Giddens (1990: 91) warnt davor, dass schlechte Erfahrungen an den Zugangspunkten sozialer Systeme zu resigniertem Zynismus oder, wo dies möglich ist, zu einer völligen Verweigerung der Teilnahme an einem System führen kann.

2.2.3 Faktoren der Vertrauensbildung

Vertrauen kann man weder erzwingen noch erkaufen. Dennoch kann seine Produktion positiv beeinflusst werden, wenn man sich der Faktoren bewusst ist, die auf Vertrauensurteile einwirken. Die Vertrauensbildung hängt im Wesentlichen davon ab, inwieweit unsere Erwartungen von einem Interaktionspartner erfüllt werden. Schweer und Thies (2003: 11) umschreiben diesen Vorgang folgendermassen:

In einer konkreten Interaktionssituation werden die wahrgenommenen Merkmale des Gegenübers mit der eigenen impliziten Vertrauentheorie abgeglichen. Werden die vertrauensrelevanten normativen Erwartungen erfüllt, entsteht Vertrauenskonzordanz, im gegenteiligen Fall Vertrauenskordanz.

Es ist charakteristisch für Vertrauensbeziehungen, dass sie sich wie folgt aufschlüsseln lassen: A vertraut B in Sachen X (vgl. Hardin 2002: 9). A, B und X werden nachfolgend im Zentrum stehen, wenn es darum geht, die Faktoren aufzuzeigen, welche die Bildung von Vertrauen grundlegend beeinflussen. Zu Beginn konzentrieren wir uns auf die Vertrauensdisposition von A, also der Person, die Vertrauen schenkt. Anschliessend werden die Fragen behandelt, welche Indikatoren für die Vertrauenswürdigkeit von B sprechen, dem vertraut wird, und welchen Einfluss der Kontext X auf die Vergabe von Vertrauen hat. Der letzte Abschnitt ist Situationen gewidmet, welche die oben stehende Formel unterschlägt, nämlich solche, in denen sich C zwischen A und B stellt und als Vertrauensgarant fungiert.

2.2.3.1 Vertrauensdisposition

Die Bereitschaft, in einem bestimmten Kontext Vertrauen zu schenken, kann individuell genauso unterschiedlich ausgeprägt sein, wie die Vorstellungen darüber, welche Indikatoren für Vertrauenswürdigkeit stehen. Die Vertrauensdisposition eines Menschen wird durch eine Vielfalt von Grössen beeinflusst. Forschungen haben gezeigt, dass Faktoren wie das Alter, Geschlecht oder die soziale Position der vertrauenden Person, ihre Vertrauensbereitschaft beeinflussen. Gemäss Sztompka (1999: 126f.) entscheiden die persönlichen Ressourcen, über die ein Individuum verfügt, massgeblich über dessen Vertrauensbereitschaft. Wer ein ansehnliches Mass an persönlichem Kapital in Form von Wohlstand, sozialem Ansehen, Macht, Beziehungen etc. sein eigen nennt, ist generell eher geneigt, Vertrauen zu schenken. Sztompka zeigt uns dafür verschiedene Erklärungsansätze auf. Besonders interessant sind in dieser Hinsicht seine Forschungsergebnisse bezüglich der eigenen Vertrauenswürdigkeit. Gutsituierte, Gebildete und in Prestigeberufen Tätige schätzen ihre eigene Glaubwürdigkeit durchwegs höher ein, als dies Mittellose, Ungebildete und Arbeitslose tun. Wie wir weiter oben gesehen haben ist Vertrauen auf Gegenseitigkeit angewiesen. Wer also davon ausgeht, dass ihm andere vertrauen, hat auch eine grössere Vertrauensbereitschaft. Weiter weist Sztompka darauf hin, dass persönliches Kapital auch als Absicherung dient. Wer nur auf wenige Ressourcen zurückgreifen kann, muss mit diesen äusserst vorsichtig umgehen. Vertrauen wird zum existenzbedrohenden Risiko, da ein Vertrauensbruch erhebliche Konsequenzen nach sich ziehen kann. Wer dagegen über grössere Ressourcen verfügt, kann auch ruhig grössere Risiken eingehen. Ein weiterer Grund dafür, dass Personen mit einem ansehnlichen persönlichem Kapital eher bereit sind, zu vertrauen, liegt darin, dass sie einen besseren Zugang zu sanktionierenden Institutionen

haben. Die Gewissheit, die eigenen Interessen im Falle eines Vertrauensbruchs z.B. auf gerichtlichem Wege oder mit Hilfe einer Mieterschutzorganisation verteidigen zu können, verkleinert das dem Vertrauen immanente Risiko. Die Vertrauensbereitschaft des Einzelnen kann auch durch spezifische moralische oder religiöse Wertvorstellungen geprägt werden, die z.B. den Glauben in das Gute im Menschen propagieren (Gambetta 2001: 230f.).

Vertrauensrelevante Erfahrungen in der Biographie des Vertrauenden sind ein weiterer Faktor, der die individuelle Vertrauensdisposition prägt. Insbesondere Ereignisse in der frühen Kindheit sind für die Persönlichkeitsentwicklung und dementsprechend für die Ausgestaltung von Charaktereigenschaften wie Risikofreudigkeit, Optimismus oder Leichtgläubigkeit von Belang. In gewissen Situationen, steht dem potentiell Vertrauenden derart wenig Information über seinen Interaktionspartner zur Verfügung, dass ihm nichts anderes übrig bleibt, als auf der Basis von früheren Erfahrungen zu entscheiden, ob sich Vertrauen in ähnlichen Situationen auszahlt. In diesem Sinne wird Vertrauen oder Misstrauen aus Erlebtem erlernt (Hardin 1992: 155). Denn von Vergangenen wird erwartet, dass es sich in der Zukunft wiederholt und bestätigt. Der Generalisierung kommt dabei eine zentrale Rolle zu, wie Luhmann (2000a: 31) feststellt:

Vertrauensurteile verallgemeinern Erfahrungen, dehnen sich auf andere, jedoch ‚ähnliche‘ Fälle aus und stabilisieren in dem Masse, als sie sich bewähren, eine Indifferenz gegen Unterschiede.

Dadurch, dass gemachte Erfahrungen überzogen und auf neue Kontexte übertragen werden, verlagert sich die Vertrauensproblematik von aussen nach innen. Durch die Abstützung auf interne statt externe Information können Unsicherheiten in Interaktionen in den Augen des Vertrauenden reduziert werden (ebd. 32f.). Der individuelle „Erfahrungsraum“ (Koselleck 1989: 354), auf den bei einem Vertrauensurteil zurückgegriffen wird, schliesst dabei nicht nur Selbsterlebtes ein. Wie Koselleck (ebd.) konstatiert, „ist in der je eigenen Erfahrung, durch Generationen oder Institutionen vermittelt, immer fremde Erfahrung enthalten und aufgehoben“. Vertrauensurteile über abstrakte soziale Systeme sind besonders schwer zu fällen, da dem einzelnen Akteur aufgrund der eher seltenen und anonymen Interaktion mit entsprechenden Organisationen und Institutionen, nur wenig individuelles Erfahrungswissen zur Verfügung steht. Deshalb erfolgt die Beurteilung ihrer Vertrauenswürdigkeit besonders häufig unter Rückgriff auf generalisierte Erfahrungen aus dem kollektiven Gedächtnis. Erfahrung im Sinne von „gegenwärtiger Vergangenheit“ (ebd.) ist eng verknüpft mit unseren Erwartungen, „denn die nachwirkende Geschichte prägt nicht nur die Gegenwart, sondern auch das Denken über die Zukunft“ (Giordano 1992: 508).¹⁹

2.2.3.2 Indikatoren der Vertrauenswürdigkeit

Die Teilnahme am sozialen Leben ist es, die den Erwerb von Vertrauen überhaupt erst ermöglicht, wie wir bei Luhmann (2000a: 80f.) lesen können. Denn Vertrauenswürdigkeit kann nur in sozialer Interaktion unter Beweis gestellt werden. Sie wird dabei immer wieder auf die Probe gestellt und sammelt sich langsam durch das Erfüllen von Erwartungen an. Wer sich allerdings zurückzieht und den Kontakt mit anderen meidet, bietet keine Möglichkeiten, seine Vertrauenswürdigkeit zu prüfen und somit Vertrauen zu erlangen. Im Folgenden stehen die verschiedenen Merkmale im Mittelpunkt, an denen sich soziale Akteure orientieren, wenn sie Vertrauensurteile über andere fällen.

¹⁹ Eine ähnliche Feststellung macht auch die Slawistin Svetlana Boym in ihrem Buch mit dem aussagekräftigen Titel „The Future of Nostalgia“ (2001: xvi): „Fantasies of the past determined by needs of the present have a direct impact on realities of the future.“

Bereits die äusserliche Erscheinung kann Signale der Vertrauenswürdigkeit aussenden und zu Rückschlüssen auf die Kompetenz oder Verlässlichkeit des Gegenübers führen. Bei Personen können z.B. die Physiognomie, Körperhaltung, Kleidung oder mitgeführte Statussymbole Vertrauen erwecken, während Institutionen z.B. durch helle, einladende Gebäude und freundliche Mitarbeiter Vertrauenswürdigkeit transportieren können. Medienberichte über die Luxusvillen von Kaderangestellten von Schweizer Grossbanken sind dagegen ein Beispiel dafür, wie sich das Auftreten von Repräsentanten nach aussen negativ auf die Vertrauenswürdigkeit der entsprechenden Institution auswirken kann. Vertrauende bedienen sich auch der Zugehörigkeit ihrer Interaktionspartner zu bestimmten sozialen Kategorien, um ihre Vertrauenswürdigkeit einzuschätzen. Ob und wie sich Geschlecht, Alter, Nationalität, soziale Position, Beruf, Religion oder andere Zugehörigkeiten des Gegenübers auf das Vertrauensurteil einer Person auswirken, ist stark von den jeweils gesellschaftlich vorherrschenden Stereotypen und Vorurteilen abhängig, die mit diesen Kategorien verbunden werden (Sztompka 1999: 42f.). Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass wir am ehesten den Menschen vertrauen, die uns selbst am ähnlichsten sind.²⁰ Eine Erklärung dafür mag sein, dass wir glauben, ihr Verhalten am verlässlichsten voraussagen können (ebd. 80). Erfahrungen von ingroup-Solidarität könnten ein weiterer Grund für diese Tendenz sein. Die Zugehörigkeit zu sozialen Kategorien wird auch bei Repräsentanten von Institutionen als Beurteilungskriterium verwendet. Die persönliche Vertrauenswürdigkeit, die sie damit vermitteln, fällt wiederum auf die Institutionen zurück und prägt die Vertrauensbeziehungen mit Dritten. Die Institutionen werden aber auch direkt beurteilt, z.B. anhand ihrer Machtposition, wie Schweer und Thies (2003: 49f.) im Rahmen einer in Deutschland durchgeführten Untersuchung eruiert haben. Danach nimmt das Vertrauen der Bevölkerung in eine Institution in dem Masse ab, in dem sie als gesellschaftlich einflussreich wahrgenommen wird. Folgerichtig geniessen Sport- und Freizeitvereine, Schulen und soziale Organisationen generell grosses Vertrauen, während man Wirtschaftsverbänden, der Regierung oder politischen Parteien eher mit Skepsis gegenübersteht. Unter den Indikatoren für Vertrauenswürdigkeit sticht insbesondere ein konsistentes Verhalten als zentrale Basis für Vertrauensbeziehungen hervor. Der Vertrauensgeber kann sich in seinem Urteil auf eigene Erfahrungen mit dem potentiellen Interaktionspartner oder dessen Ruf stützen. Die tadellose Reputation eines Akteurs stellt dabei einen unschätzbaren Wert dar.²¹ Die bisherige Verlässlichkeit und Kompetenz des Gegenübers lässt darauf schliessen, dass sein Handeln auch in Zukunft, trotz seiner grundsätzlich unbeschränkten Handlungsmöglichkeiten, berechenbar sein wird und er unser Vertrauen nicht enttäuschen wird. Das potentielle Risiko einer Interaktion erscheint dem Vertrauenden somit kleiner. Die eigene Vertrauenswürdigkeit steht und fällt mit der Vermittlung eines beständigen Selbstbildes in sozialen Interaktionen, wie auch Luhmann (2000a: 48) betont:

Vertrauenswürdig ist, wer bei dem bleibt, was er bewusst oder unbewusst über sich selbst mitgeteilt hat. Denn alles sozial einsehbare Handeln ist neben seinem unmittelbaren Sinnbezug auf Situation und Zweck zugleich Selbstdarstellung des Handelnden unter dem Gesichtspunkt seiner Vertrauenswürdigkeit.

²⁰ Das nachfolgende Kapitel zur Bereichsspezifität von Vertrauen beschäftigt sich unter anderem damit, dass durchaus Ausnahmen bestehen, die dieser Grundregel widersprechen.

²¹ Gerade in gewissen Berufen ist Vertrauenswürdigkeit die Grundbedingung für erfolgreiche Geschäfte, wie dieses Zitat von Gambetta (2001: 234) unterstreicht: „Wie alle Bankiers (und Gebrauchtwagenhändler) wissen, ist eine gute Reputation ihr bestes Kapital“. Wer einen guten Namen zu verlieren hat, wird ihn nicht für kurzfristige, durch Vertrauensbruch erzielbare Gewinne aufs Spiel setzen, da der dadurch auf lange Sicht entstehende Imageschaden kaum wieder gut zu machen ist.

Jegliches Handeln von Personen und sozialen Systemen lässt also einen Rückschluss auf ihre Vertrauenswürdigkeit zu und weckt spezifische, handlungsleitende Erwartungen bei potentiellen Interaktionspartnern. Es liegt deshalb im Interesse sozialer Akteure impression management zu betreiben, wie es Goffman (1959: 80) ausdrücken würde, und zu versuchen, ein möglichst vertrauenswürdigen Bild ihrer selbst zu vermitteln. Vertrauen erwirbt man anschliessend, indem man die bei den anderen geweckten positiven Erwartungen erfüllt oder übertrifft. Man muss sich jedoch nicht nur als vertrauenswürdig, sondern auch als vertrauensvoll darstellen. Überlegungen über die Risikohaftigkeit einer Interaktion dürfen nur im Verborgenen gemacht werden, denn „sonst sät [man] selbst den ersten Samen, aus dem später wechselseitiges Misstrauen keimt“ (Luhmann 2000a: 45).

Auch die Beweggründe, die einem Interaktionspartner unterstellt werden, sind in höchstem Masse relevant für die Vergabe von Vertrauen. Gambetta (2001: 209) konstatiert, dass wir selbst in Situationen, in denen wir völlig angemessene Motive zur Kooperation haben, etwas über die Motive der Gegenseite wissen müssen, um vertrauen zu können. Unterstellt man beispielsweise der Gegenseite eine Fixierung auf ihre eigenen Interessen, ist dies dem Vertrauen abträglich, wie Hartmann (2001: 29) erklärt:

Unser Vermögen, anderen zu vertrauen, nimmt in dem Masse ab, in dem wir davon ausgehen müssen, dass sie nur dann vertrauenswürdig sein werden, wenn es in ihrem Interesse liegt.

Gambetta (2001: 209) führt diesen Gedanken noch einen Schritt weiter und stellt fest, dass wir nicht nur selber vertrauen, sondern auch glauben müssen, dass uns unser Gegenüber vertraut. Er stützt sich dabei auf das aus der Spieltheorie stammende Gefangenendilemma. In diesem Versuch stellen sich zwei Personen vor, sie seien Gefangene, die ein Verbrechen begangen haben. Die beiden, die unter Verdacht stehen, in Komplizenschaft gehandelt zu haben, müssen von einander isoliert entscheiden, ob sie die Tat gestehen oder leugnen wollen. Gestehen beide, droht ihnen eine hohe Strafe. Leugnen beide, werden sie straffrei ausgehen. Gesteht jedoch nur einer, wird dieser aufgrund einer Kronzeugenregelung lediglich milde bestraft, während sein Komplize, mit der Höchststrafe rechnen muss. Die Spieler müssen sich also zwischen einem kooperativen und einem kompetitiven Zug entscheiden (Schweer/Thies 2003: 37f.). Es kann nun der Fall sein, dass sich ein Spieler unkooperativ verhält, weil er davon ausgeht, dass der andere kein Vertrauen in seine eigene Kooperationsbereitschaft hat.

Zusammenfassend können wir Folgendes festhalten: Will eine Person oder Institution gezielt Vertrauen erwerben, muss sie der Gegenseite Gelegenheit zur Interaktion bieten. Die eigene Kompetenz, Verlässlichkeit und Handlungsabsichten stehen in solchen Situationen unter konstanter Beobachtung durch den potentiellen Vertrauensgeber. Dabei muss einerseits auf ein vertrauenerweckendes und konsistentes Auftreten gegen aussen geachtet werden und andererseits darauf, den Erwartungen des Zielpublikums gerecht zu werden. Grundsätzlich gilt aber auch hier, je näher das Vertrauensobjekt dem sozialen Nahraum der potentiellen Vertrauensgeber ist, desto höher wird ihre Bereitschaft sein, Vertrauen zu schenken.

2.2.3.3 Bereichsspezifität

Im vorangehenden Kapitel haben wir festgehalten, dass wir am ehesten den Menschen vertrauen, die uns selbst am ähnlichsten sind. Es mag nun wohl generell stimmen, dass Punks eher anderen Punks als Finanzexperten vertrauen und Teenager eher Gleichaltrigen als Erwachsenen und jeweils umgekehrt. Dennoch vernachlässigt diese Annahme einen grundlegenden Aspekt von Vertrauens-

beziehungen, nämlich ihre Kontextabhängigkeit. Kommen wir deshalb noch einmal auf Hardins Schema „A vertraut B in Sachen X“ zurück, das festhält, dass für die Interaktion neben dem Vertrauenden und der Person, der vertraut wird, auch der Bereich, auf den sich das Vertrauen bezieht ausschlaggebend ist. So ist die Aussage „Ich vertraue dir“ fast immer elliptisch, da wir einer Person oder einem System nur in den seltensten Fällen allumfassendes Vertrauen in sämtlichen vorstellbaren Bereichen schenken. Hardin (2002: 9) führt als Beispiele für solches Komplettvertrauen, das eines kleinen Kindes in seine Eltern, eines Liebenden in seine Angebetete oder das Vertrauen Abrahams in Gott an. Meistens ist unser Vertrauen allerdings auf einen gewissen Bereich limitiert: Wir vertrauen darauf, dass uns der Buschauffeur sicher nach Hause fährt, aber nicht darauf, dass er unsere intimsten Geheimnisse für sich behält oder unsere politischen Interessen vertritt. So ist es auch gut denkbar, dass der Punk aus unserem Eingangsbeispiel, anderen Punks zwar vertraut, wenn es darum geht, auf seinen Hund aufzupassen, bei der Verwaltung seiner gemachten Erbschaft vertraut er aber einem Finanzberater. Jeder Vertrauenskontext ist mit spezifischen normativen Erwartungen des Vertrauenden verbunden. Ein Praxisbeispiel, das dies bestens illustriert ist der Fall des ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton. Obwohl während seiner Amtszeit erhebliche Zweifel an seiner Vertrauenswürdigkeit als Ehemann oder seiner Eignung als moralisches Vorbild aufkamen, entzog ihm das Volk das Vertrauen als Politiker nicht (Sztompka 1999: 85). Unterschiede bestehen auch im Mass, in dem der Einzelne bereit ist, in einem bestimmten Bereich zu vertrauen. So wurde z.B. bereits weiter oben festgestellt, dass im Allgemeinen die Bereitschaft, Personen zu vertrauen höher ist, als die Bereitschaft, Systemen Vertrauen zu schenken. Grundsätzlich kann mit Luhmann gefolgert werden, dass weder Vertrauen noch Misstrauen eine „ausnahmslos gültige Verhaltensmaxime“ (2000a: 113) darstellt, denn „[n]iemand kann nur Gutes oder nur Schlimmes erwarten von jedermann in jeder Hinsicht“ (ebd. 94). Viel mehr wird in Vertrauenssituationen situativ entschieden, ob Vertrauen oder Misstrauen angebracht ist.

2.2.3.4 Vertrauensgaranten

Vertrauen setzt zwar einerseits den Mangel an kompletter Information voraus, ist aber andererseits auch auf ein minimales Wissen über den Interaktionspartner angewiesen. Dies betonte bereits Simmel (1908: 263) mit folgender Aussage: „Der völlig Wissende braucht nicht zu vertrauen, der völlig Nichtwissende kann vernünftigerweise nicht einmal vertrauen“. Wir verfügen jedoch nicht immer über das notwendige Minimum an Informationen, um die Vertrauenswürdigkeit anderer einschätzen zu können. Gerade in Bezug auf Institutionen fehlen häufig direkte Interaktionsmöglichkeiten und somit Gelegenheiten, in denen der potentiell Vertrauende die Gegenseite in Sachen Vertrauen prüfen kann. Informationen über die Vertrauenswürdigkeit des Gegenübers müssen also auf andere Weise eingeholt werden.²² Fundierte Recherchen bilden aber nur in den seltensten Fällen die Grundlage für ein Vertrauensurteil (Schweer/Thies 2003: 50). Zwar steigt durch technische Innovationen, wie z.B. das Internet, die Menge der für den Einzelnen zugänglichen Informationen tagtäglich. Es kommt dadurch jedoch zu einer Überversorgung an Daten,

²² Ein Paradebeispiel für höchst riskante Vertrauenshandlungen unter den Bedingungen mangelnder Information sind Internetauktionen. Die Transaktionen finden weitgehend anonym statt und sind in der Regel einmalig. Die Anreize, sich kooperativ zu verhalten, sind also minimal. Das daraus resultierende Vertrauensproblem wird von den Auktionsplattformen jedoch dadurch entschärft, dass sowohl Bieter wie Anbieter nach jeder Transaktion die jeweils andere Partei bewerten. Aus diesen Bewertungen, die für andere Nutzer einsehbar sind, besteht sozusagen der Ruf eines Users, der von anderen als Grundlage für Vertrauensentscheide benutzt werden kann. Gleichzeitig hat man mit der Beurteilung eine Sanktionsmöglichkeit in der Hand, falls eine Transaktion nicht nach den eigenen Vorstellungen verläuft.

welche die Verarbeitungskapazität des Individuums an ihre Grenzen stossen lässt. Häufig werden deshalb Informationsdefizite mit Hilfe Dritter kompensiert. Indem ein Akteur auf fremde Erfahrungs- und Informationsverarbeitung vertraut, entlastet er sich, wie wir bereits weiter oben gesehen haben, von der hochkomplexen Umwelt und vermeidet Handlungsunfähigkeit. Denn, wie Luhmann (2000a: 66) ausführt, kann der einzelne die gesellschaftliche Komplexität nur dann nutzen, „wenn sie ihm in schon reduzierter, vereinfachter, zurechtgemachter Form angeliefert wird“.

Dritte, dies können Personen oder abstrakte soziale Systeme sein, die eine Vertrauensbeziehung zwischen zwei Parteien ermöglichen, obwohl das Wissen der beiden über einander ungenügend ist, werden nachfolgend als Vertrauensgaranten bezeichnet. Wie der Begriff bereits sagt, sind sie es, die gegenüber dem potentiellen Vertrauensgeber für die Vertrauenswürdigkeit des Interaktionspartners bürgen. Vertraut also eine Person A einer Person C, während C auch das Vertrauen von B genießt, ist es wahrscheinlich, dass A und B eine Vertrauensbeziehung eingehen, wenn C zwischen ihnen vermittelt. Kommt es zu einem Vertrauensbruch, wird sich dies in den Beziehung zwischen allen drei Parteien niederschlagen. Während Coleman (1990: 180f.) von intermediaries in trust spricht, verwendet Sztompka (1999: 46ff.) den Begriff secondary targets of trust für Akteure, die als Informanten über die Vertrauenswürdigkeit eines Interaktionspartners dienen. Er veranschaulicht damit, dass Vertrauensgaranten für Vertrauensgeber selbst zu Vertrauensobjekten werden, wenn es darum geht, Vertrauen in primäre Bezugsobjekte abzusichern. Zentral ist dabei, dass nur wer selber Vertrauen genießt, dieses auch auf andere Akteure ausdehnen kann. Vertrauen wird so, ganz nach dem Motto „trust breeds trust“, zu einem übertragbaren Gut und ermöglicht, dank Vermittlung, auch Interaktionen zwischen Fremden. So geht eine Geschäftsfrau eine riskante Transaktion mit einem ihr Unbekannten ein, wenn ihr ihre Freundin, der sie vertraut, dazu geraten hat. Genauso wird der Konsument bei seinem nächsten Kauf jenes Produkt einem anderen vorziehen, das die Konsumentenschutzorganisation seines Vertrauens als hochwertig gepriesen hat, das ihm aber ebenso unbekannt ist. Coleman (1990: 185) macht darauf aufmerksam, dass der Zugang zu Vertrauensintermediären nicht allen in gleichem Masse offen steht. Gleichermassen verfügt nicht jeder Vertrauensgarant über die gleich gute Vernetzung und das gleich hohe Ansehen. Akteure, die in ihrem sozialen Umfeld einen besonders grossen Einfluss auf die Meinung und damit auch auf das Handeln anderer ausüben, werden als opinion leaders oder, auf Deutsch, Meinungsführer bezeichnet.²³ Das Opinion-Leadership-Konzept geht auf die viel beachtete Studie „The People’s Choice“ des von Lazarsfeld ins Leben gerufenen Bureau of Applied Social Research zurück (Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1944). Erhebungen während den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen des Jahres 1940 ergaben, dass die Wahlentscheide der Bevölkerung nicht wie erwartet durch die Medien, sondern durch informelle Kontakte mit gut informierten opinion leaders massgeblich beeinflusst wurden. „Personal Influence“, so der Titel eines späteren Werks von Katz und Lazarsfeld (1965), erwies sich als unvergleichbar wirkungsvoller für das Entstehen von Vertrauen, als die Kommunikation über unpersönliche Kanäle. Auch Schweer und Thies (2003: 131) unterstützen den Ansatz, dass Veränderungen in der Einstellung am wahrscheinlichsten über direkte, persönliche Interaktion erreicht werden. Zwischenmenschlicher Kontakt ist ein dermassen effizienter Kanal, dass die Meinungen relevanter Bezugspersonen häufig weitgehend unreflektiert übernommen werden. Dennoch besteht die Tendenz, sich mittels selektiver Wahrnehmung vor allem solcher Informationsquellen zu bedienen, die mit der eigenen Anschauung vereinbar sind und diese noch bestätigen (ebd. 50f.). Der Konformitätsdruck, der in

²³ S. a. Burt (1999: 46): „Opinion leaders are people whose conversations make innovations contagious for the people with whom they speak“.

face-to-face-Situationen mehr oder weniger latent vorhanden ist, darf jedoch nicht unterschätzt werden. Giffin (1967: 119 zit. n. Schweer/Thies 2003: 79) äussert sich wie folgt zum gruppendynamischen Aspekt der Vertrauensvergabe:

The studies of social conformity indicate that people tend to trust those speakers whom they see others trusting, even in spite of their own direct perception of contrary evidence.

Dadurch, dass ihre Meinung von anderen Akteuren übernommen wird, nehmen Vertrauensgaranten in potentiellen Vertrauensbeziehungen die Rolle eines opinion leaders ein. Durch ihre Vertrauenseinschätzung überbrücken sie „strukturelle Löcher“ (Burt 1999: 48ff.). Mit diesem Begriff umschreibt der amerikanische Soziologe Robert S. Burt Lücken in sozialen Netzwerken. Diese kahlen Stellen im gesellschaftlichen Beziehungsgeflecht stehen wie eine tiefe Schlucht zwischen zwei Akteuren oder Gruppen und sind Ausdruck dafür, dass zwischen ihnen weder Information zirkuliert noch Interaktion passiert. Indem Vertrauensgaranten diesen Austausch ermöglichen, werden sie zu Vermittlern über soziale Grenzen hinweg. Gerade bei Gruppen lässt sich feststellen, dass Wissen vorwiegend gruppenintern fließt. Der Informationstransfer über Gruppengrenzen hinweg ist dagegen weitaus seltener. Demzufolge unterscheiden sich die Informationen, die in den jeweiligen Gruppen zirkulieren. Akteure, die strukturelle Löcher durch Beziehungen zu beiden Seiten überbrücken, kontrollieren bis zu einem gewissen Grad auch den Informationsfluss und die Kooperationen zwischen ihnen. Sie nehmen damit eine nicht zu unterschätzende Schlüsselposition ein.

2.2.4 Misstrauen: Eine alternative soziale Ressource zur Bewältigung von Komplexität

Bisher haben wir uns vorwiegend auf Vertrauen und seine positiven Eigenschaften konzentriert. Doch was passiert, wenn man nicht vertraut? Der Akteur, der kein Vertrauen schenkt, entlastet sich nicht von der Komplexität der Umwelt und ist in seinem rationalen Handlungsspielraum eingeschränkter als der Vertrauende. Um dennoch handlungsfähig zu bleiben und Überforderung zu vermeiden, muss er zu alternativen Strategien greifen, die genauso vereinfachend und ordnend wirken wie Vertrauen. Anstatt Risiken auszublenden, werden diese nun handlungsleitend. Wer nicht vertraut, „muss seine Erwartungen ins Negative zuspitzen, muss in bestimmten Hinsichten misstrauisch werden“ (Luhmann 2000a: 93). Durch das Ausklammern der möglichen positiven Konsequenzen einer Interaktion führt auch Misstrauen zu einer Vereinfachung. Laut Sztompka (1999: 26) impliziert Misstrauen negative Erwartungen in Bezug auf das Handeln der Gegenseite, wodurch diese (vermeintlich) berechenbar wird. Dies hat ein negatives, abwehrendes Verhalten zur Folge: Der Misstrauende versucht, sich zurückzuziehen, Verzicht zu üben, Schutzmassnahmen zu treffen, dem Objekt seines Misstrauens auszuweichen etc. Kooperation wird durch Misstrauen weniger wahrscheinlich. Im Vergleich zum Vertrauenden ist der Misstrauende auf mehr Informationen angewiesen, ist diesen gegenüber jedoch gleichzeitig skeptischer und verlässt sich nur auf wenige. Das bedeutet: „Er wird von weniger Informationen stärker abhängig“ (Luhmann 2000a: 93; kursiv im Original). Luhmann (ebd.) weist darauf hin, dass sich eine misstrauische Haltung mit der Zeit in unbewusste Routine verwandeln und automatisieren kann. Wird dieses Misstrauen als funktionales Substitut für mangelndes Vertrauen anschliessend durch andere Mitglieder einer sozialen Gruppe übernommen, kann es zu einem weit verbreiteten Denk-, Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster werden. Es kann soweit gehen, dass solche Misstrauenshaltungen normativen Charakter erlangen (Sztompka 1999: 116). Vom Individuum wird dann erwartet, in seinem Handeln stets misstrauisch zu sein. Konformitätsdruck und Sanktionen bei abweichendem Verhalten sorgen für eine um-

fassende Verbreitung dieses Verhaltensschemas in einer Gruppe (ders. 1995: 259). Während wir weiter oben gesehen haben, dass sich niemand einzig durch Misstrauen oder Vertrauen leiten lässt, gibt es aufgrund dieser Verbreitungsprozesse dennoch „in Persönlichkeiten ebenso wie in Sozialsystemen gelernte allgemeine Dispositionen, Problemlagen eher durch Vertrauen oder Misstrauen aufzulösen“ (Luhmann 2000a: 94). Für Gesellschaften, die grundsätzlich eher zu Misstrauen tendieren, wird vom amerikanischen Politologen Fukuyama (1996) der Begriff *low-trust societies* verwendet. Entsprechend versteht er unter *high-trust societies* Sozialsysteme, in denen Vertrauen dominiert. Fukuyama vertritt den Ansatz, dass im mangelnden Vertrauen der Hauptgrund für den fehlenden Wohlstand gewisser Gesellschaften liegt. Giordano (CAS 2005) übt berechnete Kritik an dieser Theorie. Er erkennt darin die ethnozentrische Auffassung, dass die ökonomische Vormachtstellung des Westens in seiner moralischen Überlegenheit begründet ist. Giordano betont, dass es sich bei *low-trust societies* genauer betrachtet um Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens handelt, die sich insbesondere durch eine tiefe Skepsis gegenüber der öffentlichen Sphäre charakterisieren lassen. Während Öffentliches und Privates in *low-trust societies* als oppositionell wahrgenommen wird, überwiegt in *high-trust societies* die Ansicht, dass öffentliche und private Sphäre sich ergänzen. Nichtsdestotrotz ist ein gewisses Mass an Skepsis gegenüber dem Staat in allen Sozialsystemen zu beobachten. In Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens fehlt indes weitgehend jedes Vertrauen in den Staat und die Zivilgesellschaft. Verlässlichkeit wird von staatlichen Institutionen genauso wenig erwartet wie von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Viel mehr wird davon ausgegangen, dass deren Repräsentanten einzig in ihrem eigenen Interesse handeln. In den kollektiven Denkvorstellungen gelten öffentliche Einrichtungen nicht als Dienstleister am Bürger, sondern als diesem feindlich gesinnte Gegenspieler, von denen man eher behindert als unterstützt wird. Allem Öffentlichen wohnt in dieser Logik – im Gegensatz zum Privaten und Persönlichen – etwas Bedrohliches inne. Der Kontakt mit der öffentlichen Sphäre wird deshalb wenn möglich vermieden. Aus dieser Optik stellt das Vertrauen in persönliche Beziehungen eine effizientere und rationalere Alternative zum Vertrauen in den Staat dar. Ihren Ursprung haben solche gesellschaftlich konstruierte Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsmuster in vergangenen und aktuellen negativen Erfahrungen (Giordano 2004: 7f.). Vernachlässigen Staat und zivilgesellschaftliche Organisationen ihre Pflichten wieder und wieder, wird dadurch die soziale Produktion von Misstrauen, als alternatives „System von Vorstellungen und rationalen Strategien, das die Akteure einer Gesellschaft zur Grundlage ihres Handelns machen“ angekurbelt (Giordano/Kostova 2002: 118). Misstrauensstrategien werden zum gängigen Verhaltensmuster, das „die Autorität eines erprobten Systems von Rezepten“ (Schütz 2002: 80) genießt. Wir haben bereits im Kapitel 2.2.3.1 gesehen, dass Vertrauens- wie Misstrauenshaltungen weitgehend auf der Generalisierung von Erfahrungen basieren. Soziale Akteure erwarten von Negativem wie von Positivem, dass es sich in der Zukunft wiederholen wird und lassen sich dadurch in ihren Handlungen leiten. Indem wir Vergangenes auf die Zukunft projizieren, prägt unser Erfahrungsraum unseren Erwartungshorizont, um es noch einmal mit den Begriffen Kosellecks (1989) auszudrücken. Giordano und Kostova (2002: 138) führen dazu weiter aus, dass der Erfahrungsraum, obwohl er eigentlich „zum Erlebnisbereich des Individuums gehört, [...] – infolge geteilter Lebenserfahrungen – schliesslich das ‚kognitive Kapital‘ vieler“ wird. So ist in der eigenen immer auch fremde Erfahrung enthalten und negative Erlebnisse können über das kollektive Gedächtnis einer Gruppe über lange Zeitspannen hinweg weitergegeben werden. Dies erklärt auch die Hartnäckigkeit mit der sich das soziale Konstrukt „Misstrauen“, hat es sich erst einmal verbreitet, in einer Gesellschaft festsetzen kann. Sztompka (1995: 268) vergleicht es mit einer „ansteckenden Krankheit“, die immer ernster und schnell zur sozialen Norm wird:

Misstrauisch zu sein, ist jetzt eine ganz ‚normale‘, allgemein akzeptierte Reaktion; Vertrauen zu haben, wird dagegen als Zeichen von Naivität und Leichtgläubigkeit gedeutet und mit Spott und anderen ‚negativen‘ Sanktionen bestraft.

Während persönliches Vertrauen sehr „zerbrechlich“ (Eisenstadt 2001: 334) ist, zeigen sich Systemvertrauen und Misstrauen als wesentlich störungsresistenter, wenn sie sich einmal zum unhinterfragten Handlungsschema verfestigt haben. Gerade Misstrauen kann nur durch eine Vielzahl positiver Erfahrungen entkräftet werden. Dies ist jedoch mit grossen Schwierigkeiten verbunden, da Misstrauen Akteure zum einen davon abhält, sich überhaupt auf entsprechende „soziale Experimente“ einzulassen (Gambetta 2001: 235). Zum anderen verleitet Misstrauen zu einem Verhalten, das dazu beiträgt, dass es sich ganz im Sinne einer Mertonschen self-fulfilling prophecy in der sozialen Interaktion bewahrheiten und noch verstärken kann (Luhmann 2000a: 98). Während persönliches Vertrauen also leichter zerstört als aufgebaut werden kann, verhält es sich mit Misstrauen genau umgekehrt. Systemvertrauen ist dagegen weder leicht zu erreichen, noch leicht zu zerstören (vgl. Kap. 2.2.2).

2.2.5 Vertrauen im Migrationskontext

Vertrauen wie Misstrauen können funktional oder dysfunktional sein. Es ist genauso sinnvoll, dem Vertrauenswürdigen zu vertrauen, wie dem Nichtvertrauenswürdigen zu misstrauen. Das jeweils gegenteilige Verhalten ist indessen unvernünftig. Besonders nachteilig wirken sich Vertrauen und Misstrauen in Situationen aus, in denen es keinen Anlass für das entsprechende Verhaltensmuster gibt und dieses nur aus Gewohnheit zur Anwendung kommt (Sztompka 1999: 112).²⁴ Es ist jedoch eine der grundlegendsten Eigenschaften der Komplexitätsreduktion, dass durch Vertrauen genauso wie durch Misstrauen Erwartungen generalisiert werden. Haben sich Vertrauens- oder Misstrauenshaltungen erst einmal festgesetzt, zeigen sie sich als äusserst veränderungsresistent, wie Sztompka (1997: 15) verdeutlicht: „[T]hey seem able to outlive the conditions which originally produced them, to persist in spite of the structural, contextual change“. Übertragen wir diese Feststellung auf den Migrationskontext, heisst das, dass obwohl sich das gesellschaftliche Umfeld durch eine Wanderung ändert, das soziale Wissen der Herkunftsgesellschaft nachwirkt. Auch Wicker (1996: 368) hält fest, dass dauerhafte Dispositionen, „welche den Habitus²⁵ von Menschen bilden und als Verknüpfung objektiver Strukturen und subjektiver Sinnggebung Ausdruck von sozialen Feldern sind“ durch eine „verlangsamte Anpassungsdynamik“ gekennzeichnet sind. Dieses Beharrungsvermögen von Dispositionen führt dazu, dass Migranten, die aus Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens stammen, Institutionen und Organisationen der öffentlichen Sphäre auch in high-trust societies, wie z.B. der Schweiz, prinzipiell mit Misstrauen begegnen.

Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass der Migrationskontext eher Misstrauen als Vertrauen fördert, da beispielsweise Grundvoraussetzungen für die Entstehung von Vertrauen, wie ein vertrautes Umfeld, die Transparenz des sozialen Systems oder der Zugang zu Sanktionsmitteln bei Vertrauensbruch, für Migranten häufig nicht oder nicht in dem Mass wie für Einheimische gegeben sind. Durch die Migration von einer Gesellschaft in eine andere verkleinert sich auch die Wahrscheinlichkeit, dass die generalisierten individuellen und kollektiven Erfahrungen, auf die ein Akteur zurückgreifen kann, eine verlässliche Basis für den Entwurf seiner Erwartungen darstellen. Dennoch

²⁴ Diese Erkenntnis findet sich auch im Volksmund, wie folgendes Sprichwort belegt: „Wer jedem vertraut ist ein Narr, wer keinem vertraut ein Tor“.

²⁵ Der von Pierre Bourdieu geprägte Habitus-Begriff umschreibt ein System von Dispositionen und Schemata, die als „Denk-, Handlungs- und Wahrnehmungsmatrix“ (Bohn/Hahn 2000: 258f.) dienen. Der Habitus ist ein Produkt der kollektiven Geschichte, das sich Akteure im Laufe ihres Lebens individuell aneignen.

sind sie in einem völlig neuen Umfeld oft die einzige Grundlage für Entscheidungen. Erfahrungsraum und Erwartungshorizont entfernen sich durch die Wanderung von einander, d.h. Erwartungen lassen sich nicht mehr vollständig aus der bisherigen Erfahrung ableiten. Das veränderte Bezugssystem führt zu Verhaltensunsicherheiten, da der Migrant nicht davon ausgehen kann, dass Interaktionspartner in der erwarteten Weise handeln. Die Umarbeitung gewohnter Sinnzusammenhänge und ihre Verschmelzung mit neuen erfordern grosse Flexibilität nach innen und Öffnung nach aussen (Lanfranchi 2002: 80f.). Gelingt diese Synthese nicht, kann die teilweise Entwertung des Erfahrungswissens durch eine weitere Verstärkung des Misstrauens und erhöhte Wachsamkeit gegenüber der Mehrheitsgesellschaft kompensiert werden (s.a. Schütz 2002: 89). Daraus resultiert häufig ein Abwehr- und Rückzugsverhalten. Gleichzeitig kommt es zu einem gesteigerten Vertrauen in persönliche Netzwerke, insbesondere in die vertrauten Binnenstrukturen, wie Familie, Bekanntenkreis oder Migrantenorganisationen. Obwohl diese Strategien für die Handelnden selbst unter den gegebenen Umständen völlig sinnadäquat sind, scheinen sie Aussenstehenden oft wenig rational. Handlungs- und Denkmuster, die auf der besonderen Geschichte einer Gruppe basieren, sind von aussen oft nur schwerlich nachzuvollziehen oder zu beeinflussen, wie Alfred Schütz (ebd. 80) mit folgender Aussage eingängig umschreibt: „Gräber und Erfahrungen können weder übertragen noch erobert werden“.

Die mit tief sitzendem Misstrauen verbundenen Rückzugs- und Verweigerungsstrategien sind indes einer Integration im Sinne von vermehrter Partizipation in der Mehrheitsgesellschaft nicht zuträglich. Misstrauende fokussieren auf die potentiellen Risiken von Interaktionen und klammern mögliche positive Konsequenzen aus. Deshalb vermeiden sie wenn immer möglich neue Kontakte und geben anderen kaum Gelegenheit, sich als vertrauenswürdig zu erweisen. Negative Erwartungen verleiten zu einem Verhalten, das dazu beiträgt, dass sich die eigenen Befürchtungen bewahrheiten. Zusätzlich schränkt eine misstrauische Haltung den Handlungsradius des Akteurs ein. Die integrativen Eigenschaften von Vertrauen sind nicht von der Hand zu weisen, wie bereits weiter oben aufgezeigt wurde. Vertrauen regt Kooperationen und gegenseitige Hilfe an, ermöglicht eine grössere Dichte von zwischenmenschlichen Interaktionen und erweitert den Handlungsspielraum der vertrauenden Person. Die Frage nach geeigneten Bedingungen der Vertrauensbildung sollte deshalb integraler Bestandteil von Integrationsbemühungen sein.

3 Forschungskontext und -methoden

3.1 Der Forschungskontext

Das folgende Kapitel soll einen Einblick in den Kontext vermitteln, innerhalb dessen sich diese Arbeit thematisch bewegt. Integrationspolitische Konzepte sind stark von der jeweiligen Einwanderungsgeschichte und den nationalstaatlichen Eigenschaften eines Landes abhängig (Mahnig 1998: 90). Dies gilt auch für die Schweiz, deshalb werden wir zunächst die Geschichte der schweizerischen Migrationspolitik näher betrachten, die für lange Zeit eher einer kurzfristig reagierenden „Policy-ad-hocracy“ (Miller 1986 zit. n. Vertovec 1999: 78) als einer kohärenten und vorausschauenden Strategie entsprach. Im Anschluss wird genauer auf die Integrationspolitik der Stadt Luzern und im Speziellen auf ihre Projektförderung eingegangen. Abschliessend folgt eine kurze begriffliche Eingrenzung und eine statistische Betrachtung der Zielgruppe „Migranten“.

3.1.1 Die schweizerische Migrationspolitik im Wandel der Zeit

So gerne sich die Schweiz als Vorbild bezüglich dem friedlichen Zusammenleben ihrer vier Nationalkulturen gibt, so schwer tat sie sich in den vergangenen Jahrzehnten, die wachsende, migrationsbedingte Vielfalt der Menschen innerhalb ihrer Landesgrenzen zu anerkennen. Der Unwille eines Grossteils der Politiker trotz eindeutigen Zahlen²⁶ zu akzeptieren, dass die Schweiz ein Einwanderungsland ist, schlug sich über lange Zeit in einer zögerlichen Integrationspolitik – oder wie es D’Amato (2005: 16) ausdrückt in einer „Politik der Nichtintegration“ – und der entsprechenden Gesetzgebung nieder. Migrationspolitik beschränkte sich deshalb über Jahre hinweg auf Zulassungspolitik, wie aus den folgenden Ausführungen ersichtlich ist.

Ein Blick zurück zeigt, dass bereits zwischen 1888 und 1914 im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung und der Erschliessung der Schweiz durch die Eisenbahn ein erster grosser Anstieg der ausländischen Arbeitskräfte zu verzeichnen war (EKA 1999: 1). Die Einwanderungspolitik wurde zu jener Zeit äusserst liberal gehandhabt. Zugewanderte verfügten sozusagen über die gleichen Rechte wie Einheimische, die nicht in ihrem Heimatkanton lebten. Sie besaßen absolute Wahlfreiheit in Bezug auf den auszuübenden Beruf und ihren Wohnort. Auf gesellschaftspolitischer Ebene wurde eine rasche Einbürgerung angestrebt, da die als Grundvoraussetzung für die Assimilation der Immigranten betrachtet wurde. Das liberale Klima war ein fruchtbarer Boden für anarchistische, antimilitaristische und sozialistische Bewegungen. Im Ersten Weltkrieg wurde die Schweiz dadurch vermehrt zum Zentrum von sozialistischen Kreisen, Pazifisten und Deserteuren. Obwohl die Zahl der Ausländer zwischen 1913 und 1920 um rund einen Drittel von 609'000 auf 402'000 zurückging (Niederberger 2004: 21), nahmen Überfremdungsängste innerhalb der Schweizer Bevölkerung zu. Zuwanderer wurden vermehrt als Gefahr für das System betrachtet, als Profiteure, Spione oder Revolutionäre, die das Schweizer Gastrecht missbrauchten (Sprenger 1999: 271).²⁷ Dies führte dazu, dass 1917 mit der Gründung der Fremdenpolizei die Entscheidungskompetenz über den Aufenthalt und die Niederlassung von Ausländern von den Kantonen an den Bund überging. Von der

²⁶ Laut Mahnig und Piguet (2003: 66) wies die Schweiz im europäischen Vergleich während des 20. Jahrhunderts eine der höchsten Einwanderungszahlen auf. Gemäss der Volkszählung von 1990 hatte die Schweiz doppelt so viele im Ausland geborene Einwohner wie das klassische Einwanderungsland USA (Haug 1995: 28 zit. n. Wicker 2003: 22).

²⁷ Zentrale Bedeutung kam in diesem Zusammenhang dem Schweizer Landesstreik von 1918 zu. Die Kontakte der Organisatoren zu sozialistischen Emigranten und insbesondere zu dem in Bern lebenden Lenin, bestätigten für gewisse Kreise, den negativen Einfluss der Einwanderer (Niederberger 2004: 22).

Zentralisierung versprach man sich eine strengere Bewilligungspraxis und dadurch eine effizientere „Überfremdungsabwehr“ (Niederberger 2004: 25). Die Ausweisung aus politischen Gründen wurde erleichtert, die Einbürgerung erschwert und die Gewährung von Aufenthaltsbewilligungen erfuhr wesentliche Einschränkungen, so fiel beispielsweise die Freizügigkeit innerhalb der Schweiz weg (Sprenger 1999: 271f.).

Nach dem Zweiten Weltkrieg führte das anhaltende Wirtschaftswachstum zu einem erneuten Anstieg der ausländischen Bevölkerung. Um der wachsenden Nachfrage nach billigen Arbeitskräften entsprechen zu können, traf die Schweiz mit mehreren Ländern Rekrutierungsabkommen. Bis in die 70-er Jahre des letzten Jahrhunderts dominierte die Zuwanderung aus Italien und Spanien, später wurde vor allem im damaligen Jugoslawien und in Portugal rekrutiert (Wicker 2003: 26f.). Rund die Hälfte der Personen, die in der Nachkriegszeit in die Schweiz einwanderten, waren lediglich im Besitz einer A-Bewilligung, d.h. es handelte sich um Saisoniers, die sich jeweils nur während neun aufeinander folgenden Monaten in der Schweiz aufhalten durften (Mahnig/Piguet 2003: 68). Dies ist Ausdruck der Überzeugung, dass es sich bei der massiven Einwanderung nur um ein temporäres Phänomen handelte. Der Bundesrat hatte dieser Haltung bereits Jahrzehnte vorher klar Ausdruck verliehen:

Gegen die Zuwanderung von Ausländern gibt es nichts einzuwenden. Dies allerdings unter der Voraussetzung, dass sie sich nicht in der Schweiz niederlassen wollen (Bundesblatt 1924: 517 zit. n. Mahnig/Piguet 2003: 68).

Man ging davon aus, dass die sogenannten „Gastarbeiter“ je nach Bedarf kurzfristig als mobile Arbeitskräfte eingesetzt und nach zwei bis drei Jahren wieder in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden konnten. Gemäss diesem „Rotationsprinzip“ wurde jährlich rund ein Drittel der Arbeitskräfte ausgewechselt. Dementsprechend war Integrationsförderung zu jener Zeit kein Thema. Angeworben wurden vorwiegend junge, unverheiratete Männer, die das Sozialsystem weder mit Ausbildungs- noch mit hohen Gesundheitskosten belasteten (Sprenger 1999: 273). Dadurch, dass die Zugewanderten vor allem unqualifizierte Arbeiten auf den untersten Hierarchiestufen verrichteten, stiegen die einheimischen Arbeitskräfte automatisch in höhere Positionen auf. Hoffmann-Nowotny (1973: 18) bezeichnete dieses Phänomen und die damit einhergehende Verbesserung der Mobilitätschancen der Angehörigen der Aufnahmegesellschaft als „Unterschichtung“.²⁸ In der Schweiz herrschte Vollbeschäftigung²⁹ und die Schulen bemühten sich um die Assimilation der ausländischen Kinder, die ihren Eltern im Rahmen des Familiennachzugs nachgereist waren.³⁰ Integrative Massnahmen beschränkten sich im Wesentlichen auf die Schaffung von Parallelinstitutionen: Stützunterricht in den Schulen, Ausländerberatungsstellen in verschiedenen Kantonen und Ausländerkommissionen in grösseren Gemeinden (EKA 1999: 1; Wicker 2003: 47).

²⁸ Mit der starken Zuwanderung von qualifizierten, deutschen Arbeitskräften seit dem Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit Schweiz – EU sieht sich die Schweizer Bevölkerung aktuell erstmals seit langem mit dem gegenteiligen Phänomen, der Überschichtung, konfrontiert.

²⁹ Die Arbeitslosenquote lag 1970 bei 0%, 1980 bei 0,2%, 1990 bei 0,5% (Kaya 2005: 121), 2000 bei 3,1% (BFS 2000: 18) und 2006 bei 4% (BFS 2007: 6).

³⁰ Offiziell wertete man die Anwesenheit der zweiten Generation lange nicht als Hinweis auf einen längerfristigen Verbleib der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz. So konstatierte der Bundesrat z.B. in seinem Bericht an die Bundesversammlung vom 22. September 1969, dass die „Rotation der ausländischen Wohnbevölkerung [...] nach wie vor beträchtlich“ sei. Weiter hielt er fest, dass „die Rotation auch unter den Ausländerkindern gross ist, haben doch im vergangenen Jahr allein rund 13'000 Kinder unter 16 Jahren die Schweiz wieder verlassen“ (BBI 1969: 1050 zit. n. Niederberger 2004: 73).

1970 wurde das Thema der gesellschaftlichen Integration erstmals offiziell durch den Bundesrat erwähnt, indem er folgende drei Grundpfeiler der schweizerischen Ausländerpolitik definierte:

1. Ausgewogenes zahlenmässiges Verhältnis zwischen der schweizerischen und der ausländischen Wohnbevölkerung;
2. Verbesserung der Arbeitsmarktstruktur und eine möglichst ausgeglichene Beschäftigung;
3. gesellschaftliche Integration der ausländischen Bevölkerung (zit. n. Prodoliet 1998: 10).

Mit Hilfe der Zulassungspolitik wurde sowohl die Regulierung des Ausländeranteils als auch des Arbeitsmarktes in verschiedenster Weise angegangen. Beispielsweise begann der Bundesrat mit der Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO) aus dem Jahr 1970 Jahresquoten für Neueinwanderer festzulegen (Hettlage/Tellenbach 1999: 277). Eine Politik, die bis heute fortgeführt wird und ein ständiges Ausbalancieren zwischen wirtschaftlicher Notwendigkeit der Einwanderung und gesellschaftlichen Überfremdungsängsten bedeutet. Die Massnahmen im Bereich des dritten Pfeilers der Ausländerpolitik beschränkten sich hingegen weiterhin auf ein Minimum: In Sachen Integration begnügte man sich damit, dass Zugewanderte über den Zugang zu Arbeit, Bildung und den Sozialwerken verfügten (Prodoliet 2006: 2). Als zwischen 1974 und 1977 aufgrund der weltweiten Erdölkrise rund 10% der Arbeitsplätze in der Schweizer Wirtschaft abgebaut werden mussten, waren mehrheitlich ausländische Erwerbstätige betroffen: Bei 67% der Entlassenen handelte es sich um Zugewanderte. Jahresaufenthaltsbewilligungen von arbeitslosen „Fremdarbeitern“ wurden nicht verlängert. Diese kehrten grösstenteils in ihre Heimatländer zurück, wodurch ein namhafter Teil der resultierenden Arbeitslosigkeit in die Rekrutierungsländer „exportiert“ werden konnte. Wirtschaftliche Restrukturierungen konnten somit vorgenommen werden, ohne die Erwerbslosenquote im Inland anzuheben (Mahnig/Piguet 2003: 85).

Die 1970-er und 80-er Jahre waren zudem durch mehrere Überfremdungsdebatten gekennzeichnet. Sie entbrannten rund um Abstimmungsvorlagen, welche die Begrenzung der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz zum Ziel hatten. Diese wurden zwar allesamt verworfen, hinterliessen aber dennoch Spuren bei Migranten und Schweizern.³¹ Der Eindruck, als Arbeitskräfte zwar geduldet als Menschen aber nicht erwünscht zu sein, bestärkte viele Zugewanderte in ihren Rückkehrwünschen. Sie sahen ihre Zukunft längerfristig nicht in der Schweiz und waren daher wenig motiviert, in die eigene Integration zu investieren. Dies führte dazu, dass sie sich in einem „integrationshemmenden Dauerprovisorium“ (EKA 1999: 2) bewegten. Die in der Schweizer Bevölkerung weit verbreiteten Überfremdungsängste veranlassten auch den Bundesrat zum Handeln: Neben der bereits beschriebenen Einführung der Kontingentierungspolitik, rief er 1970 auch die Konsultativkommission zur Behandlung des Überfremdungsproblems, die spätere Eidgenössische Ausländerkommission (EKA) ins Leben (Niederberger 2004: 79).³² Dennoch bot das aus dem Jahre 1931 stammende Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) den Exekutivbehörden den Rahmen zu einer vorwiegend von wirtschaftlichen Interessen und kaum vom

³¹ Insgesamt wurden in der Schweiz bisher sieben sogenannte „Überfremdungsinitiativen“ lanciert. Die erste, 1965, sah die Begrenzung der Ausländerzahl auf 10% vor und wurde später von den Initianten zurückgezogen. Im Rahmen der „Schwarzenbachinitiative“ sollte der Ausländeranteil ebenfalls auf 10% festgelegt werden. Dies hätte bedeutet, dass eine halbe Million Ausländer die Schweiz hätte verlassen müssen. Die Initiative wurde 1970 mit 54% vom Souverän abgelehnt. Ähnliche Vorlagen kamen in den Jahren 1974, 1977 (zwei Abstimmungen), 1988 und 2000 zur Abstimmung. Sie wurden mit einem Neinstimmenanteil von 66%, 71%, 66%, 67% resp. 64% abgelehnt (Sonntags-Zeitung, 23.7.2000).

³² Der Einsatz in diese Kommission, die sich hauptsächlich mit den sozialen Problemen der ausländischen Arbeitskräfte auseinandersetzen sollte, blieb anfänglich den einheimischen Vertretern von Schweizer Institutionen vorbehalten, die keinen spezifischen Bezug zur Migrationsbevölkerung aufwiesen (Niederberger 2004: 80f.).

Integrationsgedanken geleiteten Migrationspolitik. Artikel 16, Absatz 1 des ANAG lautete beispielsweise: „Die Bewilligungsbehörden haben bei ihren Entscheidungen die geistigen und wirtschaftlichen Interessen sowie den Grad der Überfremdung zu berücksichtigen.“ Somit fehlte dem Bund über lange Zeit eine rechtliche Grundlage, um integrative Massnahmen einzuleiten oder finanziell zu unterstützen, was einer koordinierten, nachhaltigen Politik im Wege stand. Obwohl 1986 „die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Eingliederung der hier wohnenden und arbeitenden Ausländer“ als Zweck der bundesrätliche Begrenzungsverordnung (BVO vom 6. Oktober 1986: Art. 1, lit. b) festgehalten wurde, änderte sich an dieser passiven Politik wenig. Die Eidgenössische Ausländerkommission (EKA 1999: 27) geht davon aus, dass eine solche Zurückhaltung einzig durch folgende Faktoren möglich war:

Die anhaltende Vollbeschäftigung, das Überangebot an Lehrstellen, der Rotationsgedanke wonach die Schweiz kein Einwanderungsland sein konnte, die geringe Delinquenz, aber auch die gut ausgebauten Selbsthilfestrukturen der starken italienischen Emigration in der Schweiz ermöglichten eine solche passive Haltung.

In den 1990-er Jahren wurde die bisherige Politik durch verschiedene Entwicklungen in Frage gestellt. Aussenpolitischer Druck hatte zu einer Reihe von Zugeständnissen gegenüber der ausländischen Bevölkerung geführt, z.B. im Bereich der Familienzusammenführungen, in der automatischen Umwandlung von Saisonier- in Jahresbewilligungen oder von Jahres- in langjährige Bewilligungen. In dem Masse, wie die ausländischen Personen, die als Berufstätige der Kontingentierung unterstellt waren, abnahmen, verlor die Schweizer Regierung die Möglichkeit, den Ausländeranteil der Konjunkturlage anzupassen. Als sich Letztere zu Beginn der 90-er Jahre verschlechterte, zeigten sich die ausländischen Arbeitskräfte, die wiederum überproportional von der steigenden Erwerbslosigkeit betroffen waren, wenig gewillt, wie in den 70-er Jahren als „Konjunkturpuffer“ in ihre Heimatländer zurückzukehren. Es kam kaum zu Rückwanderungen und der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz stieg aufgrund von Bewilligungsumwandlungen, Familienzusammenführungen und Familiengründungen trotz Kontingentierung weiter an (Mahnig/Piguet 2003: 89ff.).³³ Da ein grosser Teil der Migrantinnen kaum über berufliche Qualifikationen verfügte, gestaltete sich ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt äusserst schwierig. Neben der Zunahme der Erwerbslosigkeit, welche die Schweiz erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg in grösserem Ausmass betraf, führten auch Segregationstendenzen in den Städten zu einem Umdenken.³⁴ Dieses Thema wurde insbesondere durch die Medien wiederholt ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt (D'Amato 2005: 20f.). Gleichzeitig beschäftigten die Städte weitere Veränderungen in der Zusammensetzung ihrer Einwohner:

Finanzstarke soziale Schichten sichern sich Wohn- und Lebensqualität vermehrt ausserhalb der Städte, während einkommensschwache Wohnbevölkerungen verharren oder sogar neu zuziehen. Diese Bewegung

³³ Mit der Einführung des Drei-Kreise-Modells von 1991 folgte man der Annahme, dass für die in der Schweizer Bevölkerung stark verbreiteten Überfremdungsängste nicht nur die Anzahl der anwesenden Ausländer ausschlaggebend war, sondern auch deren „kulturelle Distanz“. Dieses von breiten Kreisen als diskriminierend eingestufte Zulassungssystem wurde 1998 durch ein Zwei-Kreise-Modell abgelöst (Mahnig/Piguet 2003: 96f.). Dabei wird bis heute zwischen Angehörigen von EU-/EFTA-Staaten und Bürgern anderer Länder unterschieden. Während Letztere Kontingenten unterworfen sind, haben Erstere im Rahmen der bilateralen Verträge freien Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt (Prodolliet 2006: 2). Im Bereich der Zuwanderung beschränken sich die Steuerungsmöglichkeiten heute also auf Drittstaatenangehörige und den Asylbereich.

³⁴ Im Vergleich zum Ausland ist die Konzentration der ausländischen Bevölkerung in spezifischen Quartieren und Agglomerationen der Schweiz jedoch eher gering und durch eine grosse Vielfalt an Nationalitäten gekennzeichnet.

hat in den letzten 50 Jahren einerseits die Wohnbevölkerung abnehmen, andererseits den prozentualen Anteil sogenannter A-Einwohnerschaften (Alte, Arme, Abhängige, Alleinstehende, Ausländer) ansteigen lassen (Wicker/Schoch/Gass 1996: 6).

Städte werden oft als die sozialen Frühwarnsysteme einer Gesellschaft bezeichnet, als Orte, an denen soziale Brennpunkte zuerst sichtbar werden. Durch die grössere Heterogenität ihrer Einwohnerschaft sind sie stärker mit Fragen des interkulturellen Zusammenlebens konfrontiert, als ländliche Gemeinden. Dementsprechend waren es auch die Städte und einige wenige Kantone, welche die Integration der ausländischen Bevölkerung als erste auf die politische Agenda setzten. In der zweiten Hälfte der 90-er Jahre waren dies zunächst die Städte Bern und Zürich, dann die Kantone Basel-Stadt und Luzern sowie die Stadt Winterthur. In den dabei entstandenen Integrationsleitbildern sieht Wicker den „Übergang von einer überholten auf Gastarbeiter bezogenen und vor allem Defizite bearbeitenden Sozialtechnik zu Integrationsansätzen, in denen Partizipation und Chancengleichheit im Zentrum stehen“ (Wicker 2003: 36). Dies bedeutete gleichsam, dass Integration nunmehr als Querschnittsaufgabe betrachtet wurde, die alle Stellen einer Verwaltung betrifft³⁵ und nicht mehr einfach an Schulen, Sozialdienste und Private abdelegiert werden soll.

Nicht zuletzt durch den Druck verschiedener Städte und Kantone wurde Ende der 90-er Jahre auch die Eidgenossenschaft integrationspolitisch aktiv. Mit Inkrafttreten des sogenannten Integrationsartikels (Art. 25a ANAG) verfügte der Bund erstmals über eine rechtliche Grundlage, um Integrationsbestrebungen finanziell zu unterstützen, wenn sich auch Kantone, Gemeinden oder Dritte angemessen an den Kosten beteiligen. Seit dem Jahr 2001 unterstützte die Eidgenossenschaft Integrationsprojekte mit zwischen anfänglich 10 und später 14 Millionen Franken pro Jahr. Einem auf diese Weise investierten Franken standen durchschnittlich weitere eineinhalb Franken Unterstützung durch Kantone, Gemeinden und Dritte gegenüber (Prodolliet 2006: 3). Das Integrationsförderungsprogramm des Bundes soll ergänzend zu den ordentlichen Strukturen wirken und umfasst in den Jahren 2004 bis 2007 folgende Schwerpunkte:

- Schwerpunkt A / Verständigung fördern: Sprachförderung für schwer erreichbare Zielgruppen
- Schwerpunkt B / Institutionen öffnen: Aus- und Weiterbildung von Schlüsselpersonen; Unterstützung von Öffnungsprozessen in Institutionen der Zivilgesellschaft
- Schwerpunkt C / Zusammenleben erleichtern: Ermöglichung von Partizipation und Austausch zwischen der ausländischen und Schweizer Bevölkerung über lokale Kleinprojekte
- Schwerpunkt D / Kompetenzzentren entwickeln: Institutionelle Stärkung von Integrationsfachstellen (Kompetenzzentren Integration und Vermittlungsstellen für interkulturelle Übersetzung und Vermittlung)
- Schwerpunkt E / Innovation und Qualitätssicherung: Unterstützung von Projekten, die einen Wissensgewinn für die weitere Integrationsarbeit versprechen (EKA 2006: 28f.)

Die Möglichkeit der Subvention von Integrationsprojekten durch den Bund und die breitere gesellschaftliche Thematisierung von Integrationsanliegen haben Aktivitäten in zahlreichen weiteren Kantonen und Gemeinden ausgelöst, die heute zum Teil selbst über Kredite zur Förderung von Integrationsprojekten verfügen. Im Februar 2007 existierte laut EKA-Homepage (www.eka-cfe.ch) in 24 Kantonen und 13 Gemeinden eine Integrationsdelegierte oder ein Integrationsdelegierter.

³⁵ Die unterschiedliche Ansiedlung der heute bestehenden Stellen der Integrationsdelegierten innerhalb der kantonalen und kommunalen Verwaltungen vom Sicherheitsdepartement bis hin zur Kulturabteilung illustriert diesen Umstand.

In der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) vom 13. September 2000 wurde Integration als gesamtgesellschaftliches Ziel definiert. Mit der Revision der VIntA Anfang 2006 und der Annahme des neuen Ausländergesetzes (AuG) im September desselben Jahres, wird Integration rechtlich jedoch zunehmend als messbarer Zustand einer Einzelperson verstanden. Durch die Aufnahme des Begriffs „Integration“ in das Gesetz versprechen sich Experten einerseits eine grössere Legitimation von Integrationsbestrebungen. Bund, Kantone und Gemeinden werden im Ausländergesetz angehalten, integrative Anliegen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu berücksichtigen (Art. 53 Abs. 1 AuG) und „günstige Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit und die Teilhabe der ausländischen Bevölkerung am öffentlichen Leben“ zu schaffen (Art. 53 Abs. 2 AuG). Andererseits befürchtet man in Fachkreisen jedoch, dass Integration künftig weniger als vielschichtiger Prozess verstanden wird, der sowohl die Migrations- als auch die einheimische Bevölkerung betrifft. Vielmehr werde der einzelne Zuwanderer und sein individuelles Potenzial zur Integration im Zentrum stehen³⁶ – unabhängig von den strukturellen Eingliederungsmöglichkeiten oder Barrieren, welche die Aufnahmegesellschaft für seine Eingliederung bietet.³⁷ Eine grosse Herausforderung stellt insbesondere die Definition von einheitlichen Kriterien für die Beurteilung des Integrationsstandes dar, wobei die Behörden über einen beträchtlichen Ermessensspielraum verfügen (Prodolliet 2006: 4f.). Sprachkenntnisse sind im Vergleich zu anderen Integrationsindikatoren, wie z.B. Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, verhältnismässig leicht zu messen. Integration läuft deshalb Gefahr, auf die Beherrschung einer Landessprache reduziert zu werden.³⁸

Vorstellungen über Integration sind dem zeitlichen und gesellschaftlichen Wandel unterworfen. Dementsprechend spiegeln sich auch in der Geschichte der schweizerischen Migrationspolitik, wie sie hier beschrieben wurde, verschiedenste Begriffsverständnisse wider, die abschliessend noch einmal klarer hervorgehoben werden sollen: Bis in die 60-er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde Integration mit Assimilation gleichgesetzt. Die weitgehende Angleichung der eingewanderten Bevölkerung an die einheimische Gesellschaft wurde als Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben betrachtet. Man hatte sich dem Defizitansatz verschrieben und beschränkte sich in Sachen Integration auf Symptombekämpfung. Im Laufe der 70-er Jahre wurde das Assimilationsmodell zunehmend kritisch hinterfragt und Forderungen nach Toleranz gegenüber dem Fremdkulturellen wurden lauter. Der Integrationsbegriff erhielt in Anlehnung an die Multikulturalismusdebatte in den angelsächsischen Ländern die Bedeutung von gegenseitiger Akzeptanz und gleichberechtigtem Nebeneinander verschiedener Gruppen in einem Staat. Gegenteilig zum Assimilationsmodell wurde die Wahrung der kulturellen Identität und von Binnensolidarität nun als Grundvoraussetzungen für die Integration von Migranten betrachtet. Die konkrete Umsetzung des Multikulturalismusansatzes erwies sich jedoch als problematisch. Kritisiert wurde insbesondere die

³⁶ So wird z.B. die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung davon abhängig gemacht, ob „die berufliche Qualifikation, die berufliche und soziale Anpassungsfähigkeit, die Sprachkenntnisse und das Alter eine nachhaltige Integration in den schweizerischen Arbeitsmarkt und das gesellschaftliche Umfeld erwarten lassen“ (Art. 23 Abs. 2 AuG). Wohlgermerkt bezieht sich das Ausländergesetz nur auf Angehörige von Staaten, die nicht Mitglieder der EU oder EFTA sind. Die Zuwanderung von Arbeitskräften aus diesen Ländern wird auf Führungskräfte und Spezialisten beschränkt (Art. 23 Abs. 1 AuG).

³⁷ Das neue Ausländergesetz (Art. 54 Abs. 2bis AuG) sieht z.B. vor, dass die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung mit einer Integrationsvereinbarung verbunden werden kann, die den Besuch eines Sprach- oder Integrationskurses vorschreibt. Wie Prodolliet (2006: 5) richtig erkennt, sind jedoch Integrationskurse wenig sinnvoll, „wenn integrationshemmende Faktoren (wie etwa diskriminierende Selektionsprozesse im Bildungssystem und erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt) weiterhin bestehen“.

³⁸ Diese Tendenz bestätigt eine Aussage des zuständigen Bundesrates Christoph Blocher, der den Hauptgrund für die mangelhafte Integration von Ausländern in ihren fehlenden Sprachkenntnissen sieht (Berner Zeitung, 29. 3. 2007).

Gefahr der Bildung und Zementierung von Gruppengrenzen, da man unhinterfragt vom Bestehen von natürlichen und homogenen kollektiven Identitäten (Prodoliet 1998: 21f.) und zu wenig von individuellen Eigenheiten und Bedürfnissen ausging.³⁹ Auch die Ethnisierung von sozialen Problemen und die Förderung der gesellschaftlichen Fragmentierung wurden dem Multikulturalismusmodell vorgeworfen (Mahnig 1998: 91). Forderungen nach Toleranz und chancengleichem Zugang haben sich jedoch bis heute erhalten und finden sich in verschiedenen Schweizer Integrationsleitbildern wieder.

In den 90-er Jahren begann die Einsicht, dass transnationale Mobilität sowohl aus wirtschaftlichen, als auch aus demografischen und politischen Gründen unerlässlich ist, allmählich zu wachsen. In diesem Sinne gewannen auch Integrationsbestrebungen an Legitimität. Sie sollten sich nicht mehr auf Sondermassnahmen beschränken, sondern als Selbstverständlichkeit in das Programm aller gesellschaftlichen Institutionen aufgenommen werden. Dieser gesamtgesellschaftliche Ansatz definierte Integration erstmals als etwas, das alle Mitglieder einer Gesellschaft betrifft. Gleichzeitig wurden von staatlicher Seite die Einwanderungshürden für unerwünschte Zuwanderer, z.B. unqualifizierte Nicht-EU/EFTA-Arbeitskräfte oder Asyl Suchende, stetig erhöht. Wicker (2003: 48) spricht diesbezüglich von einem pragmatischen „Regulationsansatz“, der Zuwanderungs- und Integrationspolitik trennt. Mit dem neuen Ausländergesetz, das am 1. Januar 2008 in Kraft tritt, rücken Zuwanderung und Integration jedoch wieder näher zusammen, indem das Integrationspotenzial von einwanderungswilligen Drittstaatenangehörigen und auch Fortschritte in der Integration von Ebensolchen, die sich bereits in der Schweiz aufhalten, für die Bewilligungserteilung zentral wird. Der Fokus der aktuellen Integrationspolitik unter dem Schlagwort „Fördern und Fordern“ liegt auf dem Individuum, das sich aktiv um seine Integration bemühen soll, z.B. durch den Besuch von Sprach- und Integrationskursen, während die entsprechenden Strukturen von der Aufnahmegesellschaft zur Verfügung gestellt und Hürden abgebaut werden sollen.

3.1.2 Die Integrationsförderung der Stadt Luzern

Im November 2000 schuf die Stadt Luzern – früh im nationalen Vergleich – mit der Position der Integrationsbeauftragten eine verwaltungsinterne Fachstelle für das interkulturelle Zusammenleben. Ihre Aufgaben liegen in der Umsetzung der städtischen Integrationspolitik und der Koordination und Vernetzung der unterschiedlichen Akteure und Angebote im Integrationsbereich. Die Leitlinien der städtischen Integrationspolitik wurden durch den Stadtrat im „Bericht und Antrag 44/2001 – Integration in der Stadt Luzern“ (Stadtrat der Stadt Luzern 2002) und im „Bericht und Antrag 32/2005 – Integration in der Stadt Luzern II“ (ders. 2005) festgelegt, die als Integrationsleitbilder bezeichnet werden können. Integration wird darin als natürliches menschliches Phänomen verstanden, als ständiger Aushandlungsprozess zwischen dem Individuum und seinem Umfeld.⁴⁰ In diesem Sinne ist Integration nicht ausländer-spezifisch, sondern betrifft alle Mitglieder einer Gesellschaft, die in gegenseitigem Geben und Nehmen für ein gelingendes Zusammenleben

³⁹ Mit der Ermordung des niederländischen Regisseurs Theo van Gogh durch einen islamischen Fundamentalisten im Jahr 2004 wurde die Frage, ob die Politik des Multikulturalismus gescheitert sei, breit debattiert. Man attestierte dem holländischen Modell, das zuvor jahrelang als Musterbeispiel galt, Wirklichkeitsferne und Indifferenz statt Toleranz. Kritisiert wurde insbesondere, dass sich die Integrationspolitik einseitig auf den Erhalt der kulturellen und sprachlichen Identität der Einwanderer konzentrierte. Mit der Subvention von Einwandererorganisationen habe der Staat den Rückzug der Migranten in ihre Herkunftsgemeinschaften und ihre Abschottung von der holländischen Gesellschaft gefördert (vgl. Basler Zeitung, 13. 11.2004).

⁴⁰ Vor dem Hintergrund dieses Verständnisses ist auch das dieser Arbeit vorangestellte Zitat von Claudio Micheloni zu verstehen. Integration ist ein immerwährender gesellschaftlicher Prozess, der bedingt durch die Vielfalt und Wechselhaftigkeit des Seins nie zum Abschluss kommt. Als abgeschlossener Zustand ist Integration lediglich als gesellschaftliches Ziel denkbar.

verantwortlich sind. Mahnig (1998: 91) kommt in seiner vergleichenden Analyse der Integrationspolitik vier europäischer Länder zum Schluss, dass für die Schweiz am ehesten ein solch gesamtgesellschaftliches Integrationskonzept geeignet wäre, das einer umfassenden Politik gegen soziale Ausgrenzung gleichkommt. Entsprechende Massnahmen seien politisch besser legitimierbar und daher konsensfähiger als migrantenspezifische Programme. Sinngemäss dürfe nur dann zwischen Migranten und Einheimischen unterschieden werden, wenn dies sachlich unabdingbar sei. Migrantenspezifische Massnahmen sollen nur dann ergriffen werden, wenn sie den Betroffenen langfristig die Integration in die Gesamtgesellschaft ermöglichen. Ähnlich formuliert dies auch der Luzerner Stadtrat (2002: 6):

Die Massnahmen zur Integrationsförderung sind zielgruppenspezifisch zu gestalten. [...] Die Sonderbehandlung einzelner Gruppen kommt nur als vorübergehendes Mittel zur Erreichung der Gleichbehandlung in Frage.

Grundlegend ist dabei einerseits „teilnehmen können“ und andererseits „teilnehmen wollen“. Chancengleicher Zugang zu den verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen muss für alle möglich sein und auch genutzt werden. Als Ziel der Integrationspolitik wird nicht Gleichmachung im Sinne von Assimilation, sondern gegenseitiges Verständnis und respektvoller Umgang formuliert. Die Basis für ein friedliches Zusammenleben wird im Respektieren der in der Bundesverfassung festgehaltenen Grundwerte und der geltenden Gesetze gesehen. Dem Staat wird eine Vorbildrolle zugeordnet:

Der Staat kann Integration weder übernehmen noch verordnen, sondern nur ein gutes Vorbild sein, strukturelle Hürden abbauen und günstige Rahmenbedingungen für integrative Aktivitäten von Institutionen und Einzelpersonen schaffen (ders. 2005: 8).

Im Zentrum der integrativen Bemühungen der Stadt Luzern unter dem Leitsatz „Luzern fördert das Zusammenleben aller“ stehen drei Zielsetzungen: Erstens sollen sich alle Einwohner selbständig orientieren können, sich anerkannt und willkommen fühlen und die Möglichkeit haben, Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Zweitens soll das gegenseitige Verständnis verbessert und der Umgang mit Konflikten konstruktiver werden. Ein drittes Ziel ist die Stärkung der sozialen Netze auf der Ebene des alltäglichen Zusammenlebens (ebd.). Diese Zielsetzungen sollen mithilfe der folgenden Arbeitsschwerpunkte angegangen werden:

- Fachliche und finanzielle Unterstützung von Integrationsprojekten
- Orientierungsangebot „Leben in Luzern“, das es Neuzugezogenen erleichtern soll, sich möglichst rasch selbständig in ihrem neuen Lebensumfeld zurechtzufinden
- Stärkung dezentraler Netzwerke, die sich für ein besseres Zusammenleben auf Quartiersebene einsetzen
- Sprachliche Förderung und Integration von Kindern im Vorschulalter
- Öffnung und Stärkung der Verwaltung im Umgang mit der Vielfalt ihrer Mitarbeitenden und Kunden (ders. 2002; ders. 2005)

Für die Umsetzung der Schwerpunkte stand in den Jahren 2002 bis 2005 ein Kredit in der Höhe von insgesamt 570'000 Franken zur Verfügung (ders. 2002: 19). Für die Jahre 2006 bis 2009 wurden vom Parlament 640'000 Franken für Massnahmen im Integrationsbereich bewilligt. Davon sollen

240'000 Franken, also mehr als ein Drittel, in die Projektförderung fließen (ders. 2005: 29), auf die im Folgenden genauer eingegangen wird.

3.1.2.1 Die Projektförderung der Stadt Luzern

Der Kontext, in dem Integrationsförderung betrieben wird, ist gekennzeichnet von raschem Wandel. Zum einen verändern sich die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, zum anderen kommt es zu Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung, womit sich auch die Problemlagen und Bedürfnisse der Zielgruppen wandeln. Um gesellschaftliche Veränderungen angemessen berücksichtigen zu können, ist Integrationsförderung auf flexible Instrumente angewiesen. Integrative Arbeit in Form von Projekten ist ein solches Instrument und macht einen wesentlichen Teil der Integrationsförderung in der Schweiz aus. Mit Projekten werden Aktivitäten bezeichnet, die geplant, zeitlich befristet und gebündelt durchgeführt werden. Diese Vorgehensweise hat, neben ihrer Anpassungsfähigkeit an ein sich wandelndes Umfeld, zahlreiche weitere Vorteile, wie die Zielgerichtetheit der Massnahmen, ihre Planbarkeit oder Überprüfbarkeit. Zudem lässt die Projektform auch Raum für Innovationen. Wichtiges Erkenntnisinstrument ist dabei die Evaluation der Projekte, in der die ursprünglichen Ziele mit dem Erreichten verglichen werden. Dabei können auch aus nicht erfolgreichen Projekten wichtige Lehren für die künftige Praxis gezogen werden. Vielfach erfordert die Berichterstattung an die Geldgeber, die eine transparente und wirkungsvolle Verwendung der knappen Mittel garantieren soll,⁴¹ jedoch einen hohen zeitlichen Aufwand von Seiten der Trägerschaft (Kessler 2005). Gerade für Migranten, die wenig schriftgewohnt sind, stellt das Verfassen von Projekteingaben und Berichten eine grosse Herausforderung dar. Ein weiterer Nachteil der Projektform ist die zeitliche und finanzielle Begrenztheit der Projekte, die es in vielen Fällen nicht erlauben, mehr als thematisch und geografisch limitierte Impulse zu setzen. Bisher ist auch die dauerhafte Weiterführung von bewährten Folgeprojekten nicht gewährleistet. Die Unterstützung des Bundes beschränkt sich auf eine Anschubfinanzierung und sieht vor, dass erfolgreiche Projekte nach der Pilotphase in die Regelstrukturen integriert werden. In der Praxis gestaltet sich dieser Übergang jedoch schwierig. Zum einen deshalb, weil er von den beteiligten Akteuren nicht gemeinsam geplant wird und zum anderen, weil die Bundesbeiträge oft nicht in gleicher Höhe von den Gemeinden übernommen werden können.

Die Stadt Luzern unterstützt gegenwärtig Integrationsprojekte mit jährlich 60'000 Franken. Jede Projekteingabe wird nach Kriterien wie Nachhaltigkeit, Realisierbarkeit, bestehendem Bedarf, Bezug zur Stadt, Vernetzung der Trägerschaft, Aktivierungspotenzial, Sensibilisierungseffekt oder Zugang zur Zielgruppe geprüft.⁴² Im Rückblick auf die Jahre 2001 bis 2004 wird die Projektförderung vom Stadtrat als erfolgreiches Instrument bezeichnet:

Die Stadt hilft dadurch nicht nur mit, im Sinne der Subsidiarität viele private Initiativen zu realisieren, sondern setzt auch ein Zeichen der Anerkennung von freiwilligem Engagement (Stadtrat der Stadt Luzern 2005: 18).

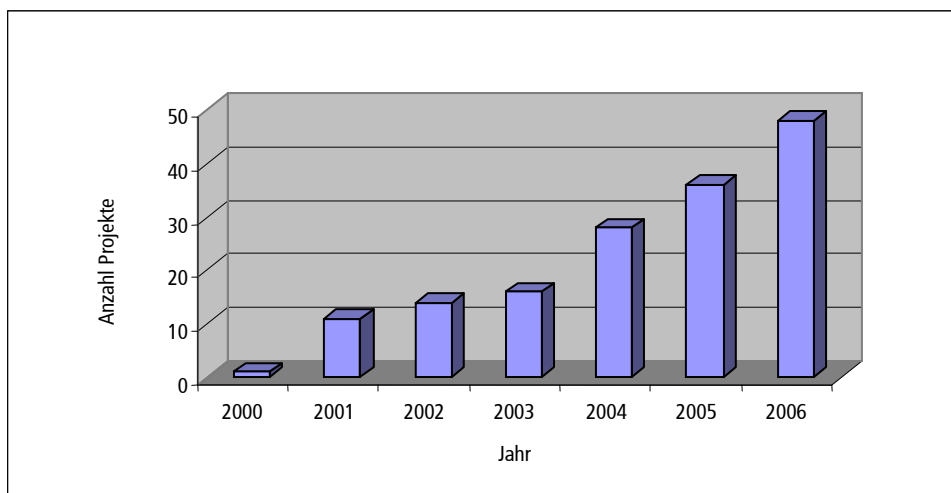
Neben dem Engagement von nichtstaatlicher Seite und der Stärkung der Freiwilligenarbeit, wird auch der Vernetzungseffekt hervorgehoben. Die Zusammenarbeit verschiedener Akteure im Inte-

⁴¹ Dieser Aspekt ist gerade bei der Verwendung von Steuergeldern, wie im Beispiel der Stadt Luzern, von hoher Relevanz.

⁴² Die Prüfung erfolgt durch das vierköpfige „Projektförderungsteam“. Einsitz haben die Integrationsbeauftragte, ihre Mitarbeiterin sowie zwei Mitglieder des Interkulturellen Forums, einer Kommission, die den Stadtrat in Fragen des interkulturellen Zusammenlebens berät.

grationsbereich wird durch die Projektförderung genauso gefördert, wie das Kontaktnetz der Stadt. Zudem konnten zahlreiche Trägerschaften durch die städtische Unterstützung weitere Beiträge generieren.⁴³ Die stetige Zunahme der bei der Stadt Luzern eingegangenen Projekteingaben zeigt auf, dass integrative Anliegen im Lauf der letzten Jahre an gesellschaftlichem Interesse gewonnen haben:

Abbildung 1: Projekteingaben⁴⁴ bei der Stadt Luzern 2000 bis 2006 nach Eingangsdatum

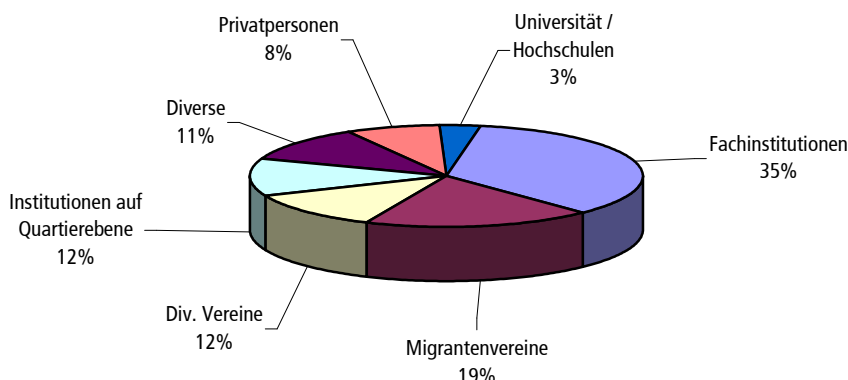


Insgesamt wurden in den Jahren 2000 bis 2006 mehr als 150 Projekte eingereicht, wovon 117 Projekte mit einem Beitrag zwischen 200 und 6'000 Franken unterstützt wurden. Vierzehn Gesuche mussten abgelehnt werden, da z.B. der Bezug zur Stadt Luzern fehlte, keine integrativen Auswirkungen zu erwarten waren oder die Finanzierung von Strukturen anstelle von Projektaktivitäten beantragt wurde. Die restlichen Projekte wurden entweder einer anderen städtischen Stelle zur Unterstützung weitergeleitet, nicht realisiert oder lediglich durch eine fachliche Beratung unterstützt. Die finanziell unterstützten Projekte wurden von rund fünfzig unterschiedlichen Projektveranstaltern durchgeführt. Sie decken ein breites Spektrum von freiwillig engagierten Einzelpersonen bis hin zu professionellen Fachinstitutionen ab, wie die folgende Darstellung verdeutlicht:

⁴³ Im gesamtschweizerischen Vergleich fällt die Unterstützung des Bundes von Luzerner Integrationsprojekten hoch aus. 2006 flossen lediglich in die Kantone Zürich, Bern und Waadt gesamthaft höhere Beiträge als nach Luzern (EKA 2007: 40).

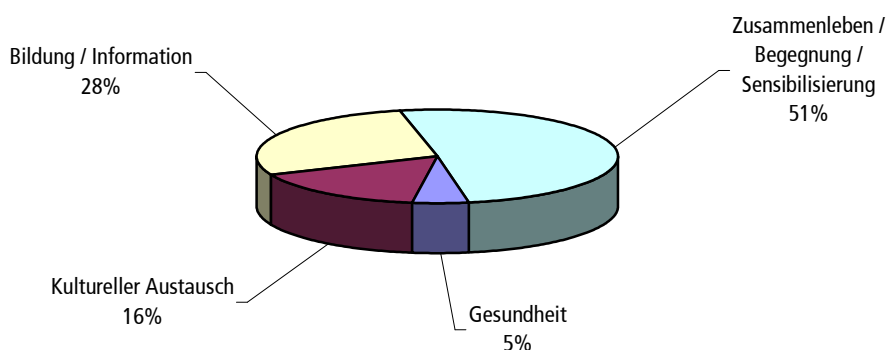
⁴⁴ Bei einer beachtlichen Anzahl der Eingaben handelt es sich um Projektfortsetzungen. Diese werden in den vorliegenden Tabellen einzeln gezählt, da die Trägerschaft jeweils eine neue Eingabe vornehmen muss. Bei Fortsetzungen von bewährten Projekten, wie z.B. Deutschkursen, über mehrere Jahre hinweg stellt sich die Frage ob die Projektförderung ein geeignetes Instrument darstellt. Der administrative Aufwand, der mit der jährlichen Eingabe und Prüfung eines Gesuchs verbunden ist, ist sowohl für die Trägerschaft als auch für die Stadt hoch. Ein Vorteil von Folgeprojekten liegt in der oftmals grösseren Nachhaltigkeit der Massnahmen.

Abbildung 2: Trägerschaften der unterstützten Projekte



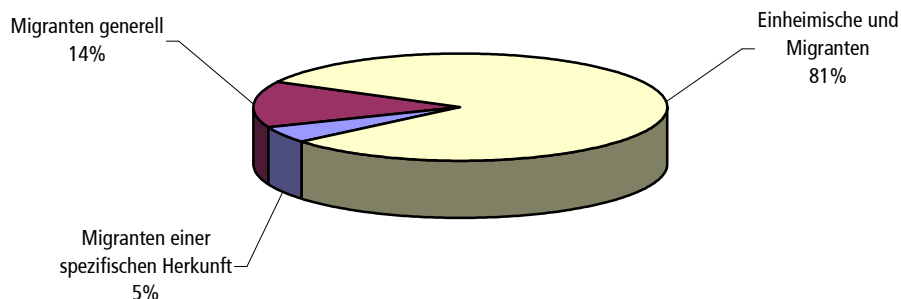
Die Projekte gehen die Integrationsthematik in unterschiedlichster Form an, von eintägigen Begegnungsfesten über Theaterprojekte, Radioworkshops und Ausstellungen bis hin zu Fachtagungen und Alphabetisierungskursen. Thematisch überwiegen Projekte, die interkulturelle Begegnungen ermöglichen bzw. das interkulturelle Zusammenleben erleichtern wollen:

Abbildung 3: Thematische Schwerpunkte der unterstützten Projekte



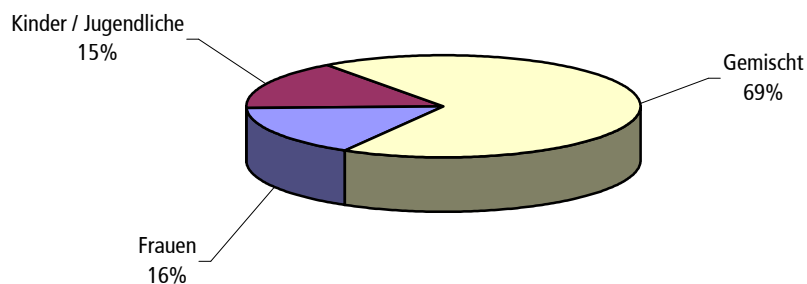
Gruppenspezifische Projekte werden von der Stadt Luzern nur ausnahmsweise unterstützt, wenn damit eine Zielgruppe erreicht werden kann, zu der ansonsten nur schwer Zugang gefunden wird. Entsprechende Projekte, wie z.B. ein Deutsch- und Computerkurs für afrikanische Frauen, können jedoch nur als Brückenangebote subventioniert werden. Sie erhalten die Auflage, den Teilnehmenden längerfristig den Übergang in Angebote mit einer gemischten Zielgruppe zu ermöglichen. Bei den gruppenspezifischen Projekten und bei Angeboten, die sich an Migranten allgemein aber nicht an Schweizer richten, handelt es sich ausschliesslich um Informationsveranstaltungen, Integrations- und Sprachkurse. Diese machen zwar mit 19% aller Projekte nur knapp einen Fünftel aus, sind jedoch meist Jahresveranstaltungen und somit teurer und nachhaltiger als andere Projekte. Entsprechend dem Leitsatz „Integration betrifft uns alle“ (Stadtrat der Stadt Luzern 2005: 7) richtet sich ein Grossteil der unterstützten Projekte gleichzeitig an Einheimische und Migranten:

Abbildung 4: Zielgruppen der unterstützten Projekte nach Herkunft



Einige Projekte konzentrieren sich auf die Zielgruppe „Kinder“ resp. „Jugendliche“, während sich andere, besonders Deutschkursangebote, nur an Frauen richten. Zum einen ist das Lernen in Frauengruppen vielen Migrantinnen aus ihren Herkunftsländern vertraut, zum anderen ist die Hemmschwelle, an gemischten Kursen teilzunehmen für viele Frauen, zum Teil auch aus Gründen der kulturellen Schicklichkeit, höher. Die meisten Projekte sind jedoch weder geschlechts- noch altersspezifisch, wie die folgende Grafik aufzeigt:

Abbildung 5: Zielgruppen der unterstützten Projekte nach Alter und Geschlecht



3.1.3 Die Zielgruppe „Migranten“

3.1.3.1 Begriffliche Eingrenzung

Als Migranten oder Menschen mit Migrationshintergrund werden Personen bezeichnet, die selber migriert sind oder durch die Auswanderung ihrer Eltern und ev. auch Grosseltern von Migration betroffen sind (AfS 2006: 335). Die beiden Begriffe umfassen nicht nur Menschen mit ausländischer

Staatsangehörigkeit, sondern auch eingebürgerte Schweizer.⁴⁵ Die in der Schweiz ansässige Bevölkerung mit Migrationshintergrund setzt sich äusserst vielfältig zusammen und kann nicht als homogene Gruppe betrachtet werden. Migranten unterscheiden sich z.B. in Bezug auf ihre Herkunft, den Zeitpunkt und Grund der Einwanderung, ihren sozioökonomischen Status, die Aufenthaltssicherheit, das Bildungsniveau, die Anpassungsfähigkeit, die Lebens- und Familiensituation oder das Umfeld vor und nach der Einwanderung. Massgebend ist auch, ob eine Person selbst eingewandert oder in der Schweiz geboren und aufgewachsen ist. Entsprechend der Vielfalt der beeinflussenden Faktoren stehen Migranten an unterschiedlichen Punkten in ihrem Integrationsprozess und weisen diesbezüglich variierende Bedürfnisse auf. Es ist deshalb schwierig, sie in klar abgegrenzte Kategorien mit jeweils spezifischen Integrationsproblemen einzuteilen (EKA 1999: 23). Integrationsbemühungen konzentrieren sich auf dem individuellen Niveau kaum auf privilegierte Ausländer, auch wenn sich diese in noch so abgeschlossenen Kreisen bewegen oder noch so wenig sprachlich integriert sind. Wie Prodollet (2006: 2) konstatiert, beschränkt sich die Zielgruppe verstärkter integrationspolitischer Massnahmen auf „die Unterprivilegierten. Oder anders gesagt: Es geht um all jene, die dem Staat Kosten verursachen (können)“.⁴⁶ Dies sind insbesondere Personen, die aufgrund einer speziellen Lebenssituation, fehlender sozialer Kontakte, geringer ökonomischer Ressourcen, Bildungs- oder Berufsqualifikationen, familiärer oder gesundheitlicher Probleme von gesellschaftlicher Desintegration bedroht sind (BFM 2006: 8). Ziel ist die Ermöglichung selbständiger Lebensführung und auch die Erhaltung der Arbeitsmarktfähigkeit. Konkreter ausgedrückt stehen vor allem die folgenden Migrantengruppen im Mittelpunkt integrationsfördernder Massnahmen: Migranten, die nicht oder ungenügend in die Arbeitswelt integriert sind, Migranten mit geringen Kenntnissen der lokalen Landessprache und Migranten mit geringen Kenntnissen des Schweizer Alltags und wenig Kontakten zur einheimischen Bevölkerung.⁴⁷ Massnahmen, die auf dem individuellen Niveau der Teilnehmenden eine Verbesserung der Alltagsorientierung zum Ziel haben, speziell Informationsangebote, Sprach- und Integrationskurse, richten sich häufig an sogenannte „schwer Erreichbare“ (EJPD 2003: 6). Damit sind Migranten gemeint, die von regulären Angeboten und über die gängigen Kanäle kaum erreicht werden,⁴⁸ wie z.B. die folgenden Personengruppen:

⁴⁵ Heiniger und Piguet (2001: 8) machen darauf aufmerksam, dass auch Personen mit Schweizer Pass migrations-spezifischen Problemen konfrontiert sein können. Eingebürgerte seien rechtlich gesehen anderen Schweizern zwar gleichgestellt, würden aber dennoch häufig als Ausländer, im Sinne von „Fremden“ wahrgenommen und seien deshalb weder sozioökonomisch noch kulturell in allen Fällen voll integriert. So weisen z.B. in der Schweiz geborene Eingebürgerte eine um 33% höhere Wahrscheinlichkeit auf, erwerbslos zu werden als vergleichbare Schweizer (Spycher et al. 2006: 5).

⁴⁶ Das Kostenargument ist auch in folgendem Zitat des Luzerner Stadtrates (Stadtrat der Stadt Luzern 2002: 8) ersichtlich: „Es ist davon auszugehen, dass die Investitionen in die [...] präventive und emanzipatorische Strategie der Integrationspolitik der Stadt langfristig sowohl gesellschaftlich wie ökonomisch zugute kommen wird. Die Einwohner/innen sind selbständiger sowie auch zufriedener und das Zusammenleben ist friedlicher. Die Symptombekämpfungskosten der bisherigen Politik (betrifft v. a. Sozial-, Gesundheits- und Sicherheitsbereich) lassen sich langfristig reduzieren.“

⁴⁷ Der Fokus dieser Untersuchung liegt auf erwachsenen Migranten. Deshalb werden hier Zielgruppen, wie z.B. fremdsprachige Vorschulkinder oder Jugendliche mit Migrationshintergrund im Übergang zwischen Schule und Beruf, nicht aufgeführt. Die Wichtigkeit der erfolgreichen Integration von Kindern und Jugendlichen steht jedoch völlig ausser Frage und wird auch im revidierten Ausländergesetz als Aufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden speziell hervorgehoben (vgl. Art. 53 Abs. 4 AuG).

⁴⁸ Eine exakte Definition der Zielgruppe „schwer Erreichbare“ ist schwierig. Dies bestätigt eine externe Evaluation der Integrationsförderung des Bundes von 2001 bis 2003. Sie kommt zum Schluss, dass diese Zielgruppe von der Eidgenössischen Ausländerkommission nicht genügend präzise definiert wurde und unter den Projektträgerschaften zum Teil sehr unterschiedliche Auslegungen des Begriffs zu finden waren (EKA 2004: 43).

- Bildungsungewohnte mit wenig Schulerfahrung
- Nichtberufstätige Mütter vor allem mit Kleinkindern und wenig Kontakt ausserhalb der eigenen Familie und Herkunftsgruppe, die sich vorwiegend Erziehungs- und Betreuungsaufgaben widmen⁴⁹
- Personen, die beruflich und zeitlich stark belastet sind (z.B. Schichtarbeitende)
- Migranten, die seit langer Zeit in der Schweiz leben und dennoch kaum Kenntnisse der lokalen Landessprache besitzen
- Personen in knappen finanziellen Verhältnissen
- Sozial Isolierte
- Personen mit einer eingeschränkten Mobilität

Weitere spezifische Zielgruppen von Integrationsmassnahmen sind Eltern mit Migrationshintergrund, die dazu befähigt werden sollen, ihre Kinder in ihrer Entwicklung im Schweizer Alltag besser zu unterstützen, und Neuzuziehende (insbesondere aus dem Ausland), denen möglichst rasch eine selbständige Orientierung im neuen Lebensumfeld ermöglicht werden soll.

3.1.3.2 Soziodemografische Kennzahlen⁵⁰

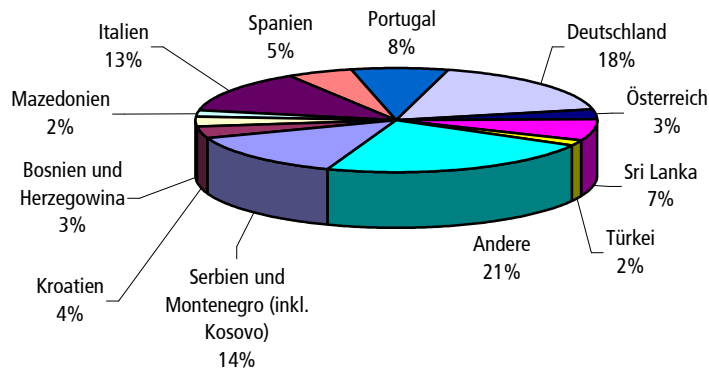
Die Verteilung der ausländischen Bevölkerung des Kantons Luzern auf seine 96 Gemeinden fällt äusserst ungleichmässig aus. So wohnen rund 60% der Ausländer in der Stadt Luzern oder einer der Agglomerationsgemeinden Emmen, Ebikon, Horw und Littau (AfS 2006: 342). Ende 2005 handelte es sich bei 18,7 % der rund 57'500 Einwohner der Stadt Luzern um Personen ohne Schweizer Pass.⁵¹ Mehr als die Hälfte der 10'729 Ausländer stammte aus Staaten der Europäischen Union und mehr als drei Viertel aus einem europäischen Land. Die grösste ausländische Bevölkerungsgruppe stellten die Deutschen dar, die in den letzten zehn Jahren eine Zunahme von 75% verzeichnen konnten. Dahinter folgen Personen aus dem 2005 noch bestehenden Serbien Montenegro und Italien, deren Bestand wie der der spanischen Bevölkerung infolge von Rückwanderungen und Einbürgerungen seit mehreren Jahren rückläufig ist. Relativ konstant ist dagegen die Anzahl Portugiesen, die ebenfalls eine zahlenmässig grosse Gruppe darstellen (dass. 2007a: 34f.). Nachfolgend eine Übersicht über die Herkunftsstaaten der ausländischen Bevölkerung der Stadt Luzern:

⁴⁹ Im Fall von fremdsprachigen Müttern geht man von einem Multiplikationseffekt der Integrationsmassnahmen aus, da angenommen wird, dass das Erlernte innerhalb der Familie und insbesondere an die Kinder weitergegeben wird.

⁵⁰ Die Zahlen auf denen dieses Kapitel und die darin enthaltenen Grafiken beruhen, entstammen, falls nicht anders vermerkt, dem Kapitel „Bevölkerung“ des *Statistischen Jahrbuches der Stadt Luzern 2007* (AfS 2007a: 34f.).

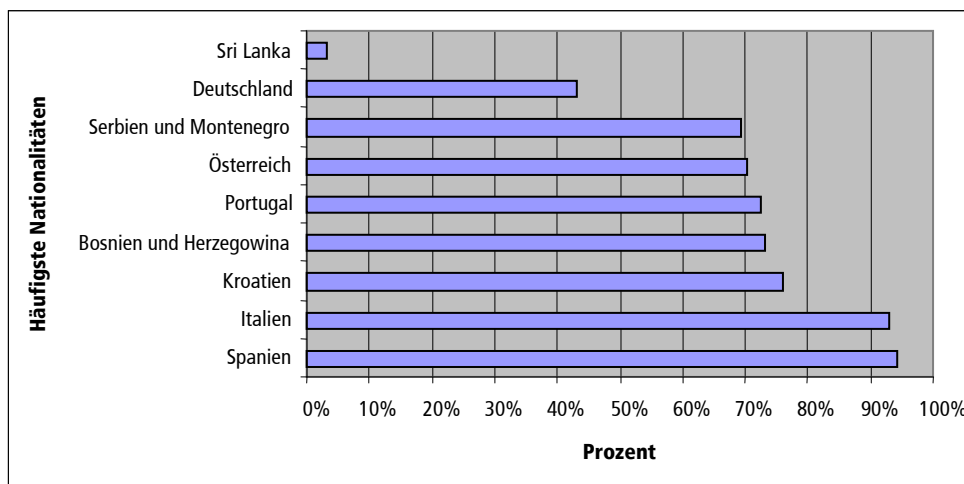
⁵¹ Der Ausländeranteil im Kanton Luzern lag Ende 2005 bei 15,4% und gesamtschweizerisch bei 20,7% (AfS 2007b: 41).

Abbildung 6: Ständige ausländische Wohnbevölkerung der Stadt Luzern Ende 2005 nach Nationalität



Der Aufenthaltsstatus einer Person kann grossen Einfluss auf ihre Integration haben, da damit Verweilsicherheit sowie Rechte und Chancen auf dem Arbeitsmarkt verknüpft sind. Mehr als 90% aller legal in der Stadt Luzern wohnenden Ausländer verfügen über eine Aufenthaltsbewilligung (B-Bewilligung) oder eine Niederlassungsbewilligung (C-Bewilligung). Im Unterschied zur C- ist die B-Bewilligung befristet und mit einem bestimmten Aufenthaltszweck verbunden. Bei Nicht-EU-Bürgern mit Aufenthaltsbewilligung sind Kantonswechsel bewilligungspflichtig und der Familiennachzug ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich. In der Regel besteht kein rechtlicher Anspruch auf Verlängerung und besonders länger andauernde Fürsorgeabhängigkeit kann diese gefährden. Aufgrund der unterschiedlichen Migrationsgeschichten fällt die Häufigkeit von Niederlassungsbewilligungen je nach Nationalität anders aus, wie aus der folgenden Grafik ersichtlich ist:

Abbildung 7: Anteil Personen mit einer Niederlassungsbewilligung an der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung Ende 2005



Die über viele Jahre hinweg intensive Rekrutierung von unqualifizierten Arbeitskräften (vgl. Kap. 3.1.1) zeigt sich heute darin, dass 40% der ersten Einwanderergeneration im Kanton Luzern und 20% der zweiten aus ungelernten Arbeitern bestehen. Diese Zahl liegt ungleich höher als bei der

einheimischen Bevölkerung. Es sind vor allem Migranten aus Portugal, den Ländern Ex-Jugoslawiens und die erste Einwanderergeneration aus Italien, die geringe Berufsqualifikationen aufweisen. Italiener der zweiten Generation sind hingegen vorwiegend in qualifizierten Berufen zu finden und haben sich in ihrer sozioprofessionellen Stellung der Schweizer Bevölkerung weitgehend angenähert (dass. 2006: 366f.). Aufgrund ihrer schlechteren Qualifikationen arbeiten ausländische Arbeitskräfte häufiger in Niedriglohnbranchen, wie der Gastronomie, dem Baugewerbe oder der Gebäudereinigung.⁵² Im Vergleich zu Schweizern sind sie deshalb öfter von finanziellen Schwierigkeiten betroffen. Zusätzlich müssen sie häufiger unsichere Anstellungsverhältnisse, unregelmässige Arbeitszeiten und Wochenendarbeit in Kauf nehmen. Der Vergleich der Bruttolöhne im Kanton Luzern zeigt, dass ausländische Personen mit 26.70 Franken pro Stunde im Durchschnitt 5.10 Franken weniger verdienen als Schweizer. Ausländische Frauen schneiden mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von 22.80 Franken besonders schlecht ab. Rund 75% der ausländischen Arbeitskräfte verdienen 35 Franken oder weniger pro Stunde, bei den Schweizern sind dies 55%.⁵³ Ausländer sind zudem überproportional häufig in Berufen und Branchen beschäftigt, die stark vom strukturellen Wandel und von Konjunkturschwankungen betroffen sind. Aus diesem Grund verlieren ausländische Arbeitskräfte ihre Arbeitsstelle öfter und bleiben wegen ihrer geringeren Qualifikationen länger arbeitslos als Schweizer, was zu einer weiteren Vergrösserung des Armutsrisikos beiträgt (dass. 2006: 370ff.).⁵⁴

3.2 Die Forschungsmethoden

Zielgruppenerreichung ist ein facettenreiches Phänomen. Um ihm auf den Grund zu gehen, gilt es, verschiedenste Perspektiven zu berücksichtigen. Dies ist mittels qualitativer Forschungsmethoden möglich. Durch ihre Offenheit erlauben sie die Betrachtung der untersuchten Gegenstände in ihrer ganzen Komplexität. Da der Fokus auf den, mit dem jeweiligen Forschungsgegenstand verbundenen, subjektiven und sozialen Bedeutungen liegt, können unterschiedliche Betrachtungsweisen sichtbar gemacht werden (Flick 2002: 19). Dieses Kapitel ist der Anwendung qualitativer Forschungsmethoden zur Erhebung und Auswertung des empirischen Materials für die vorliegende Arbeit gewidmet.

3.2.1 Datenerhebung

Ein wesentlicher Charakterzug qualitativer Forschung ist die Gegenstandsangemessenheit der verwendeten Methoden. Bei ihrer Anwendung geht es weniger darum, bereits formulierte Theorien zu überprüfen, als auf neue Einsichten zu stossen und auf der Grundlage des empirischen Materials Theorien zu entwickeln (Flick 2002: 16ff.). Innerhalb der qualitativen Forschung finden vornehmlich zwei Arten von Daten Verwendung, die auch die Grundlage dieser Untersuchung bilden. Zum einen handelt es sich um verbale Daten, die in meinem Fall mittels Leitfadeninterviews gewonnen wurden. Zum anderen um visuelle Daten, die ich durch teilnehmende Beobachtung erhob. Werfen wir jedoch zunächst einen Blick auf den Zugang zum Forschungsfeld.

⁵² Niedrige Einkommen könnten auch teilweise erklären, dass bei einem Viertel der ausländischen Paare mit Vorschulkindern im Kanton Luzern beide Partner Vollzeit arbeiten. Bei Schweizer Familien mit Kindern unter sieben Jahren liegt dieser Wert lediglich bei 8% (Afs 2006: 362).

⁵³ Dieser Unterschied würde noch frapperanter ausfallen, verdienten nicht 10% der ausländischen Arbeitskräfte, meist hochqualifizierte Westeuropäer mehr als 50 Franken pro Stunde.

⁵⁴ Während gesamtschweizerisch gebürtige Schweizer Männer mit 2,2% die niedrigste Erwerbslosenquote aufweisen, sind ausländische Frauen mit einer Aufenthaltsbewilligung, die innerhalb der letzten fünf Jahre zugewandert sind, mit 20,3% am stärksten von Erwerbslosigkeit betroffen (Spycher et al. 2006: 13).

3.2.1.1 Zugang zum Forschungsfeld

Die vorliegende Arbeit basiert hauptsächlich auf empirischen Daten, die ich während eines mehrmonatigen Praktikums bei der Integrationsbeauftragten der Stadt Luzern und bei meiner späteren Weiterarbeit auf dieser Stelle erhob. In der konkreten Umsetzung der städtischen Integrationspolitik stellt sich die Frage nach der Erreichung der Zielgruppe immer wieder. Beispielsweise als beurteilende Instanz, bei der Vergabe von Projektförderungsmitteln oder bei Projekten, welche die Stadt selber durchführt. Es bestand also ein starker praktischer Bezug zum Forschungsthema. Aufgrund meines Praktikums bei einer städtischen Stelle, erwies es sich als sinnvoll, das Forschungsfeld auf Projekte und Akteure innerhalb der Stadt Luzern zu begrenzen. Die Anstellung ermöglichte mir einen erleichterten Zugang zu Kontakten, Informationen und Projekten, die für die Forschungsfrage relevant waren. Sie verlieh meiner Forschung in den Augen meiner Gesprächspartner spürbar grössere Legitimität. Gleichzeitig erlaubte mir die Dauer des Praktikums, einen vertiefteren Einblick in das Forschungsfeld zu gewinnen. Die Beobachtung der unterschiedlichen Akteure und Projekte über einen längeren Zeitraum erwies sich als wertvoll. Die Kontakte zu meinen Interviewpartnern waren in den meisten Fällen nicht auf einzelne Begegnungen beschränkt, was mir gestattete, ihre Ausführungen in einen aussagekräftigen Kontext zu stellen.

3.2.1.2 Interviews

Bei den Gesprächen, die für diese Arbeit geführt wurden, handelte es sich um halbstandardisierte Leitfadenterviews.⁵⁵ Das bedeutet, dass die Struktur der Befragung zwar durch einen im Voraus verfassten Fragenkatalog grob vorgegeben war, aber dennoch die Freiheit bestand, je nach Entwicklung des Gespräches gewisse Punkte mehr oder weniger eingehend zu behandeln. Die Fragen waren offen formuliert, um den Interviewten die Möglichkeit zu bieten, auf die Themen einzugehen, die ihnen wichtig erschienen. Es wurde darauf geachtet, dass die Gespräche ungestört, in einem geschlossenen Raum durchgeführt werden konnten. Es handelte sich in der Mehrheit um Einzelgespräche. Lediglich bei zwei Befragungen waren zwei Informanten anwesend, was aufzeigte, dass auch innerhalb der Vereins- oder Institutionslogik mehrere Sichtweisen vertreten sein können. Die Dauer der Interviews betrug zwischen 45 und 180 Minuten. Sie wurden digital aufgezeichnet und die Aufnahmen zu einem späteren Zeitpunkt transkribiert. Ein Gespräch wurde auf Französisch geführt. In der Regel war die Interviewsprache jedoch Deutsch oder Schweizerdeutsch. Das Transkribieren erfolgte in der Standardsprache.

Die Zusammensetzung meiner Gesprächspartner⁵⁶ widerspiegelt das Anliegen, das Phänomen der Zielgruppenerreichung aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Somit soll ein möglichst umfassendes Bild der Nutzung von Integrationsprojekten und der bestehenden Nutzungshindernisse gezeichnet werden. Aus diesem Grund entstanden Interviews mit Vertretern folgender Gruppen: Migranten, Migrantenorganisationen, interkulturelle Vermittler und Projektträgerschaften. Für jede der befragten Gruppen erstellte ich einen Fragebogen, der das spezifische Wissen der Informanten zum Thema Zielgruppenerreichung berücksichtigte. Im Folgenden wird genauer auf diese vier Gruppen und die entsprechenden Interviews eingegangen:

⁵⁵ Bei diesen einleitenden Bemerkungen beziehe ich mich nur auf die von mir allein durchgeführten Interviews. Ich werde später in diesem Unterkapitel auf die, durch einen interkulturellen Vermittler geführten Interviews mit Migranteltern und -kindern eingehen, da die Rahmenbedingungen und Vorgehensweise bei diesen Gesprächen von den anderen Befragungen abwichen.

⁵⁶ Eine namentliche Zusammenstellung der Interviewpartner befindet sich im Anhang.

1) Die Zielgruppe „Migranten“

Im Rahmen meines Praktikums wurde ich mit der Begleitung und Auswertung der Erhebung „Nutzung der Freizeitangebote der Stadt Luzern durch Migrantenfamilien“ betraut. Das durch den Integrationsförderungskredit des Bundes unterstützte Projekt entstand aus der Beobachtung heraus, dass junge Migranten von den herkömmlichen Angeboten organisierter Freizeitgestaltung, wie z.B. Vereinen oder Ferienpass, kaum erreicht werden. Gleichzeitig sind sie in der offenen Jugendarbeit der Stadt Luzern jedoch überdurchschnittlich vertreten. In Gesprächen mit Kindern, Jugendlichen und Eltern mit Migrationshintergrund sollte deshalb den Gründen für die geringe Nutzung der Regelangebote nachgegangen werden. Die Beantwortung dieser spezifischen Fragestellung wurde im Rahmen eines Projektberichtes (Integrationsbeauftragte der Stadt Luzern 2005) vorgenommen und steht hier nicht im Zentrum. Auch interessieren hier eher Erwachsene als Kinder und Jugendliche, da Letztere über den Kanal „Schule“ bis zu einem gewissen Alter relativ umfassend und vergleichsweise einfach erreicht werden können. Nichtsdestotrotz lieferte die Untersuchung auch allgemeine Erkenntnisse zur Zielgruppenerreichung, die für die vorliegende Arbeit von Interesse sind. Zudem bilden die Jugendlichen eine aufschlussreiche Kontrollgruppe zu den erwachsenen Migranten. Bereits aus dem unterschiedlichen Zugang zu den beiden Gruppen lassen sich erste Schlüsse zur Beantwortung der Forschungsfrage ziehen, weshalb wir dieses Thema erst im Analyseteil genauer betrachten werden (s. Kap. 4.1.6). Die im Rahmen des Projektes gemachte Erhebung konzentrierte sich auf albanischsprachige Migranten. Zum einen, weil albanische Kinder und Jugendliche die Angebote der mobilen Kinder- und Jugendarbeit besonders häufig nutzen. Zum anderen, weil ein kompetenter interkultureller Vermittler kosovo-albanischer Herkunft zur Verfügung stand, um die Gespräche durchzuführen. Bei den Albanern handelt es sich um eine zahlenmässig wichtige Einwanderungsgruppe,⁵⁷ die in der Integrationsarbeit gemeinhin als sehr schwer erreichbar gilt, was sie für meine Forschung besonders interessant machte.

Für die Erhebung erstellte ich zwei Fragebogen, einen für die Interviews mit den Eltern und einen für die Gespräche mit den Kindern. Beide enthielten sowohl einen quantitativen als auch einen qualitativen Teil. Der erste, quantitative Teil bestand aus einer Liste von Angeboten für Kinder und Jugendliche im Wohnquartier der Befragten und der ganzen Stadt Luzern. Der Interviewer fragte jeweils, ob die Kinder bzw. die Eltern die betreffenden Angebote kennen und ob die Kinder daran schon teilgenommen haben. Die Eltern wurden zusätzlich gefragt, ob sie von Angeboten, wie Deutschkursen oder Besuchstagen in den Schulen ihrer Kinder, Gebrauch machen. Den zweiten, qualitativen Teil, der für die vorliegende Arbeit vor allem von Interesse ist, gestaltete ich entsprechend der Fragestellung meiner Forschung. Die offenen Fragen behandelten zunächst die Nutzung der bestehenden Freizeitmöglichkeiten und die vorhandenen Nutzungshindernisse. Die Eltern beantworteten diese Fragen einmal für ihre Kinder und einmal für sich selbst. Im Anschluss stellte der Interviewer Fragen zu den Informationskanälen, die Eltern und Kinder nutzen. Eine weitere Serie von Fragen behandelte die Probleme, welche die Gesprächspartner zu jenem Zeitpunkt beschäftigten und die Problemlösungsstrategien, die sie in der Regel anwenden. Die Eltern wurden zusätzlich zu ihren Rückkehrabsichten befragt, um zu erfahren, ob sie ihre Zukunft längerfristig in der Schweiz sehen.

⁵⁷ In der Schweiz leben gemäss Schätzungen zwischen 150'000 und 200'000 Albaner. Sie stammen mehrheitlich aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien und stellen eine der Hauptmigrationsgruppen dar. Die Eidgenössische Volkszählung 2000 ergab, dass Albanisch nach Serbisch/Kroatisch die zweithäufigste Nichtlandessprache in der Wohnbevölkerung ist. Die Mehrheit der albanischsprachigen Personen, d.h. 84,1%, wohnen in der Deutschschweiz (Lüdi/Werlen 2005: 11, 22).

Den Grossteil der Gespräche führte der interkulturelle Vermittler alleine. Die Durchführung von Interviews mit Hilfe eines Fragebogens war für ihn jedoch eine neue Vorgehensweise und dementsprechend gewöhnungsbedürftig. Deshalb leiteten wir zu Beginn des Projektes vier Befragungen gemeinsam. Die Gespräche wurden nicht auf Tonband aufgezeichnet. Das Gesagte wurde lediglich notiert. Das Notieren ihrer Antworten verunsicherte die erwachsenen Befragten teilweise. Aus diesem Grund wurden einige der Gespräche erst im Nachhinein schriftlich festgehalten. In mehreren Auswertungsgesprächen ging ich die erhobenen Interviewaussagen noch einmal mit dem Befragten durch, um die Fragebogen, wo nötig, zu ergänzen. Parallel dazu konnte ich für die Interpretation des Gesagten vom reichen Wissen profitieren, das er in seiner Tätigkeit als interkultureller Vermittler und Dolmetscher gesammelt hatte.

Insgesamt fanden fünfzehn Interviews mit dreiundzwanzig jungen Migranten im Alter zwischen neun und siebzehn Jahren statt. Da sich die befragten Kinder und Jugendlichen in Anwesenheit eines Freundes oder einer Freundin wesentlich wohler fühlten und auch unbefangener Auskunft erteilten, wurden die meisten Interviews mit zwei Gesprächspartnern geführt. Da die beste Freundin oder der beste Freund oft nicht Albanerin oder Albaner waren, beschlossen wir, die Interviews auch auf Kinder und Jugendliche anderer Herkunft auszudehnen. Schliesslich wurden zehn kosovo-albanische Kinder und Jugendliche befragt, zwei aus Kroatien, zwei aus Serbien und neun aus verschiedenen anderen Herkunftsländern. 65% der Kinder wurden in der Schweiz geboren, die anderen reisten ausnahmslos sehr jung in die Schweiz ein. Das Älteste war bei seiner Einreise fünfjährig. Die meisten Gespräche fanden auf Deutsch statt, einige auf Albanisch. Sechzehn Kinder wurden in einem der städtischen Jugendtreffs interviewt, vier in einem Schulhaus, zwei in der elterlichen Wohnung und ein Junge in einem Café.

Bei den Eltern wurden dreizehn Personen in zehn Gesprächen befragt. War beim Interview nur ein Elternteil anwesend, wurden dennoch auch die soziodemografischen Angaben des abwesenden Partners erfragt und in die Auswertung miteinbezogen. Mit einer Ausnahme handelte es sich bei allen Befragten um Kosovo-Albaner. Dementsprechend wurden bis auf ein Gespräch alle auf Albanisch geführt. Die meisten Interviews fanden in der Wohnung der Befragten statt. Dies war jedoch problematisch, da die Gespräche von unangekündigten Besuchern häufig gestört wurden. Weitere Gespräche fanden in einem Café oder auf dem Spielplatz statt. Die Einreise in die Schweiz liegt bei den Eltern zwischen fünf und einundzwanzig Jahren zurück. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Schweiz beträgt zwölfeinhalb Jahre. Weitere soziodemografische Daten zu den Eltern finden sich an verschiedenen Stellen im Analyseteil.

Abschliessend stellt sich die Frage nach der Repräsentativität der Aussagen der Befragten für die Zielgruppe der Migranten als Ganze. Wie ich bereits früher festgehalten habe, kann man im Falle der Zugewanderten in der Schweiz nicht von einer homogenen Gruppe sprechen. Dennoch machen Personen ausländischer Herkunft im Alltag häufig ähnliche Erfahrungen, insbesondere mit strukturellen Barrieren in der Aufnahmegesellschaft. Vieles, was die albanischen Gesprächspartner erzählten, fand ich in ähnlicher Form auch in den übrigen Interviews und in informellen Gesprächen wieder. So belastet z.B. ein unsicherer Aufenthaltsstatus unabhängig von der Nationalität.

2) Vertreter von Migrantenorganisationen

Die Selbstorganisation von Migranten ist äusserst vielfältig. Allein im Kanton Luzern gibt es schätzungsweise um die 60 Migrantenorganisationen, von denen der Grossteil in der Stadt Luzern oder den Agglomerationsgemeinden angesiedelt ist.⁵⁸ Die Mehrzahl richtet sich an Personen aus einem bestimmten Land oder einer bestimmten Region. Wie Gaitanides (2003: 43) feststellt, sind sie selten spezialisiert und verfolgen meist einen „ganzheitlichen, multifunktionalen Ansatz“. Dementsprechend vielgestaltig sind auch die Vereinsaktivitäten und -ziele. Zentral ist bei den meisten Vereinen die Treffpunktfunktion. Man trifft Menschen gleicher Herkunft, tauscht sich über Ereignisse in der Heimat und in der Schweiz aus. Bei vielen Organisationen steht explizit die Pflege der Herkunftskultur im Zentrum. Einige stellen eine Bibliothek zur Verfügung, organisieren Aktivitäten für Kinder oder ältere Menschen. Andere sind eher religiös oder politisch motiviert, bieten die Möglichkeit, gemeinsam Sport zu treiben, sich Dokumente übersetzen zu lassen oder Beratung einzuholen. Bei der Auswahl meiner Gesprächspartner achtete ich darauf, der vielfältigen Zusammensetzung der Migranten in der Schweiz Rechnung zu tragen. Dies auch um ein Gegengewicht zu den Interviews mit den albanischen Informanten herzustellen. Ein weiteres Kriterium war, dass es sich um aktive Organisationen handeln musste, die über eine ansehnliche Zahl Mitglieder verfügen und nicht selber unter mangelnder Zielgruppenerreichung leiden. Für meine Interviews wählte ich folgende fünf Vereine von Einwanderergruppen mit unterschiedlicher Migrationsgeschichte:

- Coordinadora de Centros y Asociaciones Españolas de la Suiza Central, Koordinationsstelle spanischer Zentren und Vereine in der Zentralschweiz
- Kurdischer Kultur- und Integrationsverein Zentralschweiz
- Réveil Afrique – Afrikanisches Kulturzentrum Luzern
- Serbischer Kulturverein „Nikola Tesla“
- Tamil Mandram – Verein für die tamilische Bevölkerung in Luzern und Umgebung

Zusätzlich führte ich ein Interview mit dem damaligen Präsidenten des FIM - Forum für die Integration der MigrantInnen, der Dachorganisation der ausländischen Vereinigungen in der Schweiz, um noch eine etwas allgemeinere Sicht einzuholen. Die befragten Vertreter von Migrantenorganisationen können als Experten aus der Binnenperspektive bezeichnet werden. Sie kennen die Lebenssituationen, Probleme, Anliegen und Bedürfnisse ihrer Vereinsmitglieder meist sehr genau und grösstenteils auch aus eigener Erfahrung. Bei der Interpretation der Aussagen muss dennoch berücksichtigt werden, dass es sich bei ihren Aussagen, um Ansichten von Einzelpersonen handelt, die nicht repräsentativ für die ganze Gruppe sein müssen. Dass die Meinungen innerhalb einer Community auseinander gehen können, zeigte sich im einzigen Gespräch, das mit zwei Repräsentanten eines Vereins durchgeführt wurde, deutlich am Thema „Einbürgerung“. Während einer meiner Gesprächspartner, selbst bereits eingebürgert, die Linie vertrat, Einbürgerungsvoraussetzungen möglichst hoch anzusetzen, wartete der andere zu jenem Zeitpunkt seit sieben Jahren auf einen Einbürgerungsentscheid durch die Gemeinde Emmen und setzte sich entschieden für ein erleichtertes Verfahren ein.

⁵⁸ Unter www.integration-zentralschweiz.ch findet sich eine Zusammenstellung der „Organisationen und Vereine von Migrantinnen und Migranten“ in den Zentralschweizer Kantonen. Da die Liste auf Selbstdeklaration beruht, ist jedoch davon auszugehen, dass sie unvollständig ist.

3) Interkulturelle Vermittler

Interkulturelle Vermittler⁵⁹ sind Personen, die zwischen lokalen Strukturen und Inhalten einerseits und Migranten andererseits vermitteln. Oft kommt ihnen die Rolle zu, bei Zugewanderten ihrer Sprachgruppe Werbung für Integrationsprojekte zu machen. Auch sie sind Experten aus der Binnenperspektive und kennen die Gründe für das Fernbleiben ihrer Landsleute sehr genau. Aus diesem Grund habe ich mit einer engagierten interkulturellen Vermittlerin für die portugiesische Sprachgruppe und dem albanischen Vermittler, der die Interviews zur Freizeitgestaltung von Migrantenfamilien durchführte, jeweils ein ausführliches Gespräch geführt.

4) Projektträgerschaften / Fachinstitutionen

Projekte im Integrationsbereich streben auf dem individuellen Niveau der Migranten grundsätzlich an, deren Partizipation und Handlungsfähigkeit in der Aufnahmegesellschaft zu verbessern. Diese Ziele werden in vielfältiger Weise umgesetzt. Gewisse Projekte legen z.B. einen Schwerpunkt auf die Information der Zielgruppe, andere wollen Begegnungsmöglichkeiten schaffen oder Sprachkenntnisse vermitteln.⁶⁰ Um die Erfahrungen und Strategien von Projektanbietern in der Integrationsförderung zu erheben, entstanden sechs Interviews. Als Gesprächspartner wählte ich Verantwortliche von Projekten, die eine spezielle Form der Zielgruppenerreichung beinhalten, wie z.B. das im Sinne einer Tupperwareparty funktionierende FemmesTische. Geschulte Moderatorinnen suchen Gastgeberinnen mit Migrationshintergrund, die sechs bis acht Frauen gleicher Muttersprache zu sich nach Hause einladen, um gemeinsam ein Video zu einem thematischen Schwerpunkt anzuschauen und später darüber zu diskutieren. Das mittlerweile abgeschlossene Projekt „AWE AWE“, das den Zweck der HIV/AIDS-Prävention bei afrikanischen Migranten verfolgte, suchte den Zugang zur Zielgruppe über Animationstheater. Ein weiteres Projekt erschloss die Zielgruppe über die Arbeitgeber. Mehrere andere richteten sich nur an Frauen. Unter den Projekten befanden sich auch niederschwellige Deutschkurse. Drei Gespräche erfolgten mit Vertreterinnen der drei grossen Fachinstitutionen im Bereich Integration in Luzern: Caritas Luzern, FABIA – Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern und SAH – Schweizerisches Arbeiterhilfswerk. In diesen Interviews wurden zum Teil mehrere Projekte thematisiert, und ich konnte besonders von der langjährigen und vielseitigen Erfahrung meiner Gesprächspartnerinnen profitieren. Aus ihren Antworten wurde deutlich, dass sie sich in der Vergangenheit immer wieder eingehend mit dem Thema der Zielgruppenerreichung auseinandergesetzt hatten.

3.2.1.3 Teilnehmende Beobachtung

Die in den Interviews gemachten Aussagen werden durch Daten ergänzt, die ich im Rahmen teilnehmender Beobachtung gewonnen habe. Diese zentrale Methode der Feldforschung kann wie folgt definiert werden:

Die teilnehmende Beobachtung ist die geplante Wahrnehmung des Verhaltens von Personen in ihrer natürlichen Umgebung durch einen Beobachter, der an den Interaktionen teilnimmt und von den anderen Personen als Teil ihres Handlungsfeldes angesehen wird (Friedrichs: 1990: 288).

⁵⁹ Gebräuchlich sind auch die Bezeichnungen „Schlüsselpersonen“, „interkulturelle Mediatoren“ oder „Kulturvermittler“ sowie weitere ähnliche Begriffe.

⁶⁰ Einen Überblick über die von der Stadt Luzern finanziell unterstützten Projekte vermittelt das Kapitel 3.1.2.1.

Wie bereits erwähnt, hatte ich dank meines Praktikums keine Probleme, Zugang zum Beobachtungsfeld, zu relevanten Akteuren und Aktivitäten zu erhalten. Als Praktikantin war mir in entsprechenden Situationen und Interaktionen eine praktikable Rolle zugeteilt, welche die Ereignisse in ihrem Fluss meist kaum beeinträchtigte. Gelegenheit zu Beobachtungen boten die Teilnahme an Sitzungen und Gesprächen mit Projektträgerschaften und anderen Akteuren der Integrationsförderung, sowie die Besuche von Integrationsprojekten und -anlässen. Während die Interviews den verschiedenen Befragten die Möglichkeit boten, sich durch ihre Aussagen bewusst darzustellen, gab mir die teilnehmende Beobachtung Gelegenheit, Praktiker und Zielgruppe sozusagen in „freier Wildbahn“ zu beobachten. Die Vorteile teilnehmender Beobachtung liegen darin, dass Geschehnisse möglichst unverändert beobachtet werden können, da keine künstlichen Situationen hergestellt werden. Somit kann der Forschende Offenheit gegenüber unerwarteten Sachverhalten bewahren (Fischer 1998: 74). Die durch diese Methode gewonnen Einblicke wurden zu einer wertvollen Ergänzung, der in den Interviews gemachten Äusserungen. Beobachtungen von Interesse, d.h. Aussagen, Verhalten und Ereignisse, die in Bezug auf die Frage der Zielgruppenerreichung von Belang waren, hielt ich jeweils im Nachhinein in einem Forschungstagebuch fest. Mit zunehmender Teilhabe am Feld wurde es jedoch schwieriger, die Distanz eines „professionellen Fremden“ (Agar 1980 zit. n. Flick 2002: 211) zu wahren. Im Verlauf meines Praktikums wurde vieles zur Routine und aus meiner Praktikantinnensicht nur allzu verständlich. Damit einher ging ein schleichender Verlust der kritischen Aussenperspektive mit der ich ins Feld gegangen war. Umso wichtiger war das gelegentliche Durchlesen meines Forschungskonzeptes und von Feldnotizen, die in den ersten Wochen meines Praktikums entstanden waren. Dies half mir immer wieder dabei, die eigene Wahrnehmung kritisch zu hinterfragen und die Rolle der Forscherin von der der Praktikantin zu trennen.

3.2.2 Datenanalyse

Innerhalb des Forschungsprozesses nehmen die Auswertung und Interpretation des erhobenen Materials einen besonderen Stellenwert ein. Um den empirischen Daten gerecht zu werden, soll die Annäherung mit grosser Offenheit erfolgen. Deshalb habe ich mich entschieden, die Auswertung in Anlehnung an Schmidt (2003: 447ff.) mittels Kodieren vorzunehmen. Diese Interpretationsmethode hat den Vorteil, dass sie eine unvoreingenommene Annäherung an den Forschungsgegenstand ermöglicht, gewisse Vorannahmen und den Bezug auf bestehende Theorien aber dennoch nicht ausschliesst.

Das Kodieren erlaubt die Kategorisierung und Zusammenfassung von Textmaterial, wie Forschungsnotizen und Interviewtranskripten. In einem ersten Schritt werden alle in den Texten aufgegriffenen Themen und ihre speziellen Aspekte notiert und mit passenden Auswertungskategorien versehen. Das wiederholte und genaue Lesen der Texte führt zur Bildung von Kategorien. Bei Interviews ist zu beachten, dass wichtige Aussagen häufig nicht im Kontext der entsprechenden Frage gemacht werden, sondern an anderen Stellen des Gesprächs auftauchen. Deshalb ist es wichtig, sich bei der Auswertung von den gestellten Fragen zu lösen. Obwohl die Auswertung entlang dem eigenen theoretischen Vorverständnis und der Fragestellung verläuft, soll die Interpretation nicht anhand von im Voraus feststehenden Themenkatalogen erfolgen, sondern in Auseinandersetzung mit den Forschungsdaten. Ansonsten läuft man Gefahr, im Material einzig Belege für die eigenen Vorannahmen zu finden und sich für unerwartete Einsichten zu verschliessen.

In einem zweiten Schritt werden die formulierten Auswertungskategorien zu einem Kodierleitfaden zusammengestellt, der die einzelnen Kategorien genau beschreibt. Anhand dieses Leitfadens wird

das empirische Material anschliessend kodiert, d.h. die Kategorien, die in Auseinandersetzung mit den Daten entstanden sind, werden nun auf diese angewendet. Den bedeutsamen Aussagen der Interviews und Feldnotizen wird ein passender Kode zugeordnet. Einen vierten Auswertungsschritt bildet die Erstellung einer Materialübersicht. Die Zusammenstellung der Häufigkeit, mit der Auswertungskategorien in den Forschungsdaten auftauchen, bildet die Grundlage für eine vertiefte Auseinandersetzung. So werden beispielsweise erste mögliche Zusammenhänge aber auch Ausnahmen sichtbar oder es lassen sich erste Kernkategorien herausarbeiten. Die verschiedenen Codes lassen sich nach und nach zu zentralen Kategorien und Unterkategorien verdichten, wie der folgende Auszug aus der Kodestruktur meiner Felddaten illustriert:

Tabelle 1: Auszug aus der Kodestruktur

Ebene 1	Ebene 2	Ebene 3	Ebene 4
Nutzungshindernisse	Belastung	Zeitliche / finanzielle / Körperliche Ressourcen	Berufe im Niedriglohnsegment
			Grossfamilien
	Misstrauen	Erfahrungswissen	Staats-/Institutionenbild
			Assimilationserfahrung
		Ängste	Fremde Strukturen / Konzepte
			Unsicherer Aufenthaltsstatus
			Vermeiden von Abhängigkeiten

Im fünften und letzten Schritt, der vertiefenden Fallinterpretation, wird den ersten Annahmen genauer nachgegangen. Bedeutungsvolle Passagen werden noch einmal genau analysiert und interpretiert. Dadurch können Hypothesen entstehen oder sie können ausdifferenziert, überarbeitet und wiederum überprüft werden. Ein Umstand, der bei der Interpretation der empirischen Daten nicht vergessen werden darf, ist, dass jedes Interview „– neben einer Gelegenheit zur Informationssammlung – ein interpersonelles Drama“ darstellt (de Sola Pool 1957: 193 zit. n. Hermanns 2003: 360). Vielfach kam das Einschalten des Aufnahmegerätes dem Betreten einer Bühne gleich und alle Anwesenden schlüpfen in ihre Rollen. Zwei meiner Gesprächspartner baten mich, das Gerät kurz auszuschalten, um mir gewisse Dinge dann sozusagen unter „Ausschluss der Öffentlichkeit“ anzuvertrauen. Mit diesen und anderen Informationen, die eventuell negative Konsequenzen für meine Informanten nach sich ziehen könnten, bin ich bewusst sehr sorgfältig umgegangen und gebe sie nur stark anonymisiert wieder. Entsprechende Zitate habe ich lediglich sinngemäss ohne namentliche Nennung der Gesprächspartner verwendet. Wie Sancar-Flückiger (1995b: 30) behandle ich Interviews „als Kontexte, die von allen Beteiligten hergestellt werden. Alle äussern sich entsprechend der Beobachtung, unter welcher sie sich sehen“. Besonders deutlich wurde dies in Fällen, in denen von derselben Person im Interview andere Aussagen gemacht wurden als später in informellen Gesprächen. Beim Interpretieren der Aussagen war es deshalb wichtig, sich vor Augen zu halten, aus welcher Rolle heraus, sich meine Gesprächspartner äusserten und welche Rollenzuschreibungen ich von ihnen jeweils erhielt. Häufig wurde ich mehr als Praktikantin der Integrationsbeauftragten und weniger als Forscherin wahrgenommen. Dies ist insofern relevant, als diese städtische Stelle über einen Kredit zur Förderung von Integrationsprojekten verfügt (vgl. Kap. 3.1.2.1) und bereits Projekte aller interviewten Trägerschaften und von drei der befragten Migrantenorganisationen unterstützt hat. Aus dieser Perspektive erhielten die Gespräche den Charakter einer Evaluationsforschung, die in den Augen der Befragten auch Auswirkungen auf

künftige Unterstützungsbeiträge von Seiten der Stadt haben könnte.⁶¹ Möglicherweise stellte dies einen Anreiz dar, im Interview ein möglichst ideales Bild zu vermitteln – „by accentuating certain facts and concealing others“, um es mit Goffman (1959: 65) zu formulieren. Hier zeigte sich die Ambivalenz meines Zugangs zum Feld über die Rolle der Praktikantin: einerseits öffnete sie mir die Tür zu meinen Interviewpartnern, andererseits weckte sie bei einigen von ihnen den Eindruck, sich gegenüber einer Geldgeberinstitution legitimieren zu müssen, was zu einer gewissen Verzerrung der Aussagen geführt haben könnte. Auffallend war, dass Vertreter von bewährten Projekten und gut verankerten Organisationen offener und selbstkritischer über Probleme der Zielgruppenerreichung Auskunft gaben, als Projektträgerschaften, die sich gerade in einer Positionierungsphase befanden. Zum Teil nutzten meine Gesprächspartner das Gespräch auch, um Anliegen gegenüber der Stadtverwaltung zu deponieren. In einem Fall war mit dem Interview auch die Erwartung verbunden, dass nun die Stadt einer Forderung entgegenkommen müsse. Man erwartete eine Gegenleistung, schliesslich habe man mit dem Gespräch ja auch etwas für die Stadt getan. Die Feststellung Wolffs (2003: 348), dass der Forscher dem Feld nichts zu bieten habe, stimmte nicht mit der Erwartungshaltung einiger meiner Informanten überein.

⁶¹ Über die Evaluationsforschung schreibt von Kardorff (2003: 239f.), dass sie sich in Feldern bewegt, „die von Macht-konstellationen und unterschiedlichen Interessenlagen geprägt sind“, d.h., „Evaluationsforschung trifft nicht auf ein ‚stummes Objekt‘. Vielmehr zeigt ihr jeweiliger ‚Gegenstand‘ [...] eine hohe Reaktanz auf die Evaluation selbst“.

4 Analyse und Interpretation

Analyse ist laut Geertz (1983: 15) "das Herausarbeiten von Bedeutungsstrukturen", die Beschäftigung mit einer "Vielfalt komplexer, oft übereinandergelagerter oder ineinander verwobener Vorstellungsstrukturen". Diese Vorstellungsstrukturen galt es, aus den mit Migranten, Vertretern von Migrant*innenorganisationen, interkulturellen Vermittlern und Projektverantwortlichen gemachten Interviews⁶² herauszuarbeiten und in den Erkenntnissen, die im Theorieteil gewonnen wurden, zu spiegeln. Mit den Resultaten dieses Auslegungsprozesses beschäftigen sich die folgenden Seiten. Das Phänomen der Zielgruppenerreichung wird entsprechend den eingangs formulierten Teilaspekten der Forschungsfrage aus drei Winkeln beleuchtet: Zu Beginn stehen die Zielgruppe und ihre Gründe, bestehende Integrationsangebote nicht zu nutzen, im Zentrum. Anschliessend widmen wir uns den Faktoren, welche die Frequentierung von integrationsfördernden Projekten positiv beeinflussen. Zu guter Letzt werfen wir einen Blick auf drei unterschiedliche Kanäle zur Erreichung der Zielgruppe.

4.1 Nutzungshindernisse auf Seiten der Zielgruppe

Das Verstehen von Handeln führt über die Enthüllung seiner Normalität in der jeweiligen sozialen Gruppe (Geertz 1983: 21). Um nachvollziehen zu können, wieso Migranten Projekte im Integrationsbereich nur gering nutzen, wird deshalb im Folgenden versucht, die hinter diesem Handeln liegenden Alltagsrealitäten, Denk- und Handlungsmuster aus der Sicht der Akteure und den Erfahrungen der Praktiker zu erschliessen. Es sei hier noch einmal darauf hingewiesen, dass Migranten eine sehr heterogene Zielgruppe darstellen (vgl. Kap. 3.1.3). Genauso unterschiedlich wie die Zugewanderten, ihre jeweiligen Migrationsgeschichten und aktuellen Lebenssituationen können auch die Gründe sein, die gegen die Nutzung eines Integrationsangebotes sprechen. Dennoch soll auf den folgenden Seiten versucht werden, einige zentrale Nutzungshindernisse herauszukristallisieren.

4.1.1 Information: Mangel und Überlastung

Als einen Grund, nicht an Angeboten im Integrationsbereich teilzunehmen, nannten die interviewten kosovo-albanischen Migranten ungenügende Information. Auch die Fachleute bezeichnen bestehende Informationsdefizite bei breiten Kreisen der Migrationsbevölkerung als problematisch. Unkenntnis des bestehenden Angebotes aber auch Ängste und Vorurteile aufgrund ungenauer Information werden als wesentliche Nutzungshindernisse beschrieben. Neben dem fehlenden Zugang zu Informationen beobachten die interviewten Fachpersonen bei einem Teil der Migranten auch eine Informationsüberlastung. Sie berichten, dass Personen, die bereits an einem Projekt teilnehmen oder auf andere Weise institutionell vernetzt sind, regelrecht mit Informationen zu Veranstaltungen im Integrationsbereich überflutet werden. Hier kann es schnell zur Überforderung in der Informationsverarbeitung kommen, wie eine Gesprächspartnerin betont:

Ich denke, dass es die Migrantinnen und Migranten manchmal auch überfordert, hier noch den Durchblick zu haben, zu wissen, welches jetzt das passende Angebot für sie ist. [...] Manchmal läuft in der Stadt auch viel und unkoordiniert. [...] Das ist gut, aber ich denke, dass es für die Leute manchmal auch verwirrend ist, auch für mich, die in diesem Bereich arbeitet. Sie kommen manchmal gar nicht mit, wie dieses ganze

⁶² Eine Beschreibung der Interviewten findet sich im Kapitel 3.2.1.2.

System funktioniert (Isabelle Wicky Nussbaumer, Bildungsangebot für Migrantinnen, Caritas Luzern, Interview vom 16.6.04).

Der Vergleich zwischen den kosovo-albanischen Eltern und den im Rahmen desselben Projektes befragten Kindern und Jugendlichen zeigt grosse Unterschiede in Bezug auf das vorhandene Wissen. Während die Erwachsenen kaum über das bestehende Freizeit- und Integrationsangebot in der Stadt Luzern informiert sind, fällt der überaus gute Informationsstand der 23 befragten jungen Migrantinnen auf. Es gibt kaum Vereine oder Veranstaltungen für ihre Altersgruppe, die sie nicht kennen. Als wichtigste Informationsquelle nennen sie unisono die Schule. Dem Lehrer müsse man schliesslich zuhören, wie einer der Interviewten erklärt. Ferner sind auch Freunde häufig Übermittler von Informationen. Die Eltern spielen hingegen keine wichtige Rolle in der Information der Kinder. Umgekehrt nehmen jedoch die Kinder und Jugendlichen eine wichtige Funktion im Infotransfer zwischen Schweizer Umfeld und Eltern ein: Sechs der zehn befragten Elternpaare geben an, oft Informationen durch ihre Kinder zu erhalten. Die Kinder sind für die Eltern damit die zweitwichtigste Informationsquelle nach Freunden und Bekannten. Dies ist zum einen damit zu erklären, dass ein institutionalisierter Informationskanal, wie die Schule, bei den Erwachsenen fehlt. Zum anderen werden die für Schweizer gängigen Kanäle vor allem aus sprachlichen Gründen wenig genutzt. Beispielsweise geben sechs der zehn Paare an, nie eine Schweizer Zeitung zu lesen und nie Radio zu hören. Ein Paar liest regelmässig den *Anzeiger Luzern* und eines ab und zu die *Neue Luzerner Zeitung*. Zwei weitere Paare informieren sich mittels beider Blätter, wobei eines zusätzlich auch einen lokalen Radiosender hört. Eine wichtige Informationsquelle können auch Schweizer Bekannte sein. Die Befragten unterhalten jedoch eher oberflächliche Kontakte zu Einheimischen. Zum engeren Freundeskreis zählt niemand Schweizer.

Die schlechte Information von erwachsenen Migrantinnen stellt ein Hindernis in der Alltagsbewältigung dar. Denn „Nationales und Lokales aus der Umwelt sind ein wesentlicher Teil der Grundversorgung, weil diese Informationen die Partizipation in der neuen Umgebung ermöglichen“ (Weiss 1999: 8 zit. n. Kogoj 1999). Je früher Zugewanderte relevante Informationen erhalten, desto eher und besser können sie ihr Potenzial entfalten. Aus diesem Grund liegt es auch im Interesse der Allgemeinheit, dass der Einzelne über grundlegende Informationen verfügt. Dahingehend äussert sich auch eine meiner Gesprächspartnerinnen:

Besser informierte Leute sind wirtschaftlich attraktiver, haben weniger gesundheitliche Probleme und verursachen weniger Gesundheitskosten. [...] Ich sehe einfach, dass vieles aufgrund von Nichtinformiertsein schief läuft, und wenn man dort investiert, dann zahlt sich das aus (Verena Wicki Roth, FABIA, Interview vom 18.5.04).

Das Informationsungleichgewicht zwischen Kindern und Eltern ist dabei speziell problematisch, wie eine Fachfrau ausführt:

Die Leute müssen Verantwortung übernehmen und für das Kind da sein. Viele können ihr Kind nicht unterstützen, weil ihnen das nötige Wissen fehlt. Die Kinder sind sehr oft besser informiert als die Eltern. Informationen sind Macht (Emina Kovacevic, SAH, Interview vom 17.5.04).

Diese Machtposition führt dazu, dass Kinder im Sinne eines *gatekeepers* entscheiden, welche Informationen sie an ihre Eltern weitergeben und welche nicht. Die Überlegenheit ihrer Kinder in Schul- und Alltagsangelegenheiten kann dazu führen, dass sich Eltern weitgehend aus diesen Bereichen zurückziehen und die Kinder auf sich allein gestellt sind. Den Kindern fehlt somit wichtige

Unterstützung in ihrer Entwicklung, während die Erwachsenen in ihrer Elternrolle geschwächt werden. Der Blick auf die Umfrageergebnisse der Kinder zeigt jedoch nicht nur auf, dass die Eltern schlechter informiert sind, sondern auch, dass mit der reinen Information das Problem der Zielgruppenerreichung nicht gelöst ist. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund kennen zwar das bestehende Freizeitangebot, nehmen aber dennoch unterdurchschnittlich daran teil. Als Hauptgrund der Nichtnutzung geben sie mangelnde Motivation an. Weitere Gründe sind fehlende Zeit, die Kosten der Angebote oder dass man niemanden kennt, der bereits teilnimmt. Wie in den nachfolgenden Kapiteln aufgezeigt wird, sind diese Faktoren auch bei erwachsenen Migranten von Bedeutung. Information über das bestehende Angebot im Integrationsbereich, aber auch über den Sinn, dieses zu nutzen, sind ein erster grundlegender Schritt zu einer erfolgreicherer Zielgruppenerreichung. Diese muss jedoch breiten Kreisen in einer Form zugänglich gemacht werden, die zielgruppengerecht ist und Überforderung vermeidet. Das Kapitel 4.3 setzt sich eingehend mit der Frage nach geeigneten Kommunikationskanälen auseinander.

4.1.2 Zeitliche, finanzielle und körperliche Belastung

Integrationsbemühungen richten sich auf dem individuellen Niveau vor allem an unterprivilegierte Zugewanderte (vgl. Kap. 3.1.3.1). Sie befinden sich besonders häufig in belastenden Lebenssituationen. Wie die Interviews mit den kosovo-albanischen Migranten zeigen, stellen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse einen wesentlichen Hinderungsgrund für die Teilnahme an Integrationsangeboten dar. Auf die Frage nach der Nutzung von entsprechenden Angeboten geben von den zwanzig Befragten lediglich zwei Frauen an, einen Deutschkurs zu besuchen. Mehrere andere Albanerinnen äussern den Wunsch, an einem solchen Kurs teilzunehmen. Als Hinderungsgrund nennen mehr als die Hälfte der Interviewpartner, nicht über genügend Zeit zu verfügen. Dies vor allem aufgrund der Kinder oder grosser Arbeitsbelastung wegen Überstunden, Schicht- oder Nachtarbeit. Die zweithäufigste Antwort lautet, dass die finanziellen Mittel für zusätzliche Auslagen nicht ausreichen. Insbesondere Deutschkurse werden als zu teuer bezeichnet. Diese Aussagen decken sich mit den Beobachtungen des interkulturellen Vermittlers für Albanisch, der die enge Verknüpfung von zeitlicher und finanzieller Belastung hervorhebt:

Die Finanzen sind oft der Grund dafür, dass die Leute keinen Deutschkurs besuchen. Viele Frauen arbeiten in der Nacht. Auch solche mit kleinen Kindern sind dazu gezwungen, nachts putzen zu gehen. Am Morgen müssen sie dann wieder die Kinder in die Schule bringen. Ich habe nicht einmal erlebt, dass solche Frauen nicht am Gähnen sind. [...] Zeit ist auch ein Problem, aber immer im Zusammenhang mit Geld. Der Ehemann verdient meistens sehr wenig. Es sind grosse Familien. Sie wollen kein Geld vom Sozialamt, aus Angst vor einer Abschiebung, obwohl sie hier leben und viel für die Gesellschaft leisten. Eine Mutter mit vier kleinen Kindern hat zu Hause genug zu tun, sie ist aber gezwungen, Geld zu verdienen. Und da fehlt die Zeit für anderes (Tune Berisha, interkultureller Vermittler für Albanisch, Interview vom 17.6.04).

Einige der Frauen, die mit einer Ausnahme im Kosovo als Hausfrauen tätig waren, gehen heute neben der Hausarbeit unqualifizierten Arbeiten nach. Von den Männern arbeitet in der Schweiz keiner in seinem ursprünglichen Beruf. Früher Landwirt, Student oder Automechaniker, arbeiten sie heute vorwiegend in physisch anstrengenden Berufen in Niedriglohnbranchen, wie dem Baugewerbe oder in Fabriken. Neben den tiefen Löhnen vergrössert der Kinderreichtum die finanzielle Belastung der Familien. So haben die befragten Frauen im Durchschnitt 2,75 Kinder, während es bei den Schweizerinnen 1,42 Kinder sind (BFS 2006: 6). Die grösste Familie umfasst fünf Kinder. Um für den Unterhalt der Familie aufkommen zu können, arbeitet der Vater als Bauarbeiter ganzjährig während sechs Tagen pro Woche. Die spärliche Freizeit wird meistens mit der Familie verbracht.

Häufig stellt ein unsicherer Aufenthaltsstatus eine zusätzliche Belastung dar. Eine in Lausanne durchgeführte Studie kommt zum Schluss, „dass letztlich ein Grossteil der sozialen Probleme der Personen ausländischer Nationalität durch die wirtschaftlichen Umstände der Einwanderung sowie die aufenthaltsrechtlichen Bedingungen verschärft, wenn nicht gar hervorgerufen wird“ (Chaudet et al. 2003: 378).

Auf die Hinderungsgründe für die Nutzung von Integrationsangeboten angesprochen, wiesen auch die Vertreter der Migrantenorganisationen, der Projektträgerschaften und Fachinstitutionen mehrmals auf die hohe finanzielle, zeitliche und körperliche Belastung hin, die die Lebenssituation vieler Migranten kennzeichnet. Insbesondere Frauen können oft neben der Mehrfachbelastung durch Kinder, Haushalt und Berufstätigkeit keine zusätzlichen Ressourcen für den Besuch eines Angebotes aufbringen. Diese Belastungen schlagen sich auch im subjektiven Gesundheitsempfinden nieder: Im Vergleich zur schweizerischen Bevölkerung fühlen sich doppelt so viele Migranten subjektiv schlecht oder sehr schlecht. Ausschlaggebend dafür sind in vielen Fällen krankmachende Lebensumstände (Lanfranchi 2002: 88). Verschiedentlich wurde von meinen Gesprächspartnern hervorgehoben, dass die Lebensrealitäten der Zuwanderer nicht mit denen der Einheimischen verglichen werden können:

Migranten haben in dieser Gesellschaft so viel zu bewältigen. [...] Das muss man sich auch immer überlegen, wenn man sagt, die haben kein Interesse. Es sind andere Lebensverhältnisse. Es sind andere Voraussetzungen für das Leben hier in der Schweiz. Manchmal ärgere ich mich, wenn ich so Kommentare höre wie „die wollen nicht“. Das stimmt nicht. Ich habe Erfahrungen mit Veranstaltungen in Deutsch. Die Leute kommen auch nicht. Von 100 Eingeladenen kommen 20. Es ist eine Tatsache, dass alle ein bisschen überfordert sind, aber bei den Migranten ist die Situation noch einmal anders. Bei ihnen sind oft die Grundbedürfnisse nicht voll gedeckt und wenn man von ihnen dann noch erwartet, dass sie sich weiterentwickeln sollen, ist das schon manchmal ein bisschen zu viel (Emina Kovacevic, SAH, Interview vom 17.5.04).

Bezüglich der Lebenslagen der Migranten wird auch ein grosser Informationsbedarf auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft ausgemacht. Gerade die Ansprüche der Politik seien oft nicht mit den Realitäten der Migranten vereinbar, stellt z.B. Isabelle Wicky Nussbaumer vom Bildungsangebot für Migrantinnen der Caritas Luzern fest (Interview vom 16.6.04). Man müsse die Möglichkeiten und Grenzen der Einzelnen einfach auch einmal akzeptieren. Abschliessend kann festgehalten werden, dass sozial benachteiligte Schichten, denen Migranten überproportional zugerechnet werden müssen, viel stärker durch die Bewältigung ihrer Alltagsprobleme absorbiert werden als sozial bessergestellte (BMFSFJ 2000b Bd. 1: 60f. zit. n. Gaitanides 2003: 40). Wer zu stark mit dem ökonomischen Überleben beschäftigt ist, kann nur schwer zusätzliche Ressourcen mobilisieren, um die eigene Integration aktiv voran zu treiben. Deshalb können integrative Massnahmen nur dann funktionieren, wenn sie die Lebensrealitäten der Zielgruppe angemessen berücksichtigen.

4.1.3 Einstellung zur Integration

Die Einstellung zur Integration und damit auch die Motivation an Integrationsmassnahmen teilzunehmen, hängen entscheidend mit dem Verständnis des Begriffs „Integration“ zusammen. Laut dem interkulturellen Vermittler für Albanisch weckt dieser Ausdruck bei seinen Landsleuten häufig schlechte Assoziationen. Er gebrauche das Wort zwar, erkläre aber immer, was darunter zu verstehen ist (Tune Berisha, interkultureller Vermittler für Albanisch, Interview vom 17.6.04). Diesen Erklärungsbedarf stellt Gani Turunc vom Kurdischen Kultur- und Integrationsverein (Inter-

view vom 5.10.04) bei kurdischen Migranten besonders in Anbetracht der Turkisierungserfahrungen in der Türkei fest:

Lange Zeit hiess Integration Assimilation. Davor haben die Kurden sehr grosse Angst. Das Regime in der Türkei setzte Assimilation sehr bewusst ein, um alle Völker in der Türkei zu assimilieren, damit es ein Volk, eine Sprache und eine Kultur gibt und nichts anderes. [...] Man muss noch heute immer sagen, worum es geht, z.B. als wir die Kurse für Kinder [Deutsch-, Nachhilfe- und Integrationskurse; Anm. d. Verf.] durchführten, dass es nicht darum geht, dass sie Deutsch lernen und dabei ihre Muttersprache verlernen und solche Sachen.

Staatlicher Assimilationsdruck ist aufgrund der systematischen Serbisierungsversuche im Kosovo auch Teil des Erfahrungshintergrundes der albanischen Migranten. In den Interviews wurde deutlich, wie eng sie Integration mit Assimilation verknüpfen, und dass der Begriff vielfältige Ängste hervorruft. Das Gespräch kam immer wieder auf das Thema „Assimilation“, obwohl dieses nicht durch die Interviewleitung angesprochen wurde. Die Eltern berichteten, dass ihre Kinder zum Teil nicht mehr fließend Albanisch sprechen und untereinander auf Schweizerdeutsch kommunizieren. Sie befürchten, dass die Kinder dadurch, dass sie einen grossen Teil ihrer Zeit in der Schule verbringen, langsam ihre albanische Muttersprache und damit auch ihre Identität verlieren. Sie sehen ihre elterliche Pflicht eher darin, den Kindern ihre Heimatkultur zu vermitteln und sie vor den Einflüssen des Aufenthaltslandes zu bewahren, als sie in ihrer sozialen Integration in die Aufnahmegesellschaft zu unterstützen. Obwohl sie sich eine gute strukturelle Integration ihres Nachwuchses insbesondere ins Bildungssystem und später in den Arbeitsmarkt wünschen, verbinden sie mit der fortschreitenden sozialen Integration einen gewissen Kontrollverlust und diffuse Ängste. Dies entspricht der Feststellung von Domenig, Gross Salis und Wicker (2000: 18), dass der Wunsch nach Integration je nach Bereich unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Die gute Integration am Arbeitsplatz, der Zugang zu einer Ausbildung oder zum Gesundheitssystem sind für viele Zugewanderte zentral, während der Wunsch nach vermehrter sozialer Integration in die Beziehungsnetze der Aufnahmegesellschaft gerade bei der ersten Einwanderergeneration weniger stark ist. Der Vertreter des tamilischen Vereins betont z.B., dass Tamilen sehr gut in die Arbeitswelt integriert seien, in der Freizeit jedoch kaum Kontakte zu Schweizern hätten:

Sie sind nicht offen. Sie denken, dass sie unter den Tamilen genug Gesellschaft haben. Sie denken am Arbeitsplatz ist es o.k., mit Schweizern Kontakt zu haben, aber in der Freizeit nicht (Sivaji Sivasubramaniam, Tamil Mandram, Interview vom 8.9.04).

Beschränkt sich die Integration jedoch nur auf eine strukturelle Eingliederung, kann dies z.B. beim Erreichen des Rentenalters zu erheblichen Problemen führen, wie der Vertreter des Schweizerischen Forums für die Integration der MigrantInnen auf der Basis einer Umfrage bei italienischen Einwanderern ausführt:

On a toujours pensé que les migrants de première génération quittaient la Suisse une fois arrivés à la retraite. C'est un mythe qui s'effondre. En effet, aujourd'hui deux personnes sur trois ont répondu qu'elles ne quitteraient la Suisse que si elles y étaient obligées pour des raisons économiques ou familiales. Dans le cas contraire, elles n'ont aucune intention de quitter la Suisse parce que leurs familles sont ici. [...] Les gens qui étaient en préretraite étaient parfaitement intégrés car ils avaient un travail, un rôle dans la société, une fonction. Ils avaient leur vie. Ils estimaient qu'ils étaient intégrés dans la société. Mais dès que ces hommes et ces femmes n'ont plus de travail, ils s'aperçoivent qu'ils sont dans une société qui leur

est étrangère. En réalité leur intégration était liée à leur place de travail, au fait qu'ils avaient assez de connaissance de la langue pour travailler. Leurs seuls contacts étaient liés au monde professionnel et leurs contacts extraprofessionnels les ramenaient dans un milieu étranger. Et là on a des problèmes monstrueux de déstabilisation des gens qui vivent des crises existentielles (Claudio Micheloni, FIM, Interview vom 17.8.04).

Neben der Wichtigkeit einer ganzheitlichen Integration in die verschiedenen Bereiche der Mehrheitsgesellschaft, zeigt dieser Interviewausschnitt auch auf, dass die Zukunftsperspektiven von Migranten einen wesentlichen Einfluss auf ihre Einstellung zur Integration haben. Das Rotationsprinzip, wonach es sich bei der Arbeitsimmigration nur um ein temporäres Phänomen handelte (vgl. Kap. 3.1.1), scheint in den Köpfen vieler Einwanderer noch immer präsent zu sein. Die Absicht, nur während einer gewissen Zeit in der Schweiz zu arbeiten und dann in die Heimat zurückzukehren, führt bei vielen zu einem Leben im Dauerprovisorium, das die Integration in die Aufnahmegesellschaft als wenig notwendig erscheinen lässt:

„Ich muss ja gar nicht, das ist ja nur provisorisch.“ Nur dass während des Provisoriums die Frau kommt, dann die Kinder, die Kinder werden gross, studieren hier und dann wird das ein ewiges Provisorium und was passiert dann? Es ist viel schwieriger, weil die Chancen am Anfang versäumt wurden (Fernanda Koch-Veloso, interkulturelle Vermittlerin für Portugiesisch, Interview vom 24.9.04).

Diese mentale Aufrechterhaltung des Mythos von der definitiven Rückkehr in das Herkunftsland wurde jedoch im Falle der befragten albanischen Migranten nicht bestätigt. Ausnahmslos antworteten sie auf die Frage, ob sie die Zukunft ihrer Familie in der Schweiz sehen, mit „Ja“. Eine Rückkehr wäre vor allem für die Kinder kaum mit Perspektiven verbunden, oder wie es ein Vater ausdrückt: „Die Zukunft unserer Kinder ist in der Schweiz also auch unsere“.⁶³ Die Zukunftsperspektiven einer Person und damit ihre Einstellung zur Integration werden jedoch auch stark von ihrer Aufenthaltssicherheit beeinflusst. Ein unsicherer aufenthaltsrechtlicher Status ist auch mit einer ungewissen Zukunft verbunden. Laut Sztompka (1995: 264) können eine starke „Orientierung auf die Gegenwart und eine Fixierung auf den unmittelbaren Augenblick“ die Folge solcher Lebenssituationen sein. Längerfristige Ziele werden aufgrund von fehlendem Vertrauen in die Zukunft kaum mehr gesteckt oder angepackt, wie die folgende Aussage einer Migrantin belegt:

Ich habe nach 14 Jahren Aufenthalt in der Schweiz einen unsicheren Status. Ich weiss nicht, wie lange ich noch hier bleiben kann. Da habe ich auch keine Motivation, in meine Integration zu investieren.

Der Erhalt einer Bewilligung mit höherer Aufenthaltssicherheit⁶⁴ oder auch die individuelle Entscheidung, definitiv in der Schweiz zu bleiben, wirken sich deshalb in der Regel positiv auf die Einstellung zur Integration aus. Dies bestätigt ein Blick in die jeweilige Vereinsgeschichte des Kurdischen Kultur- und Integrationsvereines und des tamilischen Vereins „Tamil Mandram“, die

⁶³ Neben der instabilen politischen und ökonomischen Lage im Kosovo könnte die durchwegs positive Beantwortung dieser Frage auch vom Umstand beeinflusst worden sein, dass die Interviews im Auftrag der Stadt Luzern durchgeführt wurden. Die Interviewten waren sich dessen sehr wohl bewusst und deshalb teilweise auch bemüht, einen positiven Eindruck zu hinterlassen bzw. im Sinne des Interviewers zu antworten.

⁶⁴ Der Zusammenhang zwischen rechtlicher Stellung und Integration der Ausländer wurde auch politisch bereits früh erkannt, so formulierte z.B. der Bundesrat 1973: „Die Behörden können die Eingliederung und Assimilation [der Ausländer; Anm. d. Verf.] ... dadurch erleichtern und fördern, dass ihnen eine gesicherte Rechtsstellung gewährt wird“ (BBl 1937: 209 zit. n. Niederberger 2004: 99).

beide in der Stadt Luzern angesiedelt sind. Im Rahmen der sogenannten „Humanitären Aktion“ (HUMAK) im Jahr 2000 regelte der Bundesrat den Aufenthalt von rund 15'000 Personen, die vor Ende 1992 ein Asylgesuch eingereicht hatten. Begünstigte dieser Aktion waren vorwiegend Personen aus der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien, aus der Türkei und Sri Lanka, die somit Zugang zu einer Aufenthaltsbewilligung bekamen. Die Perspektive der Mitglieder, längerfristig in der Schweiz bleiben zu können, schlug sich auch in den Statuten der beiden Vereine nieder. Die Aktivitäten von Tamil Mandram beschränkten sich bis 2001 auf die Erhaltung der Rückkehrfähigkeit durch den Unterricht in tamilischer Sprache und Kultur. Als Folge der humanitären Aufnahme wurde auch der Zweck der Förderung der Integration in die Statuten aufgenommen. Eine parallele Entwicklung machte der Kurdische Kultur- und Arbeiterverein durch, der 2001 zum Kultur- und Integrationsverein wurde.

Der aktuelle politische Diskurs stellt hohe Anforderungen an die individuelle Integration der Zugewanderten und weist wenig Sensibilität für die Langfristigkeit dieses Prozesses auf. Integration soll in jedem Fall und weitgehend ungeachtet der persönlichen Voraussetzungen möglichst rasch erfolgen. Wie Domenig, Gross Salis und Wicker (2000: 18) festhalten, ist die staatliche Integrationspolitik indes nur eine Seite der Medaille: „Auf der anderen Seite stehen die MigrantInnen, welche eigene Integrationskonzepte haben“. So antwortete beispielsweise der Vertreter des tamilischen Vereins wie folgt auf die Frage, ob die Vereinsmitglieder integriert seien:

Nein, noch nicht. Das ist unser Ziel, aber es ist sehr schwierig. Das ist eine Frage der Zeit. Vielleicht die nächste Generation... die hat bessere Chancen, da sie in die Schule geht und bessere Sprachkenntnisse hat. Aber für die erste Generation ist es sehr schwierig. [...] Wir sind erst etwa zwanzig Jahre hier. Wir brauchen noch Zeit. [...] Wir, der Verein möchte weitermachen in diesem Integrationsprozess, aber das hängt auch von den Leuten ab, die müssen auch wollen. Aber langsam, das braucht noch viel Zeit, denke ich (Sivaji Sivasubramaniam, Tamil Mandram, Interview vom 8.9.04).

Neben dem zeitlichen Aspekt wurden von meinen Gesprächspartnern auch die individuellen Voraussetzungen hervorgehoben, welche die Integration erleichtern oder erschweren können, wie z.B. das Bildungsniveau oder die ökonomische Situation. Gerade die Anforderungen an die erste Generation dürften nicht zu hoch gesetzt werden:

Ich glaube, von gewissen Leuten darf man auch nicht mehr erwarten. Wenn jemand nicht integriert ist, heisst das für mich nicht, dass es schlecht ist. Er ist glücklich damit, er kann damit leben, und er stellt für die Gesellschaft kein Problem dar. Deshalb stört es mich nicht. Es würde mich mehr stören, wenn Jugendliche oder Kinder zweiter oder dritter Generation nicht integriert wären, aber dies ist nicht der Fall (Gani Turunc, Kurdischer Kultur- und Integrationsverein, Interview vom 5.10.04).

Als aufschlussreich bezüglich der Einstellung zur Integration erwiesen sich auch die von den Interviewpartnern verwendeten Formulierungen. Die Personen, die sich bereits intensiv mit dem Thema der Integration auseinandergesetzt hatten, definierten diese klar als zweiseitigen Prozess, zu dem sowohl Zugewanderte als auch Einheimische beitragen müssen. Im weiteren Verlauf der Gespräche liess sich jedoch beobachten, dass Migranten vermehrt davon sprachen „integriert zu werden“ (passiv), während Schweizer davon redeten, wie Migranten „sich integrieren“ (aktiv). Aus verschiedenen Aussagen ist deutlich herauszuhören, dass zunächst die jeweils andere Seite einen Schritt machen müsse. Die Zugewanderten fordern von den Einheimischen insbesondere mehr Offenheit und Akzeptanz:

Viele unserer Leute finden, was sollen wir nur machen, wenn die Schweizer das von uns halten, was sie in der Zeitung schreiben. Und das ist ein sehr wichtiger Grund dafür, dass Leute z.B. bei Integrationsprojekten nicht mitmachen. Die Schweiz als Gastgeber muss sich uns halt auch ein bisschen annähern, nicht dass es auf der Strasse heisst: „Du bist ein Italiener, du bist ein Jugo oder ein Weiss-ich-nicht-was“. Ich habe das Gefühl, dass sie uns [Serben; Anm. d. Verf.] seit fünf/sechs Jahren, seit der Krieg vorbei ist als Kriegsverbrecher anschauen und das ist eben auch nicht gut. Manchmal wenn ich mich am Telefon mit meinem Namen vorstelle, mit „-ic“ am Schluss, dann werde ich sofort anders behandelt und das ist schade und das müssen wir bei der Schweizer Bevölkerung ändern (Marinko Vukajlovic, Serbischer Kulturverein Nikola Tesla, Interview vom 15.10.04).

Wie in diesem Gespräch war auch in anderen eine gewisse Ernüchterung bzw. Integrationsmüdigkeit auf Seiten der Migrant*innen festzustellen. Zum Teil wurden fatalistische Einschätzungen laut, wonach die eigene Situation als Schicksal betrachtet wird, an dem man selbst nichts ändern kann. Vereinzelt wird „Integration“ auch geradezu als Reizwort empfunden. Als Grundtenor war aus den Interviews herauszuhören, dass die Schweizer zwar *pro forma* Integrationsprojekte veranstalten, die zugewanderte Bevölkerung aber trotzdem nicht vollständig gesellschaftlich teilhaben lassen. Tatsächlich besteht die Gefahr, die Migrationsbevölkerung gerade durch Integrationsmassnahmen von einer besseren Teilnahme an der Aufnahmegesellschaft auszuschliessen. Wenn z.B. soziale oder strukturelle Probleme ethnisiert oder kulturalisiert werden und statt durch eine Öffnung der Regeldienste durch migrantenspezifische Sonderlösungen angegangen werden. Grundsätzlich stossen Massnahmen bei der Zielgruppe auf grössere Akzeptanz, wenn sie auf die Gesamtbevölkerung und nicht nur auf Migrant*innen ausgerichtet sind.⁶⁵ Solche Lösungen entsprechen auch eher dem Integrationsgedanken.

Abschliessend lässt sich folgern, dass die Einstellung zur Integration durch eine ganze Reihe von Faktoren beeinflusst wird. Dies sind in erster Linie der Erfahrungsraum, die individuellen Zukunftsperspektiven, das persönliche Eingliederungskonzept und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Wie das nächste Kapitel zeigt, empfinden viele Zugewanderte Integration weniger als Notwendigkeit denn als eine zusätzliche Belastung, als Anliegen, das von aussen an sie herangetragen wird.

4.1.4 Bedarf: Eine Frage der Definitionsmacht?⁶⁶

Ob etwas als „Helfen“ bezeichnet werden kann, ist laut dem deutschen Soziologen Niklas Luhmann (zit. n. Eugster 2000: 27) im Abstrakten kaum zu klären. Dies hängt vielmehr davon ab, „wie die Beteiligten die Situation definieren und welche Erwartungen sie in Bezug auf die Handlungen und ihre Motive und auch auf die Erwartungen der anderen Seite hegen“. Diese Aussage gilt auch für die Integrationsförderung. So weichen die Ansichten der Fachleute in Bezug auf den vorhandenen Bedarf an integrationsfördernden Massnahmen zum Teil stark von der Innensicht der betroffenen Migrant*innen ab. Die Fachpersonen betonen den grossen Nachholbedarf, der aufgrund der jahrelang nicht existenten Integrationspolitik bestehe. Ihre Sichtweise ist dabei häufig stark defizitorientiert und unterschlägt die Ressourcen der Migrant*innen, wie im folgenden Gesprächsausschnitt kritisiert wird:

⁶⁵ So werden Migrant*innen z.B. durch die Begrüssungsveranstaltung für Neuzuziehende der Stadt Luzern äusserst gut erreicht. Die Veranstaltung sieht zwar Stadtführungen in verschiedenen Sprachgruppen vor, um dem unterschiedlichen Vorwissen und den Sprachkenntnissen der Teilnehmenden Rechnung zu tragen. Die offizielle Begrüssung, der Informations- und Apéroteil werden jedoch für Schweizer und Zugewanderte gemeinsam durchgeführt.

⁶⁶ Mit Feest und Blankenburg (1972: 19) kann unter Definitionsmacht „die sozial vorstrukturierte Chance, eine Situation für andere verbindlich zu definieren“, verstanden werden.

Der Blickwinkel sollte mehr in Richtung Ressourcen gelenkt werden. Ich merke immer wieder, dass man davon ausgeht, dass viele Defizite vorhanden sind. Ich merke aber immer wieder, wie viele Ressourcen vorhanden sind. Ressourcen hat auch eine Alphafrau [Analphabetin; Anm. d. Verf.]. Sie konnte sie zwar nicht auf diesem Gebiet entwickeln, aber durch ihre Situation in ganz vielen anderen. Um so in unserem System überleben zu können, muss man ja auch eine Überlebenskünstlerin sein. Man sollte die Frauen als Ganzes wahrnehmen. Ich erlebe sie als sehr flexibel. Sie sind zum Teil richtige Organisationstalente. Es gibt Frauen, die muss man manchmal begleiten, andere nicht, aber da unterscheiden sie sich für mich gar nicht von einer Schweizerin. Ich erlebe sie als sehr konstant, motiviert und interessiert. Das müsste man auch öfter sagen. Manchmal sollten sich vielleicht auch die Institutionen zu Gunsten der MigrantInnen etwas in den Hintergrund stellen und auf deren Ressourcen verweisen. Damit man sie in ihrer Vielseitigkeit mit ihren Schwächen und Stärken als Teil dieser Gesellschaft nimmt und in eine Normalität kommt (Isabelle Wicky Nussbaumer, Bildungsangebot für Migrantinnen, Caritas Luzern, Interview vom 16.6.04).

Die Wahrnehmung der Migranten unterscheidet sich von der problemzentrierten Sicht der Fachleute. Aufgrund der Erfahrung, sich immer irgendwie durchgeschlagen zu haben, scheint vielen Migranten die Notwendigkeit von Massnahmen, welche die individuelle Integration fördern, weniger gross. Den interkulturellen Vermittlern wird von ihren Landsleuten beim Bewerben von Informationsveranstaltungen immer wieder versichert, dass man keine Probleme habe und auch genügend informiert sei. Dass dem aber nicht so ist, sehen sie, wenn dieselben Personen Rat bei der Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern – FABIA suchen oder wenn sie in die Schule gerufen werden, um bei Schwierigkeiten mit denselben Familien zu übersetzen. Auch die Vertreter der Migrantenorganisationen glauben, dass gerade Informationsveranstaltungen nicht besucht werden, weil vielen Migranten der eigene Wissensbedarf zu wenig bewusst ist. Andererseits sei man viele Jahre auf sich allein gestellt gewesen und habe so manches aus den eigenen, nicht immer positiven Erfahrungen gelernt. Gerade wer schon länger in der Schweiz lebt und alle Probleme immer irgendwie lösen konnte, hat eigene Alltagsstrategien entwickelt und glaubt, kaum Wissenslücken zu haben. Auch die Motivation, Deutsch zu lernen, ist, wie folgendes Zitat zeigt, bei vielen Migranten gering, obwohl Sprachkenntnisse unter Fachleuten als eine der Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Integration gelten:

Tamilen sind nicht so interessiert, die deutsche Sprache zu lernen, glaube ich. Sie denken, das sei nicht wichtig [...] und verstehen nicht, wieso sie Deutsch lernen sollten. Erwachsene sind nicht motiviert, in die Schule zu gehen und zu lernen. Sie denken, arbeiten ist o.k. und dass sie bei der Arbeit genug sprechen (Sivaji Sivasubramaniam, Tamil Mandram, Interview vom 8.9.04).

Oft sind am Arbeitsplatz keine oder nur rudimentäre Sprachkenntnisse erforderlich und die Kontakte zu Einheimischen beschränken sich auf ein Minimum. Es ist ein Teufelskreis: Die fehlenden Sprachkenntnisse stehen tiefer gehenden Kontakten im Wege und die fehlenden Kontakte verhindern wiederum die Verbesserung der Sprachkenntnisse durch alltägliche Anwendung. In mehreren Interviews kam zur Sprache, dass Migranten aufgrund ihres schlechten Deutschs Hemmungen haben, an Veranstaltungen teilzunehmen. Rund 60% der befragten albanischen Migranten glauben zudem, dass sie ihre Probleme besser lösen könnten, wenn ihre Deutschkenntnisse besser wären. Die Männer schätzen ihre Deutschkenntnisse mit einer Ausnahme als mittelmässig ein. Sie geben an, entweder gleich gut (in drei Fällen) oder besser (in sechs Fällen) Deutsch zu sprechen als ihre Ehefrauen. Zwei Frauen geben an, über keine Deutschkenntnisse zu verfügen. Vier besitzen Grund- und drei mittlere Kenntnisse. Im Freundeskreis hat niemand der Interviewten Schweizer. Die Männer haben meist nur am Arbeitsplatz regelmässigen Kontakt zu Einheimischen.

Bei den Frauen sind diese Kontakte oft auf flüchtige Begegnungen mit den Nachbarn, auf der Strasse oder beim Einkaufen begrenzt. Auf die generell grössere Isolation von Migrantinnen weist auch die Leiterin eines niederschweligen Sprachangebotes in ihren Schilderungen hin:

Weil sie nicht arbeiten und den Kontakt zur Aussenwelt viel weniger haben. Männer sind durch die Arbeit eher integriert. Sie haben dadurch auch eher Kollegen, die sie hie und da treffen. Die Frauen sind allein mit ihren Kindern und haben dadurch viel weniger Kontakt mit Schweizern und oft sogar mit ihren eigenen Leuten. Die sitzen dann in ihren eigenen vier Wänden – und meistens sind das ja auch ganz kleine Wohnungen – vielleicht gehen sie mal auf den Spielplatz, aber auch nicht wirklich oft. Frauen sind häufiger allein und arbeiten nicht und wenn sie arbeiten, dann arbeiten sie am Abend irgendwo, putzen in einem Büro, wo halt wieder niemand da ist und schon wieder kein Kontakt möglich ist (Lis Bammert, Projekt „Türen öffnen“, Interview vom 28.5.04).

Ein Ansporn, besser Deutsch zu lernen, kann z.B. die Einreichung eines Einbürgerungsgesuches oder die Einschulung der Kinder sein. Mit zunehmender Integration der Kinder in den Schweizer Alltag schwindet die Motivation der Erwachsenen jedoch häufig wieder. Viele Migranten beginnen sich auf ihren Nachwuchs zu verlassen, der zum Übersetzer und Vermittler von Alltagswissen für die sprachunkundigeren Eltern wird:

Die erste Generation hat das Gefühl, wenn unsere Kinder in der Schule sind und sich in der Gesellschaft zurechtfinden, müssen wir uns nicht mehr integrieren. Sie haben das Gefühl, wir sind fünfzig, sechzig, wieso soll ich jetzt noch Deutsch lernen, wenn meine Kinder sowieso immer da sind, wenn ich sie brauche. Das sagen sie vielleicht nicht direkt, aber indirekt kommt das so rüber (Gani Turunc, Kurdischer Kultur- und Integrationsverein, Interview vom 5.10.04).

Der Unterschied in der Bedarfswahrnehmung zwischen Migranten und Fachleuten geht einher mit unterschiedlichen Problemperspektiven. So wird manches, was Migranten als völlig normal betrachten, erst in den Augen von Aussenstehenden zum Problem, wie ein Gesprächspartner am Beispiel der übersetzenden Kinder aufzeigt:

Im Alltag gibt es wahrscheinlich viele Probleme, die du als Probleme definieren könntest, aber für mich sind diese Dinge fast normal. Dass ein Kind jedes Mal für seine Eltern übersetzen muss oder Formulare ausfüllen, aber das ist für mich selbstverständlich. Es gehört dazu, wo du vielleicht sagen würdest, mein Gott, jedes Mal ein Kind dabei haben zu müssen, um etwas zu erledigen. [...] Für mich ist es Schicksal, dass ich immer noch mit meiner Mutter zum Arzt gehe, um zu übersetzen. [...] Ja, ich rege mich manchmal schon auf. Aber es regt mich genauso auf, zu waschen oder Geschirr zu spülen. Es gehört zum Leben dazu. [...] Das bewirkt auch, dass Kinder die Probleme ihrer Eltern kennen, dass sie sich mit den Eltern auseinandersetzen. So lernen sie auch den Ursprung ihrer Identität kennen. Sie können sich daraus selber entwickeln. Sie werden selbständig (Gani Turunc, Kurdischer Kultur- und Integrationsverein, Interview vom 5.10.04).

Genauso wie Unterschiede in der Bedarfs- und Problemwahrnehmung bestehen, gehen auch die Ansichten über die zu treffenden Integrationsmassnahmen auseinander. Bei grossen Teilen der Zielgruppe ist die Wichtigkeit des eigenen Integrationsprozesses, insbesondere der sprachlichen Integration, heute noch ungenügend verankert. Vielen Migranten ist auch der eigene Informationsbedarf nicht ausreichend bewusst. Die Aufgabe der Fachleute ist es deshalb nicht nur, bestehende Lücken in der Integration der zugewanderten Bevölkerung zu erkennen, sondern Letzterer auch auf-

zuzeigen, wo die Vorteile einer besseren Eingliederung liegen. Gleichzeitig muss den verschiedenen Problemperspektiven Rechnung getragen werden, indem man die Definitionsmacht darüber, wo Integrationsmassnahmen nötig sind, mindestens zu einem Teil an die Betroffenen abgibt.

4.1.5 Problemlösungsstrategien: Familiensolidarität als soziales Kapital

Projekte im Integrationsbereich bezwecken auf dem individuellen Niveau der Migranten, die gesellschaftliche Partizipation und Handlungsfähigkeit der Zielgruppe zu verbessern. Dies beinhaltet auch das Ziel, die Zugewanderten im Rahmen der Stärkung ihrer Alltagsressourcen zu einer eigenständigen und effizienten Problemlösung zu befähigen. Die Probleme, welche die befragten kosovo-albanischen Migranten beschäftigen, sind vor allem finanzieller Art. Der Kinderreichtum der Familien, geringe Einkommen und Verpflichtungen, Verwandte im Kosovo zu unterstützen, sind die Hauptgründe für diese Schwierigkeiten. Häufig sind auch Sorgen um die Zukunft der Kinder, da sich bei vielen Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Lehrstellensuche schwierig gestaltet. Eines der befragten Elternpaare beschäftigt vor allem die Tatsache, dass ihre Kinder kaum Kontakt zu Schweizer Kindern haben, weil in ihrem Umfeld keine wohnen. Als weiteres Problem werden auch sprachliche Barrieren im Alltag und die Schwierigkeit, Arbeit zu finden, genannt. Die interviewten Vertreter der Migrantenorganisationen kennen die vorhandenen Probleme zu einem grossen Teil aus eigener Erfahrung. Häufig werden sie auch im Rahmen der Organisationstätigkeiten, im Bekannten- oder Familienkreis mit den unterschiedlichsten Problemlagen konfrontiert. Auch aus ihrer Sicht sind finanzielle Schwierigkeiten, z.B. infolge Arbeitslosigkeit, und Sorgen über die Zukunft der Kinder besonders gravierend. Weitere Problembereiche, zu denen die Mitglieder häufig Hilfe in den Vereinen suchen, umfassen den Familiennachzug, die Einbürgerung oder das Schweizer Schul- und Ausbildungssystem. Von einigen wird auch die als negativ und undifferenziert wahrgenommene Berichterstattung über Migranten in den Medien als grosses Problem empfunden.⁶⁷ Die beschriebenen Problemlagen finden sich vorwiegend bei Personen aus den neueren Emigrationsregionen. Migranten aus den alten Einwanderungsländern, wie Italien und Spanien, beschäftigen heute hingegen eher Probleme und Fragen der Altersvorsorge oder der politischen Mitbestimmung.

Auf die Frage, an wen sie sich bei Problemen wenden, antworteten alle befragten kosovo-albanischen Migranten, dass sie zunächst innerhalb der Familie Rat und Unterstützung suchen. Anders als zu Beginn der albanischen Migration in die Schweiz, als vorwiegend junge Männer ohne Familie als Saisoniers einwanderten, verfügen heute die meisten Albaner über ein ausgedehntes Verwandtschaftsnetz in der Schweiz. Bei den befragten Paaren fällt auf, dass lediglich bei zweien beide Ehepartner ihre Heimat gleichzeitig verlassen haben. Bei den anderen liegen bis zu vierzehn Jahre zwischen der Einreise des Mannes und der späteren Einreise der Frau. Anhand der demografischen Entwicklung kann davon ausgegangen werden, dass familiäre Netze innerhalb der Migrationsbevölkerung eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Im Jahr 2006 wanderten beispielsweise rund 37% aller neu einreisenden Ausländer im Rahmen des Familiennachzugs in die Schweiz ein (www.bfm.admin.ch). Ähnlich wie andere Binnenstrukturen (z.B. Migrantenorganisationen) können auch Familien- und Verwandtschaftsnetze im Migrationskontext integrationsfördernd oder -hemmend wirken. Das soziale Kapital, das familiäre und verwandtschaftliche Beziehungen für das einzelne Mitglied bereitstellen, ist nicht zu unterschätzen:

⁶⁷ Busch (1992: 173 zit. n. Kogoj 1999) betont, dass Medien häufig Situationen der Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen widerspiegeln und diese Situationen gleichzeitig zementieren.

Familie und Verwandtschaft stellen [...] ein Unterstützungssystem dar, in dem für den Eingliederungsprozess notwendige Bestände an Alltagswissen, vielfältige soziale Beziehungen zur Aufnahmegesellschaft kumuliert und jedem Mitglied unmittelbar zur Verfügung gestellt werden (Nauck 2004: 84).

Gegenseitige materielle und moralische Unterstützung, die Vermittlung von Wohn-, Ausbildungs- und Arbeitsgelegenheiten sind weitere Beispiele für das Potenzial familiärer und verwandtschaftlicher Beziehungsstrukturen (Gaitanides 2003: 37f.). Indem diese Beziehungsnetze einer Vielzahl von sozialen Bedürfnissen entgegenkommen, können sie im Sinne einer „Eingliederungsalternative“ jedoch auch eine Verminderung der Kontakte zu Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft zur Folge haben und in Konkurrenz zu den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft zur Bewältigung von Alltagsproblemen stehen (Nauck 2004: 84). Gerade bei Personen, die durch Heiratsmigration oder Familiennachzug in die Schweiz einreisen, empfinden es die bereits früher eingewanderten Verwandten häufig als Pflicht bzw. Ehrensache, dass bei Problemen keine fremde Hilfe in Anspruch genommen wird. Dies zeigte eine stichprobenartige Umfrage bei neu in die Stadt Luzern zugezogenen Migranten der Sprachgruppen Albanisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch und Englisch im Januar 2005. Die Befragten erhielten per Post einen übersetzten Infolyer zum Projekt „Kontaktpersonen für neuzuziehende Migrantinnen und Migranten“. Kurz darauf wurden sie telefonisch kontaktiert und zu ihrem Interesse an diesem Angebot befragt. Das Projekt beinhaltete die punktuelle Begleitung von Neuzugezogenen bei Alltagsproblemen durch Freiwillige. Heiratsmigrantinnen, die erst vor kurzem in die Schweiz eingewandert waren, hatten ausser in einem Fall keine Kenntnis von dem an sie persönlich adressierten Umschlag und dessen Inhalt genommen. Ihre Ehemänner hingegen gaben auf Nachfrage hin an, den Infolyer zwar gelesen, die Informationen aber nicht an ihre Frauen weitergeleitet zu haben. Interessanterweise hielten alle Männer das Angebot für hilfreich, allerdings nur für Leute, die hier keinen kennen. Die Männer, die sich bereits zwischen sieben und fünfzehn Jahren in der Schweiz aufhielten, hatten nach eigenen Angaben selbst erlebt, wie es ist, in der Fremde keine Unterstützung zu haben. Aber die Situation ihrer Partnerinnen sei damit nicht vergleichbar. Sie glaubten deshalb nicht, dass das Angebot für ihre Ehefrauen von Interesse sei, denn diese hätten hier Familie und Bekannte. Aus den Gesprächen war klar herauszuhören, dass sie ihre Familie nicht ganz ohne Stolz in der Alltagsorientierung unterstützen. Damit festigen sie ihre Rolle als Familienoberhaupt und entsprechen gleichzeitig dem Verhaltensideal männlicher Ehre, wie sie es aus ihren Herkunftsgesellschaften kennen. Dieses wird mit Eigenschaften wie Kraft, Mut, heldenhafter Tapferkeit, Grosszügigkeit, Gastfreundschaft, Sanftmut, Geistesgegenwart, Schlagfertigkeit und Selbstbewusstsein verbunden, wie Giordano (1992: 347) unter Berufung auf verschiedene Quellen ausführt. Dementsprechend kann auch die Fähigkeit, sich und seiner Familie in Problemsituationen selber zu helfen zu wissen, als konstitutiver Teil der männlichen Ehre verstanden werden. Würde Hilfe von aussen beigezogen, käme dies einem Versagen und damit einem Gesichtverlust gleich. Derartige Denk- und Handlungsmuster verhindern eine Öffnung nach aussen und bergen die Gefahr von Abhängigkeiten der übrigen Familienmitglieder vom Familienoberhaupt. Wie Lanfranchi (2002: 81) feststellt, kann Eingliederung nur dann erfolgreich sein, wenn der virtuose Balanceakt zwischen „Integration nach innen (also Erhalten von Traditionen und Familienintimität) und Öffnung nach aussen (also Wandel durch das Erschliessen ausserfamiliärer Bereiche)“ gemeistert wird. In den Herkunftsgesellschaften vieler Migranten wendet man sich bei Problemen an die Familie oder den Bekanntenkreis und verbleibt somit in den vertrauten Strukturen der privaten Sphäre. Entsprechend werden auch im Migrationskontext Informations- oder Beratungsangebote erst in Anspruch genommen, wenn ein Problem innerhalb der familiären und verwandtschaftlichen Netze nicht zu lösen und höchst akut ist. Oft wird der eigene Informationsbedarf erst in solchen Situationen erkannt. Sich durch einen Kurs oder eine Beratung mit den eigenen Problemen sozu-

sagen in den öffentlichen Bereich zu begeben, ist eine sehr schweizerische Vorgehensweise. Vielen Migranten sind derartige Problembewältigungsstrategien aus ihrem Herkunftsland unbekannt, weshalb sie ihnen auch eher skeptisch gegenüberstehen. Dies ist verständlich, wenn man berücksichtigt, dass in vielen Gesellschaften private und öffentliche Sphäre nicht als sich ergänzend, sondern als oppositionell betrachtet werden (vgl. Kap. 2.2.4). Folglich wird der Kontakt mit dem öffentlichen Bereich, der weitgehend alles ausserhalb der familiären und verwandtschaftlichen Strukturen umfasst (Giordano 1992: 369ff.), wenn immer möglich gemieden. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass mit zunehmendem Abstand zum persönlichen Nahbereich auch das Vertrauen und somit die Wahrscheinlichkeit einer Kooperation bzw. der Inanspruchnahme eines Integrationsangebotes abnimmt (vgl. Schweer/Thies 2003: 48). Die Teilnahme an einem Projekt, kommt für viele einem öffentlichen Eingeständnis des eigenen Hilfsbedarfs gleich.⁶⁸ Sie befürchten, sich sozusagen als „Hilfsbedürftige“ in eine asymmetrische Position zu begeben und in ein Abhängigkeitsverhältnis zu rutschen. Dies erhöht die Hemmschwelle zur Nutzung zusätzlich. Nichtsdestotrotz gaben die interviewten albanischen Migranten an, sich an Beratungsstellen zu wenden, wenn Probleme innerhalb des eigenen sozialen Netzes nicht lösbar sind. Oft fehlt jedoch das Wissen über das richtige Vorgehen und die zuständigen Einrichtungen, so werden z.B. die Einwohnerdienste der Stadt Luzern als wichtigste Anlaufstelle genannt, während die Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern – FABIA nicht bekannt ist. Der interkulturelle Vermittler betont, dass der Informationsbedarf in diesem Bereich gross ist:

Es gibt Bereiche, in denen Albaner schlecht informiert sind. Wenn sie z.B. irgendein Problem mit der Fremdenpolizei haben, engagieren sie sofort einen Anwalt. Das kostet viel Geld und es gibt viele Anwälte, die nur leere Versprechungen machen. Hier wäre es wichtig, die Leute aufzuklären. [...] Probleme versucht man oft innerhalb der Familie zu lösen, und sonst geht man einfach schnell zum Anwalt. Beratungsstellen, wie die FABIA, kennt man nicht oder man kennt sie und hat das Gefühl, dass das sowieso nichts bringt. Viele brauchen einfach genauere Informationen darüber, was Sozialberatungsstellen sind und machen. Die Leute arbeiten hier, zahlen Steuern, aber das Wissen über Strukturen fehlt (Tune Berisha, interkultureller Vermittler für Albanisch, Interview vom 17.6.04).

Das Unterstützungspotenzial von Migrantenorganisationen im Problemfall wurde von den albanischen Gesprächspartnern nicht erwähnt. Dies mag daran liegen, dass diese Strukturen im Falle der albanischen Bevölkerung rund um die Stadt Luzern weniger gut ausgebaut sind als bei anderen Migrantengruppen. In den übrigen Interviews wurde jedoch von verschiedener Seite betont, dass die Selbstorganisationen von Migranten einen wichtigen Beitrag zur Problemlösungsfähigkeit ihrer Mitglieder leisten und wichtiges Orientierungswissen vermitteln. Entsprechend ordnet ihnen ein Gesprächspartner die Funktion eines „sozialen Stossdämpfers“ zu:

Les associations ont servi d'amortisseur social et sont toujours les endroits où va le migrant : il a un problème - il va à l'association et va voir le président. En général les associations arrivent à diriger un peu les gens dans le labyrinthe des institutions suisses ; ce qui décharge énormément les institutions suisses. Ce travail là est très important (Claudio Micheloni, FIM, Interview vom 17. 8.04).

⁶⁸ Beispielsweise musste das Projekt „Kontaktpersonen für neuzuziehende Migrantinnen und Migranten“ der Stadt Luzern aufgrund ungenügender Erreichung der Zielgruppe, also der „Hilfsempfänger“ eingestellt werden. Gleichzeitig stellte jedoch die Rekrutierung von freiwilligen Begleitpersonen, also von „Helfern“, für dasselbe Projekt nicht das geringste Problem dar.

Auf die Rolle der Migrantenorganisationen im Integrationsprozess wird im Kapitel 4.3.3 noch genauer eingegangen. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass der Wichtigkeit von sozialen Netzen bei der Bewältigung von Problemen und im Integrationsprozess allgemein bisweilen zu wenig Beachtung geschenkt wird. Gerade die Zirkulation von Informationen erfolgt vorwiegend gruppenintern, während der Infotransfer über Gruppengrenzen hinweg weitaus seltener ist (vgl. Kap. 2.2.3.4). Umso wichtiger ist es deshalb, dass in diesen Kreisläufen die richtigen Informationen zirkulieren. Die Integrationsarbeit ist mit der Herausforderung konfrontiert, durch das Einspeisen von relevantem und korrektem Wissen Migranten (insbesondere auch neu eingewanderten Personen) einen verbesserten Zugang zum Schweizer Alltag in all seinen Facetten zu ermöglichen. Einen solchen Ansatz verfolgt z.B. die Stadt Bern mit der regelmässigen Durchführung von Informationsveranstaltungen für Personen, die ihre Familie in die Schweiz nachziehen möchten. Damit werden die zuerst Eingewanderten in ihrem Alltagswissen gestärkt. Der dreistündige Anlass umfasst Informationen zu Themen, von denen die Zielgruppe akut betroffen ist, wie familienergänzende Kinderbetreuung, möglichst rasche Einschulung von Kindern, Einstieg in den Arbeitsmarkt oder Rechtsfragen (Koordinationsstelle für Integration der Stadt Bern 2005). Die vorangegangenen Ausführungen belegen die Wichtigkeit, bei der Planung von Integrationsprojekten die Problembewältigungsmuster der Zielgruppe einzubeziehen. Massnahmen setzen idealerweise bei den Personen und Organisationen an, an die sich die Zielgruppe in Problemsituationen wendet.

4.1.6 Vertrauensdisposition: Wenn öffentliches Misstrauen migriert

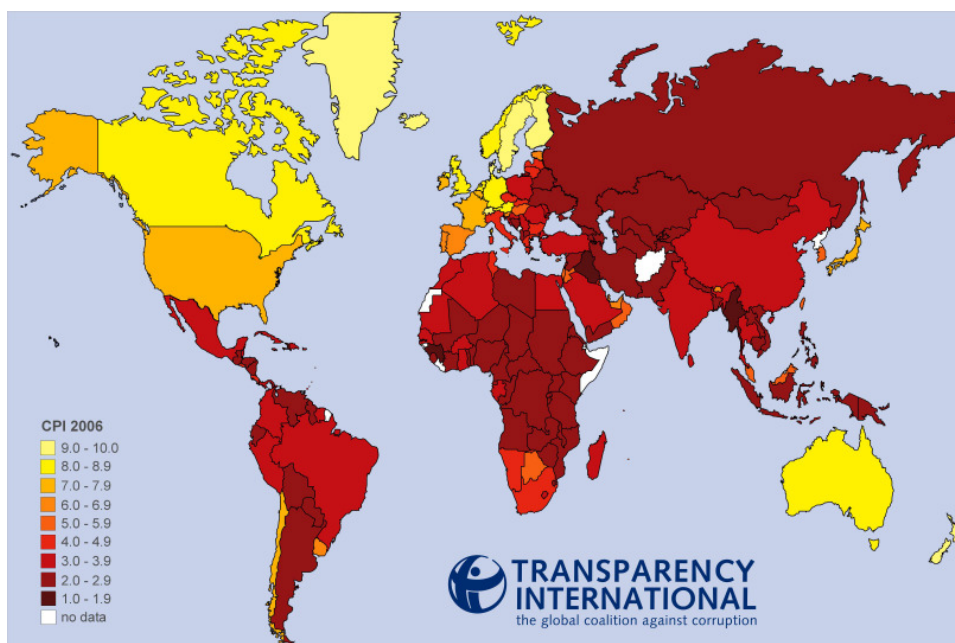
Bereits die Kontaktaufnahme mit den befragten kosovo-albanischen Migranten machte deutlich, dass der Zugang zum Zielpublikum integrationsfördernder Arbeit am erfolgreichsten über Vertrauensverhältnisse erschlossen werden kann. So waren Kinder und Jugendliche problemlos als Gesprächspartner für ein Interview zu gewinnen, sofern man sie innerhalb fester Strukturen über eine Vertrauensperson ansprach. Der Jugendarbeiter im Jugendraum oder die Lehrerin in der Schule dienten gewissermassen als Garanten unserer Vertrauenswürdigkeit und erleichterten so den Intervieweinstieg. Anfängliche Versuche des interkulturellen Vermittlers, auf dem Pausenplatz Kontakte mit Kindern und Jugendlichen aufzunehmen, scheiterten indessen an der Skepsis der jungen Migranten. Auch bei den Eltern, die direkt angesprochen wurden, stiessen die Interviewanfragen auf grosses Misstrauen, das nur durch lange Telefonate und viel Überzeugungsarbeit von Seiten des interkulturellen Vermittlers beseitigt werden konnte. Analog zu den im Theorieteil festgehaltenen Erkenntnissen förderte Vertrauen Kooperation, während Misstrauen zu Abwehrhaltungen und Rückzug führte. Im Laufe meiner Forschung verdichteten sich die Hinweise darauf, dass Misstrauen und die damit verbundenen negativen Erwartungshaltungen einer besseren Integration der Migrationsbevölkerung im Allgemeinen und einer erfolgreicherer Zielgruppenerreichung im Speziellen im Wege stehen.

Wie im Kapitel 2.2.5 dargelegt wurde, ist der Migrationskontext als solcher nicht vertrauensfördernd, da Grundvoraussetzungen für die Entstehung von Vertrauen, wie z.B. ein vertrautes Umfeld, fehlen. Im Herkunftsland bewährtes Alltagswissen wird teilweise entwertet, was zu Verhaltensunsicherheiten führt. Daraus resultiert meist eine weitere Verstärkung des Misstrauens und erhöhte Wachsamkeit gegenüber dem fremden Umfeld.⁶⁹ Vertrauensentscheidungen müssen häufig

⁶⁹ Dass dies jedoch nicht in jedem Fall eintreten muss, belegt folgendes Erlebnis während meines Praktikums bei der Stadt Luzern: Beim alljährlichen Abteilungsnachessen in den Räumlichkeiten eines interkulturellen Treffpunktes teilte uns die Köchin etwas verdutzt mit, dass uns ihre Küchenhilfe gerne eine Darbietung erbringen möchte. Darauf legte der besagte junge Iraker, der erst wenige Tage zuvor in die Schweiz geflüchtet war, eine Kasette mit orientalischer Musik ein. Er zog sein T-Shirt nach oben und begann mit der Vorführung eines homoerotischen Bauchtanzes. Der repressive Herkunftskontext des Asyl Suchenden wurde von einer überhöhten Vorstellung westlicher Toleranz überlagert und

auf der Basis von unzureichenden Informationen getroffen werden. Da keine externen Informationen zur Verfügung stehen, muss sich der Migrant, um Unsicherheit zu reduzieren, auf interne Informationen stützen, d.h. auf der Basis früherer Erfahrungen entscheiden. Hinsichtlich Vertrauensbereitschaft kommt demgemäss dem Erfahrungswissen eine eminente Bedeutung zu. Laut Luhmann (2000a: 94) lassen sich in Sozialsystemen gelernte allgemeine Dispositionen erkennen, Problemlagen eher mit Vertrauen oder Misstrauen zu begegnen. In diesem Zusammenhang sind die Forschungsergebnisse des amerikanischen Politologen Eric M. Uslaner (2002: 220) von Interesse. Uslaner stellt eine Korrelation zwischen Misstrauen und Korruption fest: Je höher die Korruption in einem Land ist, desto misstrauischer sind seine Bewohner. Der seit 1995 jährlich erscheinende *Corruption Perceptions Index* (CPI) kann uns deshalb anhand der erhobenen Korruptionswahrnehmungswerte einen groben Eindruck darüber vermitteln, welche Vertrauensdispositionen in den rund 160 ausgewerteten Ländern vorherrschen. Grundlage dieses Indexes sind verschiedene Umfragen, in denen lokale Geschäftsleute und Länderanalysten die Korruption im öffentlichen Sektor eines Staates einschätzen. Ein Blick auf die Resultate legt nahe, dass *high-trust societies* (Fukuyama 1996), d.h. soziale Systeme in denen Vertrauen dominiert, weltweit eher die Ausnahme sind. Auf der CPI-Skala von 0 (hoch korrupt) bis 10 (korruptionsfrei) rangiert lediglich ein Viertel der ausgewerteten Länder über dem Mittelwert von 5 Punkten. Hier eine Übersicht:

Abbildung 8: Corruption Perceptions Index 2006



Quelle: Transparency International (www.transparency.org)

Während die Schweiz mit einem Wert von 9.1 als Land betrachtet werden darf, in dem ein hohes öffentliches Vertrauen herrscht, schneiden die Herkunftsländer der grössten Migrantengruppen in der Schweiz weniger gut ab, wie die folgende Zusammenstellung der Werte zeigt:

fürte somit zu einem gesteigerten Vertrauen ins neue Lebensumfeld. Die Erhaltung dieses Vertrauens hängt jedoch stark von den konkreten Erfahrungen ab, die eine längere Anwesenheit im Aufnahmeland mit sich bringt.

Tabelle 2: CPI-Ergebnisse für die Schweiz und die Herkunftsländer ihrer grössten Migrantengruppen

Rang unter den 163 ausgewerteten Ländern	Land	CPI-Ergebnis 2006 [0 = hoch korrupt; 10 = korruptionsfrei]
7	Schweiz	9.1
16	Deutschland	8.0
18	Frankreich	7.4
23	Spanien	6.8
26	Portugal	6.6
45	Italien	4.9
60	Türkei	3.8
69	Kroatien	3.4
84	Sri Lanka	3.1
90	Serbien	3.0
93	Bosnien und Herzegowina	2.9
105	Mazedonien	2.7

Datenquelle: Transparency International Corruption Perceptions Index 2006 (www.transparency.org)

Diese Zahlen zeigen auf, dass die Migrationsbevölkerung der Schweiz vorwiegend aus *low-trust societies* (Fukuyama 1996) stammt oder, wie Giordano (CAS 2005) präzisiert, aus Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens, die durch eine tiefe Skepsis gegenüber der öffentlichen Sphäre geprägt sind. In Bezug auf die Integrationsförderung verstärkt sich dieser Umstand noch, da weder deutsche noch französische Migranten in den gleichsprachigen Landesregionen zu den Hauptzielgruppen der praktischen Integrationsarbeit gehören. Schwierigkeiten in der Zielgruppenerreichung können teilweise damit erklärt werden, dass Integrationsprojekte als Teil der öffentlichen Sphäre wahrgenommen werden. Diese umfasst, wie bereits erwähnt, weitgehend alles ausserhalb des eigenen Familien- bzw. Verwandtschaftskreises und wird undifferenziert als zu meidender Raum betrachtet. Vielfach wird ebenso wenig zwischen den föderalen Ebenen unterschieden wie zwischen verschiedenen Abteilungen oder Institutionen. Die Stelle der Integrationsbeauftragten der Stadt Luzern wird beispielsweise häufig mit dem kantonalen Amt für Migration gleichgesetzt und ihre Tätigkeiten mit entsprechendem Misstrauen quittiert. Staat ist Staat, und dieser nimmt in der erfahrungsbedingten Wahrnehmung der Zielgruppe keine unterstützende, sondern eine kontrollierende und lebenserschwerende Funktion ein:

Viele Albaner haben schlechte Erfahrungen mit Behörden gemacht. [...] Die Leute glauben, dass sie sich in Acht nehmen müssen. Viele haben Mühe mit ihrer Aufenthaltsbewilligung, Einbürgerungen werden abgelehnt usw. Ich kenne viele Familien, die sich sehr bemühen und arbeiten, und auch bei ihnen merke ich, dass sie kein Vertrauen zu den Behörden haben, weil sie schlechte Erfahrungen gemacht haben. Das wird sehr häufig erwähnt. Sie sagen: „Wir mussten und konnten immer alles selber bezahlen, bezogen nie etwas vom Sozialamt und trotzdem heisst es, wenn wir eine Niederlassungsbewilligung beantragen: ‚Sie haben vier Kinder, sie brauchen so und so viel Geld und es besteht die Gefahr, dass sie vom Sozialamt abhängig werden.‘ Obwohl wir schon 18 Jahre mit unserem Budget zurechtkommen“ (Tune Berisha, interkultureller Vermittler für Albanisch, Interview vom 17.6.04).

Das öffentliche Misstrauen der Zugewanderten gründet auf einer Vielzahl von aktuellen und vergangenen Erfahrungen, auf solchen, die im Herkunftskontext gemacht wurden und auf solchen aus dem Aufnahmeland, auf eigenen und fremden. Verdichtet zu einer denk-, wahrnehmungs- und

handlungsleitenden „base historique“, wie es ein Gesprächspartner nennt, führen sie zu einem allgemeinen Misstrauen gegenüber öffentlichen Einrichtungen:

Il y a une méfiance de tout ce qui vient d'une institution. Maintenant on parle de l'IMES [heute BFM – Bundesamt für Migration; Anm. d. Verf.]. Les gens ne savent pas ce qu'est l'IMES, mais par contre les gens savent ce qu'est la police des étrangers. Si vous êtes étranger dans ce pays, sur tout ce qui vous concerne est écrit « police des étrangers ». Il ne faut pas oublier que le dernier Italien a été expulsé de la Suisse en 1970 car il était communiste. Ce n'est pas si vieux. Moi j'avais 17 ans et j'étais fiché comme personnage dangereux en Suisse. Toutes ces choses ont créé une base historique qui est là. Cela ne s'efface pas avec une gomme. Et cela va être très long à effacer parce que ça a laissé des traces profondes. Quand je fais des réunions dans les colonies italiennes entre les peu des jeunes et des gens, âgés aujourd'hui de 70 ans, qui sont toujours actifs les choses passent, se transmettent! Si en plus vous êtes migrant et vous avez quitté votre pays parce que vous aviez des problèmes avec la politique ou la police, vous êtes méfiant (Claudio Micheloni, FIM, Interview vom 17. 8.04).

Indem negative Erfahrungen innerhalb der jeweiligen Migrantengemeinschaft weitergegeben werden, finden sie Eingang in das soziale Wissen dieser Gruppen. Gerade neu Eingewanderte können kaum auf direkte Interaktionen mit dem neuen Lebensumfeld zurückgreifen, um Vertrauensurteile zu fällen. Aus diesem Grund sind sie besonders auf fremde Erfahrungs- und Informationsverarbeitung angewiesen. Wie eine Gesprächspartnerin für portugiesische Migranten feststellt, ist es deshalb sinnvoll, möglichst bald nach der Einwanderung mit Integrationsmassnahmen zu beginnen:

Bei denen, die schon mehr als zwei Jahre hier sind, ist das schlimmste Problem, wenn sie ein Problem bei der Arbeit haben, z. B. wenn sie von Schweizern schlecht behandelt wurden, entwickeln sie diese starren Denkmuster, Bilder und Vorurteile. Diese Leute erzählen ihre Erfahrungen dann weiter. Deshalb ist die Integrationsarbeit gerade am Anfang so wichtig. Man muss sie „einfangen“, solange sie noch keine Meinung haben (Fernanda Koch-Veloso, interkulturelle Vermittlerin für Portugiesisch, Interview vom 24.9.04).

Der persönliche Erfahrungsraum, der eigentlich zum individuellen Erlebnisbereich gehört, wird aufgrund geteilter Lebenserfahrungen zum kognitiven Kapital vieler (Giordano/Kostova 2002: 138). Dadurch, dass eigene Erfahrung immer auch fremde enthält, können negative Erlebnisse über das kollektive Gedächtnis einer Gruppe über lange Zeitspannen hinweg weitergegeben werden. So erklärt beispielsweise der Präsident einer afrikanischen Organisation das Fehlen einer Vertrauensbasis zur Teilnahme an Deutschkursen ausserhalb des Vereins mit den kolonialen Erfahrungen Afrikas:

Ich schicke die Leute in die FABIA-Kurse, aber sie sagen mir: „Mach doch besser hier etwas, dann komm ich. Warum können wir nicht hier etwas machen? Wieso können das nur die weissen Leute für uns machen?“ [...] Wir haben kein Problem mit Schweizern. Es kommt viel mehr aus den Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben: mit der Sklaverei, der Situation in den Kolonien. Diese Geschichte geht uns bis heute nach. Deshalb brauchen wir Zeit, um uns zu öffnen – auch gegenüber den Schweizer Institutionen (Gabriel Kula Miezi, Réveil Afrique, Interview vom 13.10.04).

Die Vertrauensleere gegenüber dem Staat und den Institutionen der Zivilgesellschaft ist ein fruchtbarer Nährboden für Gerüchte. Beispielsweise berichtete eine Migrantin, dass Landsleute ihr gegenüber felsenfest behauptet hatten, der Luzerner Stadtpräsident könne weder lesen noch

schreiben und sei einzig durch Beziehungen zu seinem Amt gekommen. Da die Vertrauenswürdigkeit eines Systems eng mit dem vertrauenswürdigen Auftreten seiner Repräsentanten verknüpft ist, werden solche Gerüchte als Bestätigung der Korruption des Verwaltungsapparates aufgefasst. Wer in einem korrupten System sozialisiert wurde, unterstellt erfahrungsbedingt anderen, die es zu etwas gebracht haben, dies nicht aufgrund ihrer Fähigkeiten geschafft zu haben. Gleichsam stehen Personen, die sich engagieren, bald einmal im Verdacht, eigennützige bzw. unlautere Ziele zu verfolgen. Gerade beim Versuch, neue Teilnehmende für ein Integrationsprojekt zu gewinnen, wird häufig über die Motive des Gegenübers spekuliert, wie eine Projektleiterin schildert:

Eine Reaktion ist: Was ist das für eine Sekte? Was verdienst du dadurch? Häufig wird die Person in Frage gestellt. Was ist der Vorteil, den sie daraus zieht? (Rebekka Röllin Bolzern, Projekt „FemmesTische“, Interview vom 18.5.04).

Diese Aussage zeigt, dass die Beweggründe, die einem Interaktionspartner unterstellt werden, in höchstem Masse relevant für die Vergabe von Vertrauen sind. Folglich sinkt die Vertrauensbereitschaft, wenn wir davon ausgehen, dass die Gegenseite einzig im eigenen Interesse handelt (vgl. Hartmann 2001: 29). Wie in zwei Gesprächen erwähnt wurde, kann mittels der finanziellen Unterstützung von Integrationsprojekten der Migrantenorganisationen durch Stadt, Kanton und Bund Misstrauen in Bezug auf die Beweggründe schweizerischer Institutionen abgebaut werden. Dies zeigt das Beispiel der Kurdischen Kultur- und Integrationswoche:

Im Hintergrund wussten sie [die kurdischen Migranten; Anm. d. Verf.], das wird von der Stadt unterstützt: „Aha, die wollen ja nicht, dass wir assimiliert werden, sondern sie bezahlen dafür, dass wir unsere Kultur erleben können.“ Sie mussten in dieser Veranstaltung nicht Deutsch lernen oder lernen, wie man etwas in der Stadt tut. Das ist auch wichtig, aber das Vertrauen zu gewinnen ist sehr wichtig. [...] Man sah, dass das die Stadt bezahlt hatte, der Bund, der Kanton: „Denen geht es nicht nur darum, uns ihre Kultur zu vermitteln, sondern es geht ihnen auch darum, dass es uns wohl ist.“ Damit schafft man Vertrauen (Gani Turunc, Kurdischer Kultur- und Integrationsverein, Interview vom 5.10.04).

Eine Einzelerfahrung reicht jedoch nicht aus, um Misstrauen zu entkräften, wenn es einmal zum dominierenden Denk-, Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster geworden ist. Einerseits deshalb, weil es Verhalten fördert, die dazu führen, dass es sich im Sinne einer Mertonschen *self-fulfilling prophecy* bewahrheitet (Luhmann 2000a: 98). Andererseits, weil es den Handelnden davon abhält, sich auf vertrauensfördernde „soziale Experimente“ einzulassen (Gambetta 2001: 235). Es braucht eine Vielzahl positiver Erfahrungen, um Vertrauen herzustellen. Das Ermöglichen solcher vertrauensschaffender Erlebnisse stellt eine grundlegende Herausforderung für die Integrationsarbeit dar. Wichtig ist dabei insbesondere auch die Information über Schweizer Einrichtungen, denn wie Sztompka (1997: 22) treffend feststellt, wird einem auch noch so gut funktionierenden System das Vertrauen versagt bleiben, wenn sich die Leute seiner Funktionstüchtigkeit nicht bewusst sind.⁷⁰

4.2 Erfolgsfaktoren in der Projektarbeit

Im Folgenden stehen die Faktoren im Zentrum, die sich bei integrationsfördernden Projekten positiv auf die Zielgruppenerreichung auswirken. Im Laufe der Gespräche haben sich in dieser Hinsicht vor

⁷⁰ Vgl. dazu auch das Thomas-Theorem: „Wenn Menschen Situationen als real definieren, sind sie real in ihren Konsequenzen“ (zit. n. Lindner 2000: 220).

allem zwei massgebliche Aspekte herauskristallisiert: Zum einen die finanziellen, zeitlichen und persönlichen Ressourcen, auf die ein Projekt zurückgreifen kann. Zum anderen die Nähe zur Zielgruppe, die sich in allen Facetten eines Projektes von der Planung bis hin zur konkreten Umsetzung niederschlagen muss.

4.2.1 Ressourcen: „Ein Projekt braucht ein Herz“

Der Erfolg von Integrationsprojekten ist stark von den vorhandenen Ressourcen auf Seiten der Veranstaltenden abhängig. Die befragten Projektverantwortlichen und Vertreter von Fachinstitutionen betonen, dass genügend finanzielle und damit verbunden zeitliche Mittel vorhanden sein müssen, damit ein Projekt funktionieren kann. Insbesondere die Einführung von neuen Angeboten ist mit grossen Investitionen verbunden, die sich erst mit der Zeit auszahlen:

Ich denke im Moment ist es so, dass wir, betriebswirtschaftlich gesagt, noch in einer Investitionsphase sind. Das heisst, wir müssen mehr investieren, als im Moment rausschaut, aber wir müssen das, damit wir punktuell gesellschaftliche Impulse auslösen können, die sich später multiplizieren werden (Verena Wicki Roth, FABIA, Interview vom 18.5.04).

Es braucht Zeit. Gerade Migranten, die nicht lerngewohnt sind und von denen ja auch immer gesagt wird, dass sie integriert werden sollen, die brauchen Zeit, um so etwas zu besuchen. Für viele Leute ist es nicht einfach, zu kommen und über solche Themen zu sprechen. Deshalb finde ich, dass die Ziele, die wir uns für unsere Projekte setzen, oft ziemlich hoch sind. Und wenn diese Ziele in einer gewissen Phase nicht erreicht sind, muss man nicht glauben, es sei ein erfolgloses Projekt. Man muss sich dann einfach mehr Zeit nehmen (Emina Kovacevic, SAH, Interview vom 17.5.04).

Meine Gesprächspartner weisen immer wieder darauf hin, dass Integrationsförderung erst seit wenigen Jahren aktiv betrieben wird. Viele Migranten brauchen Zeit, um Vertrauen in diese neuen Angebote zu fassen. Auch die Entstehung von Mund-zu-Mund-Propaganda, die der Zielgruppen-erreichung besonders zuträglich ist, setzt Zeit und die Kontinuität der Projekte voraus. Neben den finanziellen und zeitlichen Ressourcen erachten die Befragten die verfügbaren personellen Ressourcen als besonders wichtig für das Gelingen eines Projektes:

Hier steht und fällt ein Projekt mit den Leuten, die dieses Projekt tragen. Die, die das Projekt tragen, brauchen das Know-how, wie man so Projekte aufbauen kann und wie man sie einführen kann. [...] Man führt eine neue Dienstleistung ein und das bedeutet natürlich auch, dass man den Kontext sehr gut kennen muss und dass der auch mitmachen muss (Verena Wicki Roth, FABIA, Interview vom 18.5.04).

Neben den notwendigen fachlichen Kompetenzen sind auch viel Herzblut, Engagement, Überzeugungskraft, Flexibilität, Überzeugtheit vom Projekt, Durchhaltewillen und Sozialkompetenz gefragt, wie aus den folgenden Aussagen hervorgeht:

Ein Projekt im Migrationsbereich braucht auch ein Herz, und es muss einfach mehr sein als „ich habe eine Arbeit als Projektleiterin“. Es ist viel mehr Einsatz. Viel, viel mehr als man sich eigentlich vorstellen kann, um etwas erfolgreich durchzuführen. Es ist wirklich auch Überzeugungsarbeit (Andrea Paulo, SAH, Interview vom 17.5.04).

Bei FemmesTische bin ich viel weniger strikt, wenn es um die Trennung zwischen Arbeit und Privatleben geht. Da macht es mir auch nichts, wenn mich die Frauen mal zu Hause anrufen. Ich denke dieses Projekt

wäre mit einer reinen Büromentalität nicht durchzuführen (Rebekka Röllin Bolzern, Projekt „Femmes-Tische“, Interview vom 18.5.04).

[Wichtig sind] vor allem die Motivation, der Enthusiasmus, auch die Begeisterung für ein Projekt, dass man selber eine gute Einstellung hat. Am Anfang gibt es wahnsinnig viele Misserfolge. Alle sagen dir: „Ach, das bringt doch nichts, es hat doch schon genug Projekte“. Man darf sich nicht beirren lassen und muss sagen, doch, wir ziehen das durch (Lis Bammert, Projekt „Türen öffnen“, Interview vom 28.5.04).

Es müssen Personen sein, die Brücken bauen können (Isabelle Wicky Nussbaumer, Bildungsangebot für Migrantinnen, Caritas Luzern, Interview vom 16.6.04).

Eine weitere Ressource stellen vorhandene Kontakte dar, „dass man die richtigen Leute kennt, dass man von den richtigen Leuten auch unterstützt wird, dass man zusammenarbeiten kann“ (Rebekka Röllin Bolzern, Projekt „FemmesTische“, Interview vom 18.5.04). Eine enge Vernetzung unter den Projekten bietet z.B. den Vorteil der gegenseitigen Werbung und Vermittlung von Teilnehmenden. Gelingt diese Zusammenarbeit, sind die Erfahrungen gerade in Bezug auf die Zielgruppenerreichung äusserst positiv. Theoretisch sind sich auch alle Befragten darin einig, dass Vernetzung untereinander wichtig ist. In der Praxis erschwert jedoch der Verteilungskampf um Subventionen die Zusammenarbeit insbesondere unter den institutionellen Anbietern:

Es treten sich hier ja alle ins Gärtli. Jedes Mal, wenn jemand etwas macht, haben die anderen das Gefühl, jetzt haben die etwas gemacht, was wir eigentlich machen wollten. [...] Die Vernetzung wäre sehr wichtig, wenn sie funktionieren würde. [...] Die Frage ist, inwieweit Vernetzung möglich ist. Denn jeder Betrieb formuliert ja auch Leitbilder, hat Verpflichtungen und muss betriebswirtschaftlich überleben. [...] Wissen ist Macht. Das ist das Dilemma im Moment, weil man Angst hat, gewisse Informationen weiterzugeben, weil sie auch Wissen sind (Verena Wicki Roth, FABIA, Interview vom 18.5.04).

Das Problem ist, dass die verschiedenen Anbieter auch Konkurrenz füreinander sind. Darüber redet man weniger [...]. Der Kuchen muss verteilt werden, und alle möchten ein Stück. Die Anbieter sind halt auch relativ dicht gestreut in Luzern (Isabelle Wicky Nussbaumer, Bildungsangebot für Migrantinnen, Caritas Luzern, Interview vom 16.6.04).

Eine bessere Abstimmung und Koordination der Angebote kann hier zu einer Entschärfung der Konkurrenzsituation beitragen. Dies wird beispielsweise im Bereich der niederschweligen Sprachkursangebote durch das Sprachförderungskonzept des Kantons Luzern angestrebt. Dieses enthält sowohl eine Bedarfsanalyse als auch die Ziele der Sprachförderung und Prioritäten in Bezug auf die Subventionierung von Sprachprojekten durch den Kanton (Koordinationsstelle für Ausländerfragen und Integrationspolitik des Kantons Luzern 2004). Vernetzung als Ressource beinhaltet jedoch nicht nur Kontakte unter den Anbietern. Auch informelle Kontakte zur Zielgruppe und Verbindungen zu Personen, Organisationen oder Einrichtungen,⁷¹ die in häufigem Kontakt zu Migranten

⁷¹ Je persönlicher und zeitintensiver die Kontakte einer Stelle zur Zielgruppe sind, desto besser eignet sie sich, um für ein Projekt zu werben. Der Besuch von staatlichen Stellen ist allerdings für viele Migranten mit psychischem Stress verbunden. In solchen Situationen ist die Kapazität, vermittelte Informationen aufzunehmen laut einem Gesprächspartner (Gabriel Kula Miezi, Réveil Afrique, Interview vom 13.10.04) sehr klein. Dies zeigen auch die Erfahrungen mit der Abgabe eines Werbeflyers für ein Integrationsprojekt für Neuzuziehende über die Einwohnerdienste der Stadt Luzern. Obwohl diese Stelle ein Nadelöhr darstellt, das alle Neuzuziehenden passieren müssen, konnte über diesen Kanal keine einzige Anmeldung generiert werden. Die Gründe dafür können die Stresssituation, Misstrauen auf Seiten

stehen, sind ausgesprochen wertvoll. Beispiele dafür sind Migrantenorganisationen, Behörden, Beratungsstellen, Arbeitgeber, Trainer von Sportvereinen oder engagierte Lehrer mit Elternkontakt. Sie können im konkreten Bedarfsfall auf bestehende Projekte hinweisen und idealerweise auch ihren Nutzen aufzeigen, wie das Beispiel der Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern – FABIA illustriert:

Wenn die Leute ein Problem haben, kommen sie hierher und lassen sich beraten. [...] Diese Strukturen sind eben auch wichtig und dann kann man zum Teil Leute auch gezielt in Veranstaltungen reintführen. Dann kann man sie darauf hinweisen, dass sie, wenn sie jetzt dorthin gehen, einen guten Überblick über das Thema generell erhalten. [...] Wir haben z.B. sehr viele Anfragen für Deutschkurse oder Schweizer, die für ihre ausländischen Partner nachfragen, was es für Kurse gibt. Wenn Betroffenheit da ist, dann kann man sozusagen als Wegweiser funktionieren. Aber wenn die Betroffenheit nicht da ist, dann geht es zu einem Ohr rein und zum anderen wieder raus (Verena Wicki Roth, FABIA, Interview vom 18.5.04).

Mit der Abgabe von Informationen verbundene persönliche Empfehlungen können wichtiges Vertrauen und Verbindlichkeit schaffen, welche die Nutzung eines Projektes wesentlich wahrscheinlicher machen. Erfolgreiche Zielgruppenerreichung setzt deshalb intensive Netzwerkarbeit von Seiten der Projektverantwortlichen voraus. Denn wie eine Fachfrau betont, „fliegen“ einem diese Kontakte nicht einfach zu (Andrea Paulo, SAH, Interview vom 17.5.04). Für die breite Bekanntmachung eines Projektes bei solchen potentiellen Multiplikatoren braucht es wiederum finanzielle, zeitliche und persönliche Ressourcen.

4.2.2 Nähe zur Zielgruppe: „Mitplanen, mitdenken, mithelfen“

Die Nähe zur Zielgruppe ist einer der Hauptfaktoren erfolgreicher Zielgruppenerreichung. Ein Angebot muss sich stark an der Lebenssituation, den Denkmustern und den daraus resultierenden Bedürfnissen der potentiellen Teilnehmenden ausrichten, um diese zu erreichen. Die Einbindung von Migranten in die Entwicklung und Umsetzung eines Projektes ist eine wesentliche Grundlage für die Herstellung dieser Nähe. Gleichzeitig wird dadurch ein breiteres Publikum erreicht, wie eine Projektleiterin darlegt:

Eine wichtige Ebene [ist], wie man die Leute einbinden kann. Also nicht im Sinne von „wir entwickeln ein Projekt für euch“, sondern dass man die verschiedenen Zielgruppen von Anfang an möglichst einbinden kann. Dass sie mitplanen, mitdenken, mithelfen, ist wichtig. [...] Es ist wichtig, Schlüsselpersonen zu haben. Wir haben das am 8. März [interkulturelle Veranstaltung zum Tag der Frau; Anm. d. Verf.] gesehen, da waren sehr viele Frauen aus Sri Lanka, die man sonst nicht wirklich erreicht. Wir haben eine tamilische Tanzgruppe eingeladen. Die Frauen haben gekocht. Das hat eine unserer interkulturellen Vermittlerinnen organisiert [...]. Wenn sie auch Verantwortung übernehmen oder eine Musikgruppe aus ihrem Land kommt oder sie eine kurze Rede halten, dann kommen die anderen mit, weil sie wissen, unsere Leute sind dort (Andrea Paulo, SAH, Interview vom 17.5.04).

Durch die enge Zusammenarbeit mit Migranten bzw. Migrantenstrukturen, wie z.B. den Selbstorganisationen, kann die Definitionsmacht über die Bedürfnisse der Zielgruppe zumindest teilweise an die Betroffenen abgegeben werden (vgl. Kap. 4.1.4). Auch die Evaluation der Integrationsförderung des Bundes der Jahre 2001 bis 2003 ergab, dass die Nachfrage nach Projektleistungen

der Zielgruppe gegenüber staatlichen Einrichtungen oder der hohe Zeitdruck sein, unter dem die Mitarbeitenden der Einwohnerdienste stehen. Letzterer lässt wenig Spielraum für die notwendige Informations- und Motivationsarbeit.

vorwiegend von ihrer Ausrichtung an den Bedürfnissen der Zielgruppen abhängt. Als besonders bedürfnisorientiert erwiesen sich Projekte von Migrantenorganisationen oder von Organisationen, die mit diesen oder mit interkulturellen Vermittlern zusammenarbeiten (EKA 2004: 52). Die inhaltliche Ausrichtung der Projekte an den Bedürfnissen der Migranten ist ein Aspekt, der bedeutenden Einfluss auf die Erreichung des Zielpublikums hat. Gerade durch Informationsveranstaltungen werden nur Personen erreicht, die das angebotene Thema in ihrer aktuellen Lebenssituation für relevant halten:

Sie müssen sich betroffen fühlen. Das ist auch der Knackpunkt bei den Infoveranstaltungen, dass wir noch näher rankommen müssen an diese Betroffenheit. [...] Es gibt natürlich schon Unterschiede, aber in den Grundbedürfnissen sind wir ja Menschen, und wir machen in jenen Bereichen etwas, die uns am meisten belasten. Dort informiere ich mich, und sonst mach ich das, wozu ich mehr Lust habe (Verena Wicki Roth, FABIA, Interview vom 18.5.04).

Erfahrungsgemäss stösst präventive Information deshalb auf wenig Interesse. Die Zielgruppe wird vor allem dann erreicht, wenn akute Betroffenheit und ein hohes Eigeninteresse an einer Teilnahme vorhanden sind. Der Nutzen eines Projektes muss für die Zielgruppe klar erkennbar sein. Neben dem Inhalt muss auch die Projektform zielgruppengerecht gewählt sein. Organisierte Vorgehen, wie Kurse oder Projekte, sind für viele Migranten ein völlig fremdes Konzept. Dies führt dazu, dass die Hemmschwelle, ein solches Angebot zu nutzen, sehr hoch liegt. Nicht zu wissen, was auf sie zukommt, löst bei vielen Migranten zusätzliche Ängste aus und hindert sie daran, sich in einen fremden Kontext zu begeben:

Die Leute haben auch verschiedene Ängste: „Wie werde ich dann dort angeschaut? Muss ich dann bei irgendetwas mitmachen? Ich verstehe doch kein Wort.“ Bei den Elternabenden müssen sie schon mitmachen und sie hassen das. Das ist halt nicht unsere Kultur, diese Mitmacherei, man hört halt nur zu (Fernanda Koch-Veloso, interkulturelle Vermittlerin für Portugiesisch, Interview vom 24.9.04).

Wie die Ergebnisse der bereits im Kapitel 4.1.5 erwähnten Telefonbefragung zum Projekt „Kontaktpersonen für neuzuziehende Migrantinnen und Migranten“ verdeutlichen, sind die aus Schweizer Sicht geformten Konzepte hinter Integrationsprojekten für Migranten nicht immer auf Anhieb nachvollziehbar. So hatten die kontaktierten Neuzugezogenen zum Teil Mühe, zu erkennen, welchen Nutzen das Projekt für sie haben könnte. Es fiel ihnen schwer, eine Verbindung zwischen ihrer aktuellen Lebenssituation und dem Angebot zu sehen. Insbesondere Migranten aus Gesellschaften, die von einer starken Familiensolidarität geprägt sind, reagierten mit Unverständnis auf den Vorschlag, sich von Fremden helfen zu lassen. Erst die Erläuterungen der interkulturellen Vermittlerin, die das Telefonat in der Muttersprache führte, machten die Projektidee verständlich. Sie vermittelte sozusagen zwischen Schweizer Konzept und nichtschweizerischer Zielgruppe. Die Fremdheit solcher Konzepte hat entsprechend negative Auswirkungen auf die Zielgruppenerreichung:

Für viele Leute ist dieses organisierte Vorgehen fremd, und deshalb sind für sie die Ideen schwierig zu verstehen. Man spricht dadurch auch gewisse Leute an, aber vielleicht nicht die Anzahl, die man sich erhofft hat (Isabelle Wicky Nussbaumer, Bildungsangebot für Migrantinnen, Caritas Luzern, Interview vom 16.6.04).

Umso wichtiger ist es deshalb, dass Projekte die Logik der Zielgruppe und ihr vertraute Vorgehensmuster einbeziehen. Während beispielsweise albanische Frauen als eher schwer erreichbar gelten,

sind die Erfahrungen des Projektes „FemmesTische“ mit dieser Zielgruppe gut. Die Form des Angebotes stellt eine ihnen vertraute Vorgehensweise dar: Eine Migrantin lädt Frauen gleicher Muttersprache aus ihrer Verwandtschaft oder ihrem Bekanntenkreis zu sich nach Hause ein. Dort wird unter der Leitung einer ausgebildeten Moderatorin derselben Herkunft über ein Thema diskutiert. Das Konzept, sich in einer kleinen Gruppe mit anderen Frauen zusammenzusetzen und Verschiedenes zu besprechen ist den Albanerinnen vertraut, da sie sich gegenseitig häufig Besuche abstatten (Rebekka Röllin Bolzern, Projekt „FemmesTische“, Interview vom 18.5.04). Auch das Projekt „AWE AWE“ bedient sich in der Vermittlung von Botschaften zur HIV/AIDS-Prävention durch Theaterszenen einer Form, die der anvisierten Zielgruppe der afrikanischen Migranten vertraut ist:

Afrikaner haben ja auch eine orale Erzähltradition. *Story Telling* ist eine solche Erzähltradition und das ist schon fast Theater. Theater, *Story Telling*, Lieder Singen, Tanzen, das haben die Jugendlichen schon in Südafrika verwendet, um Botschaften zu HIV/AIDS zu vermitteln und überhaupt Interesse für diese Botschaften zu wecken (Romy Mathys, Projekt „AWE AWE – Theater-Animation“, Interview vom 18.10.04).

Nähe zur Zielgruppe bedeutet auch, Projekte ihrer Lebenssituation anzupassen. Im Kapitel 4.1.2 wurde auf die grosse finanzielle Belastung eines Teils der Migranten hingewiesen. Die Möglichkeit von Ratenzahlungen, kostenlose⁷² oder kostenreduzierte Angebote können hier ein massgeblicher Beitrag sein, um die Zugangsschwelle zu senken. Auch die Veranstaltungszeit muss der angepeilten Zielgruppe angepasst werden, um die Teilnahme überhaupt zu ermöglichen. Wie das Beispiel des Bildungsangebotes für Migrantinnen der Caritas Luzern zeigt, ist dazu genaue Kenntnis der jeweiligen Migrantengruppen und ihrer Lebenssituation notwendig:

Wir versuchen, die Zeiten so anzusetzen, dass sie dem grössten Teil der Teilnehmerinnen entsprechen: am Morgen 8.30 bis 10.50 oder am Nachmittag von 14.00 bis 16.20. Das hat sich einfach bewährt. Die Frauen haben so Zeit, um zu kochen und am Nachmittag um zwei hatten sie auch Zeit zum Kochen, denn das müssen die meisten. 16.20 ist gut, weil es draussen noch nicht dunkel ist. Es gibt doch Frauen, die von weiter wegkommen, und es liegt nicht zu viel Zeit zwischen dem Schulschluss der Kinder und der Mütter. Betreuung für die Überbrückung können sie meistens organisieren, wozu man sie manchmal ein bisschen ermuntern muss. Wir haben ja auch eine Kinderbetreuung im Haus, aber die ist für Vorschulkinder (Isabelle Wicky Nussbaumer, Bildungsangebot für Migrantinnen, Caritas Luzern, Interview vom 16.6.04).

Es gibt zahlreiche Faktoren, wie die Organisation der Betreuung der Kinder oder die Arbeitszeiten, welche die zeitliche Disponibilität von Migranten beeinflussen. Diese gilt es, in die Planung einzubeziehen. Grundsätzlich wird das Wochenende von den meisten Befragten als beste Zeit für Veranstaltungen bezeichnet:

An Wochenenden, am Freitag, Samstag oder Sonntag haben die meisten Leute Zeit. Unter der Woche haben die Leute weniger Zeit. Ich habe niemals etwas unter der Woche organisiert, weil ich weiss, dass das verlorene Zeit ist (Milagros Cristóbal, Coordinadora de Centros y Asociaciones Españolas de la Suiza Central, Interview vom 30.9.04).

Samstag um 17.00/17.30 Uhr nach Ladenschluss. Dann haben alle Leute Zeit. Wir haben gesehen, dass das die beste Zeit ist. Vielleicht wenn Sie samstags um 14.00 anfangen, kommen etwa zwanzig Leute, wenn

⁷² Es ist jedoch zu beachten, dass durch die Kostenlosigkeit eines Angebotes die Teilnahme weniger verbindlich wird.

Sie um 18.00 anfangen, kommen etwa fünfzig Leute (Sivaji Sivasubramaniam, Tamil Mandram, Interview vom 8.9.04).

In unserer Familie arbeiten beide, Mann und Frau. Während der Woche ist es für uns fast unmöglich. Wir finden einzig am Wochenende Zeit für so etwas (Milojko Scur, Serbischer Kulturverein Nikola Tesla, Interview vom 15.10.04).

Neben dem Wissen um die Bedürfnisse der Zielgruppe braucht es von Seiten der Veranstaltenden aber auch Flexibilität und Bereitschaft, auf diese einzugehen. Gerade in Bezug auf Veranstaltungen am Wochenende ist diese bei Schweizern jedoch kaum vorhanden:

Meistens ist die Zeit falsch gewählt, das sehe ich auch bei den Evaluationen. [...] Überlasst es den interkulturellen Vermittlern, wann eine Veranstaltung stattfindet, weil die Leute fragen können. Seid nicht so starr, weil die Leute haben verschiedene Zeiten, die ihnen passen. Dann funktioniert das. [...] Das ist ein Konflikt, weil die Lehrerinnen die Kurse am Abend machen möchten, aber das funktioniert nicht. Die Leute haben am Wochenende Zeit (Fernanda Koch-Veloso, interkulturelle Vermittlerin für Portugiesisch, Interview vom 24.9.04).

Ich habe bei einem Projekt zur Verbesserung der beruflichen Zukunft von jungen MigrantInnen mitgearbeitet. Es war immer ein Kampf mit der Berufsberatungsstelle. Sie haben immer gesagt: „Wir arbeiten nicht an einem Samstag oder an einem Sonntag. Das ist keine normale Zeit, um eine Infoveranstaltung durchzuführen.“ O.k., dann ist das halt so, aber dann kommen auch die Leute nicht! Da muss man sich einfach überlegen, was Priorität hat, ob die Leute kommen oder nicht. Das waren wirklich harte Diskussionen. Die Beraterinnen sagten: „Wir sind in der Schweiz“, und dass wir die Gewohnheiten der Schweiz respektieren müssen und dass niemand an einem Sonntag an eine Veranstaltung geht (Milagros Cristóbal, Coordinadora de Centros y Asociaciones Españolas de la Suiza Central, Interview vom 30.9.04).

Auch in Bezug auf die Veranstaltungsorte ist eine zielgruppengerechte Wahl entscheidend. Unbekannte Räume sind, wie eine Interviewpartnerin ausführt, ein häufiges Nutzungshindernis (Fernanda Koch-Veloso, interkulturelle Vermittlerin für Portugiesisch, Interview vom 24.9.04). Deshalb empfiehlt es sich, auch lokal an vertraute Strukturen anzuknüpfen:

Mein Ansatz ist, dass man dort so Sachen machen muss, wo die Leute auch hingehen. Es macht mehr Sinn, dass man im Shoppingcenter Emmen eine Veranstaltung macht als in irgendwelchen Zentren im Grünen, wo keiner hingeht. Man muss dorthin gehen, wo die Leute sind (Verena Wicki Roth, FABIA, Interview vom 18.5.04).

Durchführungsorte sollten lebensortnah und alltagsorientiert gewählt werden. Beispiele eines solchen Vorgehens sind die Veranstaltung von Deutschkursen in den Räumlichkeiten des Arbeitgebers, der Schule oder der Spielgruppe der Kinder. Auch Orte können Vertrauen vermitteln. Im Sinne einer aufsuchenden Strategie bietet sich in diesem Punkt eine Zusammenarbeit mit den MigrantInnenorganisationen an. Viele von ihnen verfügen über Vereinslokale, die einen vertrauten Treffpunkt innerhalb der jeweiligen Community darstellen und so zu einer besseren Zielgruppenerreichung beitragen könnten:

Ich bin überzeugt, dass wenn man die Kurse in unserem Lokal machen würde – wir haben nämlich einen Raum, wo man Kurse durchführen könnte – es viel erfolgreicher wäre, als wenn die Kurse hier [im

Luzerner Stadthaus; Anm. d. Verf.] stattfinden würden (Gani Turunc, Kurdischer Kultur- und Integrationsverein, Interview vom 5.10.04).

Dieses Kapitel zeigt auf, dass der Grundsatz der Niederschwelligkeit für ein Projekt in all seinen Aspekten massgeblich sein sollte. Dies bedeutet, Angebote möglichst leicht zugänglich zu machen, indem man sich in der Planung und Umsetzung stark an der Lebensrealität der Migranten orientiert. Es gilt die Zielgruppe selbst und ihre Bedürfnisse einzubeziehen. Vertraute Strukturen stellen in dieser Hinsicht hilfreiche Anknüpfungsmöglichkeiten dar.

4.3 Kommunikationskanäle

Zielgruppenerreichung ist eng mit der Frage nach geeigneten Kommunikationskanälen verbunden. Es ist jedoch nicht nur von Interesse, wie Migranten über Integrationsangebote informiert werden können, sondern auch wie eine gleichzeitige Motivation zur Nutzung dieser Angebote möglich ist. Denn auch wenn ein Empfänger durch eine Information erreicht wird, wenn er diese versteht und rezipiert, muss damit keinesfalls eine Wirkung der Kommunikation eintreten (Esser 2000: 29). Wie im Kapitel 4.1.6 aufgezeigt wurde, basiert die Entscheidung, ein Angebot zu nutzen, häufig auf Vertrauensabwägungen. Die Art der Kommunikation ist für potentielle Teilnehmer ein wichtiger Indikator für die Vertrauenswürdigkeit einer Veranstaltung und kann Vertrauen bzw. Misstrauen fördern. Es besteht eine breite Palette an möglichen Kommunikationskanälen. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit können wir nur drei, in der Praxis häufig verwendete Kanäle zur Information der Zielgruppe genauer betrachten: die schriftliche Kommunikation, die persönliche Ansprache und schliesslich die Migrantenselbstorganisationen als potentielle Informations- und Motivationsplattformen. Auf weitere Informationskanäle, wie z.B. das Internet, die einheimische oder Migrantenpresse kann hier aus Platzgründen leider nicht weiter eingegangen werden.

4.3.1 Schriftliche Kommunikation: „Wir reden viel, schreiben weniger“

Der Versand oder die Auflage von schriftlichem Werbematerial stellt eine häufig gewählte Massnahme zur Gewinnung von Teilnehmenden für Integrationsprojekte dar. Dies in einem Umfeld, in dem sich Konsumenten mit einer stetig steigenden Informationsflut konfrontiert sehen. Bereits 1987 stellte eine Studie die weitgehende Informationsüberlastung der Bevölkerung durch die wichtigsten Medienkanäle fest. Der sogenannte *information overload* wurde dabei wie folgt eingeschätzt (Kroeber-Riel 1987 zit. n. Bruhn 2003: 1f.):

- Rundfunk: 99%
- Zeitschriften: 94 %
- Fernsehen: 97 %
- Zeitungen: 92 %

Für gedruckte Werbung geht eine neuere Untersuchung von einer Informationsüberlastung von über 95% aus. Das heisst, die Zielgruppe wird durch weniger als 5% der versandten Informationen erreicht (Kroeber-Riel/Esch 2000: 13 zit. n. Bruhn 2003: 2). Bei Migranten kommt in der Regel erschwerend hinzu, dass sprachliche Schwierigkeiten bestehen. Zudem sind sie häufig weniger lesegeohnt als Schweizer. Mehrere meiner Gesprächspartner betonen, dass hier verschiedene Kulturen aufeinander prallen, nämlich die autochthone der Schriftlichkeit und die allochthone der Mündlichkeit. Dazu stellvertretend drei Aussagen:

Briefe zu lesen ist auch eine Gewohnheitssache. Das ist etwas, mit dem wir eigentlich erst hier konfrontiert werden. Das ist ziemlich kulturbedingt (Tune Berisha, interkultureller Vermittler für Albanisch, Interview vom 17. 6.04).

Sobald das Papier anfängt, hört es bei ihnen auf. Das sind so die zwei Welten: mit und ohne Papier (Romy Mathys, Projekt „AWE AWE – Theater-Animation“, Interview vom 18.10.04).

Wir reden viel, wir schreiben weniger. Es ist eine orale Kultur im Gegensatz zur Schweizer Kultur (Gabriel Kula Miezi, Réveil Afrique, Interview vom 13.10.04).

Wie die Soziolinguistin Geneva Smitherman (1998: 208) schreibt, stehen Gruppen mit einer lebendigen mündlichen Tradition schriftlichen Quellen oft kritisch gegenüber: „Book learning and written documents are believed to be limited in what they can convey and teach“. Dieser Einstellung und der Ungewohntheit der Migranten, Informationen auf schriftlichem Weg zu beziehen, steht auf Seiten der Schweizer eine Tendenz gegenüber, sich gerade in der geschriebenen Sprache sehr kompliziert auszudrücken. Die, der Zielgruppe unangepasste, schriftliche Kommunikation weist darauf hin, dass häufig wenig Sensibilität für Zweitsprachige vorhanden ist. Eine meiner Gesprächspartnerinnen sieht darin ein grundlegendes Verständigungshindernis:

Ich erlebe, dass viele Flyer viel zu anspruchsvoll formuliert sind und dass dadurch nur noch eine kleine Elite angesprochen wird, die überhaupt versteht, was da drauf steht. Man müsste einfacher und klarer formulieren. Oft fehlt die Nähe zur Zielgruppe, nehme ich zumindest an, wenn ich manchmal lese, was mir zugeschickt wird. [...] Die Leute beginnen manchmal zu lesen und dann legen sie es weg, weil es zu kompliziert formuliert ist. Es passiert uns so schnell, dass wir etwas zu kompliziert schreiben, weil das unser Alltag ist. Mir fällt schon bei Veranstaltungen an der Schule meiner Tochter auf, wie kompliziert die Lehrpersonen manchmal sprechen (Isabelle Wicky Nussbaumer, Bildungsangebot für Migrantinnen, Caritas Luzern, Interview vom 16.6.04).

In die Muttersprache übersetzte Unterlagen haben den Vorteil der besseren Verständlichkeit und stechen in der täglich zu bewältigenden Informationsflut eher heraus, denn wie es eine Interviewpartnerin für die portugiesische Sprachgruppe ausdrückt: „Solange etwas nicht auf Portugiesisch geschrieben ist, wird es nicht angeschaut“ (Fernanda Koch-Veloso, interkulturelle Vermittlerin für Portugiesisch, Interview vom 24.9.04). Übersetzungen sind auch von symbolischem Wert, da sie als Bemühung der Aufnahmegesellschaft wahrgenommen werden, einen Schritt auf die Migranten zu machen. Dennoch geht grundsätzlich keiner meiner Gesprächspartner davon aus, dass schriftliche Informationen – übersetzt oder nicht – allein ein erfolgversprechendes Mittel für eine bessere Zielgruppenerreichung sind:

Wenn man wirklich will, dass etwas ankommt, kann man Informationen nicht in geschriebener Form abgeben, wie das in unserer Kultur üblich ist (Romy Mathys, Projekt „AWE AWE – Theater-Animation“, Interview vom 18.10.04).

Ich glaube, das bewirkt nicht viel. Wenn ich meine Eltern als Beispiel nehme, sie würden es an ihre Kinder weiterleiten. Wenn dies kleine Kinder sind, verstehen sie sowieso nichts von Integration (Gani Turunc, Kurdischer Kultur- und Integrationsverein, Interview vom 5.10.04).

Heute erhalten alle so viel Post und die Leute sind froh, wenn der Briefkasten leer ist. Die meisten Leute lesen 90% von dem, was sie zugeschickt bekommen, nicht, weil es zu viel ist (Milojko Sucur, Serbischer Kulturverein Nikola Tesla, Interview vom 15.10.04).

Die Schwierigkeit, Migranten über schriftliche Informationen zu erreichen, bestätigen auch die Erfahrungen aus den Projekten, wie das Beispiel FemmesTische zeigt:

Wir haben aufgehört, Flyer zu verteilen. Ich denke, dass das nicht viel bringt. Wir haben am Anfang viele verteilt, in die Muttersprache übersetzt, in spezifischen Läden, in den Horten, an all diesen Orten. Ich liess die Flyer auch gar nicht mehr übersetzen, weil ich als Reaktion keinen einzigen Anruf bekam (Rebekka Röllin Bolzern, Projekt „FemmesTische“, Interview vom 18.5.04).

Schriftliche Informationen zeigen für gewöhnlich nur Wirkung, wenn sie in Kombination mit einer persönlichen Empfehlung abgegeben werden. Es ist z.B. sinnvoll, sie an Multiplikatoren zu versenden, welche die Information dann in direktem Kontakt an die Zielgruppe weitergeben. Dadurch kommt es sozusagen zu einer Repersonalisierung der abstrakten schriftlichen Informationen oder einer „Rückbettung“, wie es Giddens (1990: 79) ausdrücken würde. Die Informationen erhalten dadurch einen „authentischen Absender“ (Luhmann 2000a:68), der eher geeignet ist, Vertrauen zu schaffen als das abstrakte Projekt oder die Institution, die er repräsentiert. In diese Richtung gehen auch folgende Aussagen:

Die Versände bringen eigentlich nicht viel. Das ist Papier. Ich denke persönliche Kontakte bringen extrem viel. [...] Es ist die Frau, der Mann, der mich anspricht, die sind mir sympathisch oder nicht, denen traue ich oder nicht (Verena Wicki Roth, FABIA, Interview vom 18.5.04).

Ich als Migrantin konnte vieles auch durchziehen, weil ich Migrantin bin. Ich empfinde das in solchen Situationen als Vorteil, weil man auch meine Geschichte hört. Die Leute nehmen das dann anders wahr, als wenn sie einfach ein Blatt Papier lesen (Emina Kovacevic, SAH, Interview vom 17.5.04).

Ein weiterer grundlegender Aspekt für die Zielgruppenerreichung, den rein schriftliche Informationen nicht abdecken können, ist die persönliche Motivations- und Beziehungsarbeit. Wie in den Gesprächen immer wieder betont wurde, ist es dieser Faktor, der Verbindlichkeit schafft:

Die Leute brauchen nicht einfach einen Brief, sondern Motivation. Für uns ist der persönliche Kontakt sehr wichtig (Gabriel Kula Miezi, Réveil Afrique, Interview vom 13.10.04).

Wenn also jemand dahin kommt und Papiere in die Hand kriegt, auch wenn sie auf Portugiesisch übersetzt sind, aber nicht überzeugt wird, dann kommt er nicht. Gerade wenn jemand vielleicht schon schlechte Erfahrungen gemacht hat, der kommt nicht, das könnt ihr vergessen. Ihr müsst die Leute überzeugen. [...] Am Besten geht ihr dorthin und erklärt persönlich, worum es geht. Bei uns läuft nicht viel durch die Post. Man sucht den Kontakt mit den Leuten, da können sie nicht einfach sagen „ich mach's“ und dann machen sie es nicht (Fernanda Koch-Veloso, interkulturelle Vermittlerin für Portugiesisch, Interview vom 24.9.04).

Mit dem Druck und der Übersetzung von schriftlichem Informationsmaterial und der ständigen Aktualisierung des Inhaltes ist ein hoher zeitlicher und finanzieller Aufwand verbunden. Umso wichtiger ist es deshalb, Schriftliches zielgruppengerecht zu gestalten und einzusetzen. Die Informationen sind auf ein Minimum zu reduzieren und in einer möglichst einfachen und ver-

ständlichen Sprache zu verfassen. Übersetzungen erhöhen zwar die Wahrscheinlichkeit, dass Informationen das Zielpublikum erreichen, Wirkung wird aber zumeist erst in Verbindung mit einem persönlichen Kontakt erzielt und erfordert viel Beziehungs- und Überzeugungsarbeit.

4.3.2 Persönliche Kommunikation: „An die Tür klopfen und Tee trinken“

Katz und Lazarsfeld (1965) erkannten früh, dass zwischenmenschlicher Kontakt für das Entstehen von Vertrauen wirkungsvoller ist als die Kommunikation über unpersönliche Kanäle. Besonders Veränderungen in der Einstellung können am wahrscheinlichsten über direkte Interaktion erreicht werden (Schweer/Thies 2003: 131), da sie am ehesten Raum für Überzeugungs- und Beziehungsarbeit bietet. Das vorangegangene Kapitel zeigt auf, dass schriftliche Kommunikation meist nur im Zusammenspiel mit persönlichen Empfehlungen funktioniert. Dies gilt ganz allgemein für unpersönliche Kanäle. Die Erfahrungen der Projektveranstaltenden und der Migrantenorganisationen bestätigen grundsätzlich, dass erfolgreiche Zielgruppenerreichung über den Kanal der persönlichen Kommunikation laufen muss, wie hier am Beispiel der Kurden geschildert wird:

Wenn man etwas von kurdischen Leuten will, muss man bei ihnen an die Türe klopfen und sagen, dass es um das und das geht. Das Interesse ist so viel grösser, als wenn man ihnen einen Brief schreibt. Mund-zu-Mund-Propaganda ist sehr wichtig. Mit Hausbesuchen waren wir viel erfolgreicher als mit Briefen. Nur schon ein Telefongespräch bewirkt viel mehr als ein Brief. Das ist dann viel persönlicher, und ich habe gespürt, dass die Leute das auch brauchen. [...] Das Persönliche ist bei uns immer noch sehr viel wichtiger als das Anonyme (Gani Turunc, Kurdischer Kultur- und Integrationsverein, Interview vom 5.10.04).

Die grössere Effizienz persönlicher Ansprache beruht auf dem Umstand, dass die Vertrauensbereitschaft gegenüber Personen wesentlich höher ist als gegenüber abstrakten sozialen Gebilden, wie z.B. einer Integrationsveranstaltung oder der sie durchführenden Institution. Ein vertrauenswürdiges Auftreten der Repräsentanten solcher Systeme ist deshalb umso wichtiger. Sie personifizieren als „access points of abstract systems“ (Giddens 1990: 83) die Zugangsstellen zu Institutionen, an denen wenig ausgeprägtes Systemvertrauen in stärker ausgeprägtes persönliches Vertrauen umgewandelt werden kann. Gerade an solchen Stellen ist deshalb die sorgfältige Pflege der Beziehungen zur Zielgruppe sehr wichtig, um mit dem Aufbau von persönlichem Vertrauen vorherrschendem öffentlichem Misstrauen entgegenzuwirken. So empfiehlt beispielsweise Gani Turunc vom Kurdischen Kultur- und Integrationsverein (Interview vom 5.10.04), die Integrationsbeauftragte der Stadt Luzern solle einfach einmal zu kurdischen Migrantinnen nach Hause gehen, um mit ihnen Tee zu trinken. Wie Luhmann (2000a: 80f.) ausführt, wird die Entstehung von Vertrauen überhaupt erst durch die Teilnahme am sozialen Leben möglich, da Vertrauenswürdigkeit nur in sozialer Interaktion unter Beweis gestellt werden kann. Gerade die Präsenz an Anlässen der Zielgruppe wird von dieser als Anerkennung gewertet. Werden Angebote solcher Zusammentreffen ausgeschlagen, kann dies als Rückweisung empfunden werden, wie das Beispiel eines vom Serbischen Kulturverein „Nikola Tesla“ durchgeführten Folkloreabends zeigt. Der Umstand, dass keiner der eingeladenen Vertreter von Schweizer Institutionen teilnahm, wird von den Organisatoren als verpasste Chance gewertet:

Das muss ich Ihnen jetzt gerade sagen, wir waren schon etwas enttäuscht, denn es kam niemand. Ich kann schon verstehen, das jemand besetzt ist an dem Tag, aber das alle zusammen etwas anderes vorhaben?! Ich hatte das Gefühl, dass wir einfach auf die Seite geschoben werden, isoliert sind. Und das war eine Chance (Marinko Vukajlovic, Serbischer Kulturverein Nikola Tesla, Interview vom 15.10.04).

Neben Hausbesuchen, Telefonaten und dem Besuch von Treffpunkten der Zielgruppe, schildern die Befragten Mund-zu-Mund-Propaganda als erfolgreichsten Kanal zur Rekrutierung von Teilnehmenden für Integrationsprojekte. Die Aussagen zeigen, dass die Kommunikation innerhalb der Binnennetzwerke der Migranten äusserst gut funktioniert – wenn etwas als interessant beurteilt wird, wie ein Gesprächspartner einschränkend bemerkt (Milojko Sucur, Serbischer Kulturverein Nikola Tesla, Interview vom 15.10.04). Ein Befragter erklärt: „Wenn jemand etwas hört, dann wird das schnell weiter erzählt. Die Vernetzung ist das kleinste Problem, das wir haben“ (Gani Turunc, Kurdischer Kultur- und Integrationsverein, Interview vom 5.10.04). Diese Erfahrung machen auch die Projektverantwortlichen:

Wir haben schon Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Aber es waren vor allem die Frauen selber, die geworben haben und ihre Kolleginnen auf die Kurse aufmerksam gemacht haben. Dadurch war die Nachfrage auch immer wieder da. Wir haben eigentlich wenig offensichtlich gegen aussen gemacht. Wenn ich schaue, wie oft wir seit 95 in der Zeitung waren, dann haben wir dieses Medium verschwindend wenig bis nie genutzt. Wir haben andere Kanäle und das sind die effektiveren, vor allem Mund-zu-Mund-Propaganda. [...] Ich denke die grössten Werberinnen sind für uns eindeutig die Frauen selber (Isabelle Wicky Nussbaumer, Bildungsangebot für Migrantinnen, Caritas Luzern, Interview vom 16.6.04).

Indem eine Person eine Veranstaltung weiterempfiehlt, bürgt sie sozusagen persönlich als Vertrauensgarantin für die Qualität und Vertrauenswürdigkeit dieses Angebotes. Das Vertrauen, das die empfehlende Person bei den potentiellen Teilnehmern geniesst, wird so auf das Projekt ausgeweitet, wodurch eine Teilnahme wesentlich wahrscheinlicher wird. Einen nachahmenswerten Ansatz, Mund-zu-Mund-Propaganda gezielt auszulösen, verfolgt der Kanton Zürich (Beauftragte für Integrationsfragen des Kantons Zürich 2007b). Aufbauend auf der Erkenntnis, dass persönliche Information und Motivation für die Erreichung einer breiten Zielgruppe erfolgreicher ist als die oft sehr kostenintensive schriftliche Kontaktaufnahme, wurde 2005 die Funktion einer Motivationsfachperson geschaffen. Diese wird bei kantonalen Pilotprojekten für die bessere Zielgruppenerreichung eingesetzt. Neben Trottoirwerbung und dem Vorstellen der Projekte in bestehenden Gruppen wird dabei vor allem der Kontakt über persönliche Netzwerke gesucht. Zunächst kontaktiert die Motivationsfachperson Bekannte, die in der Gemeinde, in der das betreffende Projekt stattfindet, wohnen oder fragt im Bekanntenkreis, wer entsprechende Personen kennt und ruft diese dann an. Falls sich die telefonisch Angefragten interessiert zeigen, besucht sie diese vor Ort. Während des Besuches werden die potentiellen Teilnehmer über das Projekt informiert und motiviert, teilzunehmen sowie die Informationen auch in ihrem Bekanntenkreis weiterzugeben. So entsteht allenfalls die Möglichkeit für weitere Besuche. Der Vertrauensaspekt ist auch hier zentral, so sind z.B. nicht alle Personen bereit, die Motivationsfachperson zu empfangen:

Erst braucht es Zeit, oder manchmal etwas Gemeinsames wie gemeinsame Bekannte, gemeinsame Herkunft, gemeinsame Arbeit, usw. damit ein Kontakt zustande kommt (ebd. 2).

Ist jedoch erst einmal eine gewisse Vertrauensbasis vorhanden, nimmt die Motivationsfachperson schnell die Rolle einer Vertrauensgarantin ein. Die Kontaktierten machen z.B. häufig zur Bedingung, nur an der jeweiligen Veranstaltung teilzunehmen, falls auch sie anwesend ist. Hat die Zielgruppe erstes Vertrauen in das Angebot gefasst, ist sie auch bereit, allein am Projekt teilzunehmen und ermuntert unter Umständen noch Verwandte oder Bekannte zur Teilnahme.

Der Erfolg von persönlicher Werbung für ein Projekt hängt stark von der Person ab, die sich als Vertrauensgarant engagiert. Entscheidend ist, dass nur wer selber Vertrauen geniesst oder erwerben

kann, dieses auch auf andere Vertrauensobjekte, wie z.B. ein Integrationsprojekt, auszudehnen vermag. Besonders positiv wirkt sich die Empfehlung eines Projektes aus, wenn sie von einem sogenannten *opinion leader* (Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1944), also einem Meinungsführer abgegeben wird. Diese sind meist identisch mit Respektspersonen, deren Meinung Einfluss auf die Einstellung und das Handeln ihres Umfeldes hat. Als Beispiele nannten meine Interviewpartner Arbeitgeber, gebildete Personen innerhalb einer Migrantengemeinschaft, wie Lehrer oder Ärzte, die Präsidenten der Migrantengemeinschaften, Personen, die eine religiöse Funktion ausüben oder schon lange in der Schweiz sind und es in den Augen ihrer Landsleute zu etwas gebracht haben. Die Herausforderung besteht für Projektveranstalter in einem ersten Schritt darin, herauszufinden, wer diese einflussreichen Positionen in den verschiedenen Gruppen besetzt. Gelingt es in einem zweiten Schritt, diese Personen zu überzeugen, sich für ein Projekt einzusetzen, ist dies der Zielgruppenerreichung zuträglich:

Man muss einfach an die richtigen Leute rankommen. Bei den Tamilinnen ging das über das Gespräch mit dem Priester, der hat die Frauen dann geschickt (Lis Bammert, Projekt „Türen öffnen“, Interview vom 28.5.04).

Häufig sind es interkulturelle Vermittler mit Migrationshintergrund, die eingesetzt werden, um bei Migranten derselben Sprachgruppe für ein Projekt zu werben. Dadurch, dass bei ihnen die Informations- und Beziehungsstränge von beiden Seiten zusammenlaufen, haben sie eine wichtige Mittelfunktion zwischen lokalen Strukturen und Inhalten einerseits und den Migranten andererseits. Meine Gesprächspartner erachten folgende Eigenschaften als Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Erledigung dieser Informations- und Motivationsaufgabe: Vertrauenswürdigkeit, Engagiertheit, gute Verankerung innerhalb der eigenen Gruppe, eine positive Ausstrahlung und Überzeugungskraft. Weiter sind auch eine hohe Sozialkompetenz, die Bereitschaft offen auf andere zuzugehen und ein ordentliches Mass an Geduld und Beharrlichkeit gefordert (Beauftragte für Integrationsfragen des Kantons Zürich 2007b: 5). Gerade die Akzeptanz, die eine Person innerhalb ihrer Herkunftsgruppe erfährt, beruht auf einem komplexen Zusammenspiel unterschiedlichster Faktoren und ist deshalb von aussen oft nur schwer einzuschätzen:

Hier muss man immer schauen, wen man einsetzt, denn es gibt auch Projekte, die daran scheitern, dass sie die falschen interkulturellen Vermittler einsetzen. Man muss auch ein bisschen wissen – und das ist als Schweizerin wirklich schwierig herauszufinden – wer innerhalb einer geschlossenen Gruppe definiert, was Sache ist. Man kann durchaus die falsche Person wählen. Also eine Person, die sich sehr engagiert, Kurse macht, als interkulturelle Vermittlerin sehr viel machen möchte, aber innerhalb ihrer eigenen Gruppe nicht akzeptiert ist, weil sie vielleicht die falsche Religion hat. Das funktioniert bei uns genau gleich. Wenn wir entscheiden, wer in einem Gremium zur Präsidentin wird, laufen auch sehr viele hochsubtile Abläufe ab, damit die Schlüsselleute, die sich irgendwie herauskristallisiert haben, nachher in diese Rolle rutschen. Das ist bei MigrantInnen gleich und deshalb braucht es subtile Kenntnisse und eine enge Zusammenarbeit (Verena Wicki Roth, FABIA, Interview vom 18.5.04).

Die Schwierigkeit, die Eignung einer Person abzuklären, illustriert eine Projektleiterin am Beispiel zweier Tamilinnen, die grosse Mühe bei der Rekrutierung von Landsleuten hatten. Erst an einer Veranstaltung wurde ihr bewusst, dass diese beiden die einzigen Tamilinnen waren, die westliche Kleidung trugen und nicht bei den anderen sass. Offensichtlich fehlte hier die Einbettung in die Herkunftsgruppe. Teilweise kann beobachtet werden, dass Migranten, die sich stark im Integrationsbereich engagieren, durch den häufigen Kontakt mit Schweizer Institutionen den Halt in der

eigenen Gruppe verlieren. Oft stehen diese Personen in ihrem Integrationsprozess an einem anderen Punkt als ihre Landsleute. Dies kann ihnen einerseits den Zugang erschweren, andererseits aber auch ermöglichen, eine Vorbildfunktion einzunehmen.

Zielgruppenerreichung für integrationsfördernde Projekte besteht schliesslich zu einem grossen Teil aus der Überbrückung struktureller Lücken, wie Burt (1999: 48) kahle Stellen im gesellschaftlichen Beziehungsgeflecht nennt. Solche Lücken, die durch die fehlende Interaktion und den spärlichen Informationsfluss zwischen Migranten und Mehrheitsgesellschaft charakterisiert sind, gilt es im Rahmen der Integrationsarbeit zu schliessen. Dies setzt von Seiten der Projektveranstaltenden den sorgfältigen Aufbau von Beziehungen zur Zielgruppe voraus. Die Zusammenarbeit mit Persönlichkeiten, die innerhalb einer Migrantengemeinschaft gut vernetzt sind, ist dabei ein wichtiges Hilfsmittel. Sie können die Rolle von Vertrauensgaranten einnehmen und so die Hemmschwelle, an einem Projekt teilzunehmen, massiv senken. Deshalb muss insbesondere die Verankerung der Wichtigkeit von integrativen Anliegen bei den Meinungsführern innerhalb der unterschiedlichen Migrantengruppen angestrebt werden.

4.3.3 Migrantenorganisationen: „Wir organisieren – sie kommen“

Migrantenorganisationen⁷³ können im Integrationsprozess ihrer Mitglieder sowohl als „Eingliederungsoportunität“ als auch als „Eingliederungsalternative“ wirken (Nauck 2004: 84). Viele dieser Vereine leisten wertvolle Arbeit in der Integration von Neuzugewanderten, indem sie ihnen erste Orientierungshilfen und soziale Vernetzung bieten. Gleichzeitig stellen sie eine wichtige Anlaufstelle bei Fragen dar. Migrantenorganisationen verfügen über ein hohes Potenzial zur Selbsthilfe und schliessen mit ihren ehrenamtlichen Dienstleistungen häufig Versorgungslücken (Gaitanides 2003: 44). Die Vereinslokale haben oft eine zentrale Funktion als Treffpunkte und Orte des Informationsaustausches. Gerade dadurch, dass die Vereine viele der sozialen Bedürfnisse ihrer Mitglieder abdecken, besteht jedoch längerfristig auch die Gefahr, dass besonders die stark heimatorientierten unter ihnen zu einem Schutzraum werden, in den sich Migranten zurückziehen. Selbstorganisationen, bei denen der Wille spürbar ist, eine Brücke zur Schweizer Gesellschaft zu schlagen, bilden dagegen – gerade *in puncto* Zielgruppenerreichung – wichtige Partner für die Integrationsarbeit. So betont z.B. der Vertreter des tamilischen Vereins „Tamil Mandram“ auf die Frage, wie tamilische Migranten am besten erreicht werden können:

Über den Verein wäre am Besten, denn alle Leute kommen hierher, um einen Computerkurs zu besuchen oder den Musikunterricht, die Schule oder zur Beratung. Alle aus dem Kanton kommen hierher, auch aus Obwalden und Nidwalden. [...] Die Leute kommen nur hierher. Wir müssen etwas organisieren, dann kommen sie. [...] Vielleicht wenn Sie es durch unseren Verein machen, dann geht das, aber sonst ist es schwierig, die Leute zu erreichen (Sivaji Sivasubramaniam, Tamil Mandram, Interview vom 8.9.04).

Während den Schweizer Institutionen die Vernetzung zur Zielgruppe weitgehend fehlt, verfügen Migrantenorganisationen in der Regel über einen privilegierten Zugang zu den informellen Netzwerken ihrer Mitglieder. Dieser Zugang ist jedoch nicht in allen Fällen gleich gut und es können längst nicht alle Migranten über die Vereine erreicht werden. Dennoch geniessen die Organisationen unter den Zugewanderten ein gewisses Mass an Vertrauen, wie Gaitanides (2003: 44) konstatiert:

⁷³ Im Kapitel 3.2.1.2 finden sich ebenfalls einige Ausführungen zum Thema der Migrantenselbstorganisationen.

Die Migrantenbevölkerung fühlt zwar ihre Interessen nirgendwo gut vertreten, den Selbstorganisationen bringt sie aber das verhältnismässig meiste Vertrauen in der Vertretung ihrer Interessen entgegen.

Die gemeinsame Erfahrung der Migration, ähnliche Lebenssituationen und Gemeinsamkeiten in Bezug auf Sprache und Herkunft fördern das gegenseitige Verständnis und Vertrauen (Calderón-Grossenbacher 2002: 100). Migrantenvereine bergen deshalb das Potenzial als integrationsfördernde Übergangsräume zwischen Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft dienen zu können bzw. eine wichtige Mittlerfunktion zwischen Migranten und den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft einzunehmen. Gleichzeitig nehmen ihre Repräsentanten häufig die Funktion eines *opinion leaders* innerhalb der Gemeinschaften ein. Die Nutzung dieses reichen Potenzials ist jedoch stark davon abhängig, ob die Entscheidungsträger integrative Anliegen im Rahmen der Organisationstätigkeiten als wichtig erachten. Die interviewten Vereinsvertreter nehmen in Bezug auf die Rolle der Migrantenorganisationen im Integrationsprozess unterschiedliche Positionen ein. In einem Gespräch wird angezweifelt, dass der Einfluss des Vereins genügend gross ist, um in diesem Bereich überhaupt etwas bewirken zu können. Im Fall von Organisationen, bei denen die Einwanderung der ersten Generation bereits viele Jahre zurückliegt, ist die Unterstützung in der Alltagsorientierung heute weitgehend in den Hintergrund getreten, während andere Aspekte der Integration als zentral betrachtet werden. Die Präsidentin der Koordinationsstelle der spanischen Zentren und Vereine in der Zentralschweiz schildert die Rolle der spanischen Vereine im Integrationsprozess wie folgt:

Sie haben eine unglaublich grosse Rolle gespielt. Vor dreissig, vierzig oder fünfzig Jahren hatten die Vereine einen Matratzeneffekt. Der kulturelle Schock war so enorm, und für die seelische Gesundheit der Menschen waren die Vereine sehr wichtig. Die Vereine waren immer ein Netz, um Informationen zu verbreiten, Arbeitsstellen zu finden. [...] Heute spielen die Vereine meiner Meinung nach in zwei Bereichen der Integration eine Rolle: Es ist ihre Aufgabe, die politische Integration zu fördern und eine kulturelle Brücke zu schlagen (Milagros Cristóbal, Coordinadora de Centros y Asociaciones Españolas de la Suiza Central, Interview vom 30.9.04).

Bei Organisationen von Migrantengruppen, deren Einwanderung weniger lang zurückliegt, sind Fragen der Alltagsintegration akuter. Einen ersten wichtigen Schritt sehen zwei meiner Interviewpartner darin, dass die Vereine ihren Mitgliedern helfen, Ängste in Bezug auf die Schweizer Gesellschaft und die Integration in diese abzubauen:

Wir möchten die Leute gerne in die Schweizer Kultur integrieren. Aber wir müssen den Leuten zuerst zeigen, dass sie keine Angst zu haben brauchen. Sie haben oft Angst vor Gewalt, z.B. von der Polizei. Wir haben bessere Chancen, hier integriert zu werden, wenn wir keine Angst haben, sondern versuchen, unsere positiven Seiten zu zeigen. [...] Dieser Angstabbau ist für uns der erste Schritt zur Integration (Gabriel Kula Miezi, Réveil Afrique, Interview vom 13.10.04).

Der Verein spielt im Moment fast keine Rolle. Aber der Verein kann den Leuten die Angst nehmen, sich hier in der Schweiz zu integrieren, indem er Beispiele von guter Integration zeigt. Wenn junge Leute wie ich im Vorstand etwas tun, dann ist dies gleichzeitig eine *message* an die kurdische Öffentlichkeit, dass jemand, der sehr gut integriert ist, z.B. studieren kann und gleichzeitig die Muttersprache behalten kann. Dass er Kurde ist, aber gleichzeitig kein Problem hat, Schweizer zu sein. [...] Es ist schwierig, zu diesen Leuten ein persönliches Verhältnis aufzubauen. Daher ist der Verein eine sehr gute Institution (Gani Turunc, Kurdischer Kultur- und Integrationsverein, Interview vom 5.10.04).

Die Vereine sind in der Integrationsförderung unterschiedlich aktiv. Oftmals sind die Anstrengungen in diesem Bereich auf die Initiative engagierter Einzelpersonen zurückzuführen. Gerade wenn andere Vereinsmitglieder dieses Engagement nicht oder nur wenig unterstützen, ist das Frustpotenzial und die Belastung durch diese aufwändige, ehrenamtliche Arbeit hoch. Die Stärkung dieser integrativen Kräfte, wie sie z.B. bereits durch Projektsubventionen im Rahmen der Integrationskredite betrieben wird, stellt deshalb ein wichtiges Anliegen dar. Auch die Qualifizierung von interessierten Mitgliedern könnte hier eine sinnvolle Unterstützung bieten. Das Büro des Neuenburger Integrationsdelegierten führt z.B. seit mehreren Jahren Weiterbildungsmodule für Migranten- und interkulturelle Vereinigungen durch, die auf grosse Nachfrage stossen. Unter dem Titel „Réaliser un projet d'association“ wird an jeweils drei Abenden zum Thema „Schaffung, Leben und Aufgabe einer Migranten- oder interkulturellen Vereinigung“ bzw. zum Thema „Ein Integrationsprojekt realisieren“ informiert (www.ne.ch/migrationsetintegration). Ein wertvoller Nebeneffekt solcher Angebote ist nicht nur die Vernetzung der Organisationen mit den durchführenden Institutionen, sondern auch die gegenseitigen Kontaktmöglichkeiten unter den Vereinen.

Erfolgversprechend sind auch Ansätze der engen Zusammenarbeit von Schweizer Institutionen und Migrantenorganisationen in der Realisierung von Projekten. So erzählte z.B. eine meiner Gesprächspartnerinnen von einer in Bezug auf die Zielgruppenerreichung äusserst erfolgreichen Infoveranstaltung, welche die FABIA für spanische Migranten zu den Auswirkungen der bilateralen Verträge durchführte. Den grossen Zulauf erklärte sie sich einerseits mit der grossen Aktualität, die das Thema damals hatte, dem hohen Mass in dem die Zielgruppe davon betroffen war und der engen Zusammenarbeit mit den lokalen spanischen Strukturen, wie der Koordinationsstelle spanischer Zentren und Vereine in der Zentralschweiz und der katholischen Spaniermission. Während von Seiten der Migranten der Bedarf bestimmt und die Strukturen zur Verfügung gestellt wurden, organisierte die FABIA den Inhalt der Veranstaltung (Verena Wicki Roth, FABIA, Interview vom 18.5.04). Die Hemmschwelle, die Veranstaltung zu besuchen, war für die Zielgruppe tiefer, da ihr vertraute Institutionen einluden.

Eine systematische Zusammenarbeit von Schweizer Institutionen und Migrantenorganisationen ist vor allem deshalb schwierig, weil sich die Vereine der Zugewanderten entsprechend der Migrationsgeschichten ihrer Mitglieder sehr unterschiedlich entwickelt haben. Somit sind die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit jedem Verein anders. Das Zustandekommen von gemeinsamen Projekten von Schweizer Institutionen und Migrantenstrukturen beruht meist auf persönlichen Kontakten. Auch im Fall der Vereine sind unpersönliche Kanäle wenig effizient, so beklagen sich mehrere der befragten Projektveranstalter, dass an die Migrantenorganisationen versandte Informationen zu Integrationsveranstaltungen auf kein Echo stossen. Um den Kanal „Migrantenorganisationen“ optimal zu nützen, muss, wie das Beispiel der FABIA zeigt, vermehrt die direkte Zusammenarbeit gesucht werden. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass das Engagement der Vereinsmitglieder meist ehrenamtlich ist. Dies muss gebührend berücksichtigt und anerkannt werden. Die für eine Zusammenarbeit erforderliche, zeitintensive Beziehungsarbeit zahlt sich durch die verbesserte Zielgruppenerreichung wieder aus. Zusätzlich können diese Kontakte auch zu einer Öffnung der Vereine beitragen.

5 Schlussfolgerungen

Die Frage danach, wie integrationsfördernde Projekte ihre Zielgruppen besser erreichen können, öffnet den Blick auf eine Vielzahl von Einflussfaktoren. Die Gründe, die für oder gegen die Nutzung eines Integrationsprojektes sprechen können, sind auf den verschiedensten Stufen von der Mikro- bis zur Makroebene angesiedelt. So ist z.B. die Veranstaltungszeit eines Angebotes ebenso von Bedeutung für die Zielgruppenerreichung wie die individuelle Lebenssituation der Zugewanderten oder der Grad der Offenheit der Gesamtgesellschaft gegenüber der Migrationsbevölkerung und ihren Anliegen. Diese Komplexität wird zudem dadurch erweitert, dass sich die Zielgruppe der Migranten durch grosse Vielfalt auszeichnet. So unterschiedlich wie die Migrationsgeschichten und aktuellen Lebensverhältnisse der einzelnen Zuwanderer sind auch die Gründe, nicht an einem Integrationsprojekt teilzunehmen. Dennoch können aufgrund der geführten Interviews und der theoretischen Auseinandersetzung mit der Forschungsfrage einige zentrale Aussagen zu den Nutzungshindernissen, die auf Seiten der Zielgruppe bestehen, gemacht werden. Diese Erkenntnisse und die daraus ableitbaren Handlungsvorschläge für die Praxis, sollen hier noch einmal kurz zusammengefasst werden.

Bereits die Kontaktaufnahme mit den interviewten albanischen Migranten liess erahnen, was sich in den Gesprächen mit ihnen, den Vertretern von Migrantenorganisationen, Integrationsprojekten und Fachinstitutionen bestätigte: Bei Problemen der Zielgruppenerreichung handelt es sich in erster Linie um Vertrauensprobleme. Die Teilnahme an einem Projekt setzt voraus, dass sich Migranten in unbekannte soziale Zusammenhänge begeben. Das bedeutet, sie müssen dem betreffenden Angebot im Sinne einer „riskanten Vorleistung“ (Luhmann 2000a: 27) Vertrauen entgegenbringen, von dem sie erst im Nachhinein erfahren, ob es gerechtfertigt war oder nicht. Gleichzeitig hat auch der Migrationskontext als solcher in der Regel negative Auswirkungen auf die individuelle Vertrauensbereitschaft, da Grundvoraussetzungen für die Entstehung von Vertrauen, wie z.B. ein vertrautes Umfeld, fehlen. Durch Migration rücken Erfahrungsraum und Erwartungshorizont (Koselleck 1989) auseinander. Demzufolge sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass die generalisierten individuellen und kollektiven Erfahrungen, auf die ein Akteur zurückgreifen kann, eine verlässliche Basis für den Entwurf seiner Entscheidungen bilden. Diese teilweise Entwertung des Erfahrungswissens führt zu Verunsicherung, da der Alltag und speziell das Verhalten von Interaktionspartnern im veränderten Bezugssystem weniger voraussehbar sind als im Herkunftskontext. Dadurch bietet sich Misstrauen als rationale Strategie im Umgang mit dem neuen Lebensumfeld an. Verstärkend kommt hinzu, dass ein Grossteil der Zielgruppe aus sogenannten *low-trust societies* (Fukuyama 1996) stammt. Diese können mit Giordano (CAS 2005) als Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens verstanden werden und sind durch eine tiefe Skepsis gegenüber der öffentlichen Sphäre geprägt. Derartige Misstrauenshaltungen zeichnen sich durch eine hohe Persistenz aus und wirken als soziales Wissen auch im Migrationskontext nach. Wie die Aussagen meiner Gesprächspartner zeigen, hat diese generalisierte Skepsis gegenüber allem Öffentlichen seinen Ursprung in aktuellen und vergangenen negativen Erfahrungen, wie z.B. aufenthaltsrechtlichen Problemen in der Schweiz oder staatlichem Assimilierungsdruck im Herkunftsland. Als öffentlich wird dabei weitgehend alles ausserhalb des eigenen Nahraums wahrgenommen, der vorwiegend die familiären und verwandtschaftlichen Netze umfasst. Der Kontakt mit der öffentlichen Sphäre wird demzufolge möglichst gemieden, und Vertrauen bleibt weitgehend auf persönliche Beziehungen beschränkt. Schwierigkeiten in der Zielgruppenerreichung können somit auch dadurch erklärt werden, dass Integrationsprojekte in der Wahrnehmung der Migranten Teil der öffentlichen Sphäre sind. Sich mit privaten Anliegen in diesen, erfahrungsbedingt als feindlich wahrgenommenen Raum zu begeben, widerspricht der

Logik der Akteure. Fehlendes öffentliches Vertrauen und die damit verbundenen negativen Erwartungshaltungen führen deshalb zu einem abwehrenden Verhalten gegenüber integrativen Angeboten. Die Frage nach der Verbesserung der Zielgruppenerreichung ist also zugleich die Frage nach geeigneten Bedingungen zur Vertrauensbildung. Denn Vertrauen macht, indem es in Interaktionen von Ängsten befreit, Kooperation wahrscheinlicher (Sztompka 1997: 9f.). Unkenntnis der bestehenden Integrationsangebote, aber auch Ängste und Vorurteile aufgrund ungenauer Informationen sind wesentliche Nutzungshindernisse auf Seiten der Zielgruppe. Auch die Hemmschwelle zur Kontaktaufnahme ist in vielen Fällen sehr hoch. Die Herausforderung für die Praxis besteht nun darin, einschlägige Informationen zu Integrationsangeboten in einer zielgruppengerechten Form und über geeignete Kanäle zugänglich zu machen und damit Vertrauen zu schaffen. Neben der Informationsarbeit muss auch Motivationsarbeit geleistet werden. Dabei ist es besonders wichtig, der Zielgruppe den persönlichen Nutzen aufzuzeigen, den die Teilnahme an einem Projekt für sie haben kann. Gerade Personen, die stark durch die Bewältigung ihres Alltags absorbiert werden, können oft nur schwer zusätzliche Ressourcen mobilisieren, um aktiv an der eigenen Integration zu arbeiten. Damit dies dennoch geschieht, muss ein genügend grosser Anreiz vorhanden sein. Unsichere Lebensperspektiven führen zu Misstrauen in die Zukunft und verhindern, dass solch längerfristige Ziele angepackt werden. Vor diesem Hintergrund der Orientierung auf die nächste Gegenwart wird Integration weniger als Notwendigkeit denn als zusätzliche Belastung empfunden. Als Anliegen der Schweizer. Die Wichtigkeit des persönlichen Integrationsprozesses und insbesondere der sprachlichen Integration muss deshalb bei einem Teil der Zielgruppe noch besser verankert werden.

In Zusammenhang mit der Frage nach geeigneten Kanälen zur Zielgruppenerreichung lässt sich festhalten, dass sich gerade die häufig nicht zielgruppengerechte Werbung für Projekte als hinderlich erweist. Zugewanderte werden durch die für Schweizer Zielgruppen gängigen Informationskanäle, wie Medien oder schriftliche Kommunikation, nicht in genügendem Masse erreicht. Übersetzte Unterlagen haben zwar den Vorteil der besseren Verständlichkeit, aber auch sie führen aufgrund der häufig komplizierten Formulierungen und der Ungewohntheit der Migranten, Informationen auf schriftlichem Weg zu beziehen, kaum zum gewünschten Erfolg. Insbesondere wenn man den hohen Aufwand berücksichtigt, der mit dem Druck, der Übersetzung und der regelmässigen Aktualisierung des Druckmaterials verbunden ist. Ferner zeigt solche Information, auch wenn sie von der Zielgruppe rezipiert wird, nicht automatisch Wirkung. Denn unpersönliche Kanäle besitzen weder das Potential, notwendige Motivations- und Überzeugungsarbeit zu leisten, noch vermögen sie, Vertrauen zu schaffen. Schriftliche Kommunikation zeigt meist erst im Zusammenspiel mit persönlichen Empfehlungen Wirkung. Druckmaterial ist folglich vor allem dann sinnvoll, wenn es der Zielgruppe durch Multiplikatoren abgegeben wird. Denn Mund-zu-Mund-Propaganda erweist sich als effizientester Kanal, um Teilnehmende für ein Projekt zu gewinnen. Es muss deshalb nach Strategien gesucht werden, diese mündliche Form der Werbung gezielt auszulösen. Allgemein gilt dabei, dass der Zugang zur Zielgruppe am erfolgreichsten über Vertrauensverhältnisse erschlossen werden kann. Grundlegend ist dabei, dass persönliches Vertrauen schneller geschaffen werden kann und prinzipiell stärker ausgeprägt ist, als das Vertrauen in abstrakte Gebilde, wie z.B. Integrationsprojekte oder die Institutionen, die solche durchführen. Der sorgfältigen Pflege persönlicher Beziehungen zur Zielgruppe kommt entsprechend grosse Bedeutung zu. Besonders Veränderungen in der Einstellung können am wahrscheinlichsten über direkte, persönliche Interaktion erreicht werden (Schweer/Thies 2003: 131), da sie am ehesten Raum für Überzeugungs- und Beziehungsarbeit bietet. Entsprechend grosse Wichtigkeit kommt den Repräsentanten dieser Systeme in den Prozessen der Vertrauensbildung zu. Als „access points of abstract systems“ (Giddens 1990: 83) stellen sie die bedeutenden Schnittstellen zwischen systemischem und persönlichem Vertrauen

dar. Häufig sind es interkulturelle Vermittler mit Migrationshintergrund, die eingesetzt werden, um bei Migranten derselben Sprachgruppe für ein Projekt zu werben. Dadurch, dass bei ihnen die Informations- und Beziehungsstränge von beiden Seiten zusammenlaufen, haben sie eine wichtige Mittelfunktion zwischen lokalen Strukturen und Inhalten einerseits und den Migranten andererseits. Es sind die Erfahrungen der Zielgruppe mit diesen Repräsentanten, die über Vertrauen oder Misstrauen gegenüber dem Projekt entscheiden. Umso wichtiger ist es, dass diese Stellen mit potentiellen Vertrauensgaranten besetzt werden, d.h. mit Personen, die das Vertrauen der Zielgruppe bereits genießen oder in der Lage sind, dieses zu erlangen. Denn nur wer selber Vertrauen besitzt, kann dieses auch auf andere Vertrauensobjekte, wie z.B. ein Integrationsprojekt, ausdehnen und somit dessen Nutzung durch das Gegenüber wesentlich wahrscheinlicher machen. Erfolgreiche Zielgruppenerreichung setzt deshalb intensive Beziehungsarbeit voraus, sei es direkt mit der Zielgruppe oder mit sogenannten *opinion leaders* (Lazarsfeld/Berelson/Gaudet 1944). Bei Letzteren handelt es sich um Personen, deren Meinung besonders grossen Einfluss auf die Einstellung und das Handeln ihres Umfeldes hat. Ihre Empfehlungen sind daher besonders wirkungsvoll, sie schaffen Vertrauen und Verbindlichkeit. Für die Projektverantwortlichen besteht die Herausforderung einerseits darin, herauszufinden, wer solche einflussreichen Positionen in Bezug auf die verschiedenen Zielgruppen einnimmt. Andererseits gilt es, Beziehungen zu solch einflussreichen Persönlichkeiten aufzubauen und sie zu überzeugen, sich für integrative Anliegen stark zu machen. Mithilfe dieser Vertrauensgaranten muss versucht werden, sogenannte „strukturelle Löcher“ (Burt 1999: 48), d.h., Lücken im gesellschaftlichen Beziehungsgeflecht zwischen Zielgruppe und Mehrheitsgesellschaft zu überbrücken. Diese sind nicht nur durch fehlendes Vertrauen, sondern auch durch den daraus resultierenden Mangel an Interaktion und den nur spärlichen Informationsfluss zwischen zwei Gruppen gekennzeichnet. Durch das Überbrücken solcher struktureller Löcher werden Vertrauensgaranten zu Vermittlern über soziale Grenzen hinweg. Personen, die solche Beziehungen zu beiden Seiten unterhalten, ermöglichen auch die weitgehend geschlossenen Infokreisläufe innerhalb dieser Gruppen zu durchbrechen. Gerade das Einspeisen von relevantem Alltagswissen über diese Kanäle stellt ein wichtiges Potential zur Integrationsförderung dar. Deshalb ist es wichtig, solche Multiplikatoren, die häufig im informellen Rahmen agieren, in ihrer Integrationsarbeit zu stärken (z.B. durch Anerkennung ihres Engagements, Qualifizierung, kontinuierliche Information oder finanzielle Unterstützung).

Die Schaffung von Vertrauen ist jedoch nicht nur auf die Initiierung des Erstkontaktes zu beschränken. Die Projekte selber müssen durch Nähe zur Zielgruppe Vertrauen erwecken und die Hemmschwelle zur Nutzung in allen Aspekten so gering wie möglich halten. Integrationsangebote sind dann erfolgreich, wenn sie sich stark an der Lebensrealität sowie an den Denk- und Handlungsmustern der Zugewanderten orientieren. Die enge Einbindung von Migranten bzw. Migrantenstrukturen in die Planung und Umsetzung von Projekten ist ein grundlegender Schritt in diese Richtung. Um eine möglichst hohe Bedürfnisorientiertheit zu erreichen, muss die Definitionsmacht über die zu treffenden Massnahmen zumindest teilweise an die Zielgruppe abgegeben werden. Dadurch soll auch versucht werden, der teilweise stark unterschiedlichen Bedarfs- und Problemwahrnehmung von Betroffenen und Fachleuten Rechnung zu tragen. Durch die Anknüpfung an Vertrautem kann die Entstehung von Vertrauen begünstigt und bestehende Hemmschwellen können gesenkt werden. Darunter fällt z.B. der Einbezug von Landsleuten oder Binnenstrukturen oder die Wahl eines vertrauten Veranstaltungsortes. Auch in Bezug auf die Projektform sind Muster zu wählen, die in der Logik der Zielgruppe eine vertraute Vorgehensweise darstellen. Gerade die gewohnten Problembewältigungsmuster und Personen oder Stellen, bei denen Migranten in Problemsituationen Rat suchen, bilden erfolgversprechende Ansatzpunkte für Massnahmen. Zugleich muss darauf geachtet werden, dass soziale oder strukturelle Probleme nicht ethnisiert oder

kulturalisiert werden. Wenn immer möglich ist die Öffnung der Regeldienste anzustreben und auf migrantenspezifische Sonderlösungen, die nicht aus der Natur der Sache hervorgehen, wie z.B. Sprachkurse, zu verzichten. Grundsätzlich stossen Massnahmen bei der Zielgruppe auf grössere Akzeptanz, wenn sie auf die Gesamtbevölkerung und nicht nur auf Migranten ausgerichtet sind. Solche Lösungen entsprechen auch eher dem Integrationsgedanken.

In Bezug auf die einleitend aufgestellte Forschungshypothese lässt sich festhalten, dass es sich im Laufe der Forschung durchaus bewahrheitet hat, dass Projekte an sich eine ungewohnte Vorgehensform für Migranten darstellen und sie dementsprechend auf Skepsis und gleichzeitig auf viel Unverständnis stossen können. Gewisse Beispiele zeigen jedoch, dass bei Angeboten, welche die Logik der Zielgruppe und ihr vertraute Vorgehensmuster aufgreifen bzw. einen hohen Anreiz zur Teilnahme bieten, eine erfolgreiche Erreichung des Zielpublikums durchaus möglich ist. Hauptsächlich gehen die Probleme der Erreichbarkeit jedoch auf fehlendes Vertrauen der Migrationsbevölkerung gegenüber solchen Massnahmen und den dahinter stehenden Institutionen zurück. Die daraus resultierenden Rückzugsstrategien sind der Erreichung der Zielgruppe im Speziellen und einer Integration im Sinne von vermehrter Partizipation in die Mehrheitsgesellschaft im Allgemeinen nicht zuträglich. Sie verhindern neue Kontakte und Gelegenheiten, in denen sich das fremde Umfeld als vertrauenswürdig erweisen könnte. Aufgabe der Integrationsförderung muss es sein, durch positive Erlebnisse und viel Beziehungsarbeit den langsamen Aufbau von Vertrauen innerhalb der Zielgruppe zu begünstigen. Denn, um es mit einem Zitat auszudrücken, das dem Schriftsteller Franz Kafka zugeschrieben wird: „Alles Reden ist sinnlos, wenn das Vertrauen fehlt.“

6 Bibliografie

- AfS (Amt für Statistik des Kantons Luzern). 2006. *Sozialbericht des Kantons Luzern. Die soziale Lage der Luzerner Bevölkerung*. Luzern: AfS.
- AfS (Amt für Statistik des Kantons Luzern). 2007a. *Statistisches Jahrbuch der Stadt Luzern 2007*. Luzern: AfS.
- AfS (Amt für Statistik des Kantons Luzern). 2007b. *Statistisches Jahrbuch des Kantons Luzern 2007*. Luzern: AfS.
- Aringoli, Virginio. 2001. *Lebensbedingungen der betagten italienischen Emigranten in der Schweiz. Ergebnisse der Umfrage 2000 der Federazione Colonie Libere Italiane in Svizzera*. FCLIS: Zürich.
- Basler Zeitung. 2004. Hollands Traum von Integration ist geplatzt. Ausgabe vom 13.11.2004, S. 23.
- Beauftragte für Integrationsfragen des Kantons Zürich. 2007a. *Beratungsstellen und Integrationsförderung. Ein Arbeitsbericht 2003-2006*. Zürich: Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich / Kantonale Beauftragte für Integrationsfragen. Online verfügbar unter:
<http://www.integration.zh.ch/internet/ji/integr/de/position/papiere.SubContainerList.SubContainer2.ContentContainerList.0004.DownloadFile.pdf>
- Beauftragte für Integrationsfragen des Kantons Zürich. 2007b. *Motivationsfachperson*. Zürich: Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich / Kantonale Beauftragte für Integrationsfragen. Online verfügbar unter:
<http://www.integration.zh.ch/internet/ji/integr/de/dienstleistu/motivation.html>
- Beglinger, Martin. 2006. Ankommen in der Schweiz. In: *Das Magazin*, Nr. 45/06, S. 16-24.
- Berner Zeitung. 2007. Ab zum Sprachkurs. Ausgabe vom 29.3.2007, S. 1.
- BFM (Bundesamt für Migration). 2006. *Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz*. Bern: BFM.
- BFS (Bundesamt für Statistik). 2000. *Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) 2000*. Neuenburg: BFS.
- BFS (Bundesamt für Statistik). 2005. *Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz. Bericht 2005*. Neuenburg: BFS.
- BFS (Bundesamt für Statistik). 2006. *Die Bevölkerung der Schweiz 2005*. Neuenburg: BFS.
- BFS (Bundesamt für Statistik). 2007. *Wichtigste Ergebnisse der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE 2006 in Kürze*. Neuenburg: BFS.
- Bohn, Claudia und Alois Hahn. 2000. Pierre Bourdieu. In: Kaesler, Dirk (Hg.). *Klassiker der Soziologie. Band 2: Von Talcott Parsons bis Pierre Bourdieu*. München: C.H. Beck, S. 252-271.
- Bourdieu, Pierre. 1983. Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.). *Soziale Ungleichheit*. Göttingen: Schwartz, S. 183-198.
- Boym, Svetlana. 2001. *The Future of Nostalgia*. New York: Basic Books.
- Bruhn, Manfred. 2003. *Integrierte Unternehmens- und Markenkommunikation*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Burt, Ronald S. 1999. The Social Capital of Opinion Leaders. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*. The Social Diffusion of Ideas and Things, Vol. 566 / Nov. 1999, S. 37-54.
- Calderón-Grossenbacher, Ruth. 2002. Beratungsangebote für Migrationsfamilien. In: Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen. *Familien und Migration*. Bern: EKFF, S. 99-118.
- CAS (Centre for Advanced Study Sofia). 2005. Professor Christian Giordano on Public Mistrust and Alternative Channels of Social Interaction. In: *CAS Newsletter*, Nr. 1/05, S. 20-21. Online verfügbar unter:
http://www.cas.bg/downloads/1797876448/cas_newsletter_01_2005.pdf
- Chaudet et al. 2003. Lösungsansätze für den Umgang mit sozialen Problemen von Ausländern und Ausländerinnen in der Schweiz. In: Wicker, Hans-Rudolf, Rosita Fibbi und Werner Haug (Hg.). *Migration und die Schweiz: Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms „Migration und interkulturelle Beziehungen“*. Zürich: Seismo, S. 371-389.
- Coleman, James Samuel. 1990. *Foundations of social theory*. Cambridge Mass.: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Duden. 1997. *Duden. Das Fremdwörterbuch*. Mannheim, Wien, Zürich: Dudenverlag.
- D'Amato, Gianni. 2005. Integration: eine Herausforderung für die Städte in der Schweiz? In: D'Amato, Gianni und Brigitta Gerber (Hg.). *Herausforderung Integration. Städtische Migrationspolitik in der Schweiz und in Europa*. Zürich: Seismo, S. 10-34.

- Domenig, Dagmar, Corina Salis Gross und Hans-Rudolf Wicker. 2000. *Migration und Drogen. Implikationen für eine migrationspezifische Drogenarbeit am Beispiel Drogenabhängiger italienischer Herkunft*. Bern: Institut für Ethnologie der Universität Bern.
- Eisenstadt, Shmuel N. 2001. Vertrauen, kollektive Identität und Demokratie. In: Hartmann, Martin und Claus Offe (Hg.). *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*. Frankfurt a. M. / New York: Campus, S. 333-363.
- EJPD (Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement). 2003. *Förderung der Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Schwerpunktprogramm 2004-2007*. Bern: EJPD.
- EKA (Eidgenössische Ausländerkommission). 1999. *Die Integration der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz. Fakten, Handlungsbereiche, Postulate*. Bern: EKA.
- EKA (Eidgenössische Ausländerkommission). 2004. *Integrationsförderung des Bundes. Evaluation des Schwerpunktprogramms 2001 bis 2003*. Bern: EKA.
- EKA (Eidgenössische Ausländerkommission). 2006. *Jahresbericht '05*. Bern: EKA.
- EKA (Eidgenössische Ausländerkommission). 2007. *Jahresbericht '06*. Bern: EKA.
- Esser, Hartmut. 2000. Assimilation, Integration und ethnische Konflikte. Können sie durch "Kommunikation" beeinflusst werden? In: Schatz, Heribert, Christina Holtz-Bacha, Jörg-Uwe Nieland (Hg.). *Migranten und Medien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 25-37.
- Esser, Hartmut. 2004. Welche Alternativen zur „Assimilation“ gibt es eigentlich? In: Bade, Klaus J. und Michael Bomes (Hg.). *Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche*. Osnabrück: IMIS, S. 41-59.
- Eugster, Reto. 2000. *Die Genese des Klienten. Soziale Arbeit als System*. Wien: P. Haupt.
- Feest, Johannes und Erhard Blankenburg. 1972. *Die Definitionsmacht der Polizei. Strategien der Strafverfolgung und soziale Selektion*. Düsseldorf: Bertelsmann.
- Fischer, Hans. 1998. Feldforschung. In: Fischer, Hans (Hg.). *Ethnologie. Einführung und Überblick*. Berlin: Reimer, S. 73-92.
- Flick, Uwe. 2002. *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.
- Friedrichs, Jürgen. 1990. *Methoden empirischer Sozialforschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Friedrichs, Jürgen und Wolfgang Jagodzinski. 1999. Theorien sozialer Integration. In: Friedrichs, Jürgen und Wolfgang Jagodzinski (Hg.). *Soziale Integration*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 9-43.
- Fukuyama, Francis. 1996. *Trust. The Social Virtues and the Creation of Prosperity*. New York: Free Press.
- Fukuyama, Francis. 1999. *Social Capital and Civil Society*. IMF Working Paper No. 00/74. Washington: International Monetary Found. Online verfügbar unter: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/seminar/1999/reforms/fukuyama.htm>
- Gaitanides, Stefan. 2003. Freiwilliges Engagement und Selbsthilfepotential von Familien ausländischer Herkunft und Migrantenorganisationen – Anforderungen an die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. In: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.). *Migranten sind aktiv. Zum gesellschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten*. Bonn: Universitätsbuchdruckerei, S. 36-52.
- Gambetta, Diego. 2000. Foreword. In: Gambetta, Diego (Hg.). *Trust. Making and Breaking Cooperative Relations*. Electronic edition. Department of Sociology, University of Oxford, S. 94-107. Online verfügbar unter: <http://www.sociology.ox.ac.uk/papers/luhmann94-107.pdf>
- Gambetta, Diego. 2001. Können wir dem Vertrauen vertrauen? In: Hartmann, Martin und Claus Offe (Hg.). *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*. Frankfurt a. M. / New York: Campus, S. 204-237.
- Geertz, Clifford. 1983. *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Giddens, Anthony. 1990. *The Consequences of Modernity*. Cambridge: Polity Press.
- Giordano, Christian. 1992. *Die Betrogenen der Geschichte. Überlagerungsmentalität und Überlagerungsrationaltät in mediterranen Gesellschaften*. Frankfurt a. M. / New York: Campus.
- Giordano, Christian. 2004. Beziehungspflege in Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens. In: *Universitas Friburgensis*, März 2004, S. 7-8.
- Giordano, Christian und Dobrinka Kostova. 2002. Die soziale Produktion von Misstrauen. In: Hann, Christopher (Hg.). *Postsozialismus. Transformationsprozesse in Europa und Asien aus ethnologischer Perspektive*. Frankfurt a. M. / New York: Campus, S. 117-141.

- Glick Schiller, Nina, Linda Basch und Cristina Blanc-Szanto. 1997. Transnationalismus. Ein neuer analytischer Rahmen zum Verständnis von Migration. In: Kleger, Heinz (Hg.). *Transnationale Staatsbürgerschaft*. Frankfurt a. M.: Campus, S. 81-107.
- Goffman, Erving. 1959. *The Presentation of Self in Everyday Life*. New York / London: Doubleday / Anchor Books.
- Han, Petrus. 2000. *Soziologie der Migration*. Stuttgart: Lucius und Lucius.
- Hardin, Russel. 1992. The Street Level Epistemology of Trust. In: *Analyse & Kritik*, 14, Heft 2, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 152-176.
- Hardin, Russel. 2002. *Trust and Trustworthiness*. New York: Russel Sage Foundation.
- Hartmann, Martin. 2001. Einleitung. In: Hartmann, Martin und Claus Offe (Hg.). *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*. Frankfurt a. M. / New York: Campus, S. 7-34.
- Heckmann, Friedrich et al. 2000. *Integrationspolitische Aspekte einer gesteuerten Zuwanderung*. Gutachten für die interministerielle Arbeitsgruppe der Bayerischen Staatsregierung zu Fragen der Zuwanderungssteuerung und Zuwanderungsbegrenzung. Bamberg: Europäisches Forum für Migrationsstudien. Online verfügbar unter: <http://web.uni-bamberg.de/~ba6ef3/pdf/bayern.pdf>
- Heiniger, Marcel und Etienne Piguet. 2001. *Indikatoren zur Integration von Immigrantinnen und Immigranten in der Schweiz*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Hermanns, Harry. 2003. Interviewen als Tätigkeit. In: Flick, Uwe, Ernst von Kardorff und Ines Steinke (Hg.). *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt, S. 360-368.
- Hettlage, Raphaela und Nicole Tellenbach. 1999. Migrations- und Integrationspolitik der 90er Jahre. In: Nigg, Heinz (Hg.). *Da und fort. Leben in zwei Welten. Interviews Berichte und Dokumente zur Immigration und Binnenwanderung in der Schweiz*. Zürich: Limmat Verlag, S. 277-285.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim. 1973. *Soziologie des Fremdarbeiterproblems: Eine theoretische und empirische Analyse*. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Integrationsbeauftragte der Stadt Luzern. 2005. *Nutzung der Freizeitangebote der Stadt Luzern durch Migrantenfamilien. Projektbericht*. Luzern: Stadt Luzern.
- Kardorff, Ernst von. 2003. Qualitative Evaluationsforschung. In: Flick, Uwe, Ernst von Kardorff und Ines Steinke (Hg.). *Qualitative Forschung – Ein Handbuch*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt, S. 238-250.
- Katz, Elihu und Paul F. Lazarsfeld. 1965 [1955]. *Personal Influence. The Part Played by People in the Flow of Mass Communications*. New York: Free Press.
- Kaya, Bülent. 2005. Politique d'intégration à l'égard des immigrés dans les cantons de Neuchâtel et Genève. In: D'Amato, Gianni und Brigitta Gerber (Hg.). *Herausforderung Integration. Städtische Migrationspolitik in der Schweiz und in Europa*. Zürich: Seismo, S. 120-129.
- Kessler, Daniel. 2005. Rassismusbekämpfung mit Projekten: Vorteile und Grenzen. In: Fachstelle für Rassismusbekämpfung. *Domino*. Informationen der Fachstelle für Rassismusbekämpfung. Januar 2005. Bern: FRB, S. 2.
- Kogoj, Cornelia. 1999. *Minderheiten und Medien in Österreich. Ein kommunikatives Missverständnis*. Grundsatzreferat an der Tagung „Ethnische Minderheiten und Mediennutzung. Ausschluss vom Kommunikationsprozess?“ vom 3.12.199. Linz: Radio Freier Rundfunk OÖ. Online verfügbar unter: <http://www.fro.at/tagungmum/corneliakogoj.html>
- Koordinationsstelle für Integration der Stadt Bern. 2005. Familiennachzug. *Newsletter* Nr. 2/05. Online verfügbar unter: www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/kfi/publ/NL205
- Koordinationsstelle für Ausländerfragen und Integrationspolitik des Kantons Luzern. 2004. *Konzept der Sprachförderung von Erwachsenen im Kanton Luzern*. Luzern: Koordinationsstelle für Ausländerfragen und Integrationspolitik des Kantons Luzern.
- Koselleck, Reinhart. 1989. „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien. In: Koselleck, Reinhart. *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 349-375.
- Lanfranchi, Andrea. 2002. Zur psychosozialen Situation von Migrationsfamilien. In: Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen. *Familien und Migration*. Bern: EKFF, S. 77-96.
- Lazarsfeld, Paul F., Bernard R. Berelson und Hazel Gaudet. 1944. *The People's Choice*. New York: Duell, Sloan and Pierce.
- Lindner, Rolf. 2000. Robert E. Park. In: Kaesler, Dirk (Hg.). *Klassiker der Soziologie. Von Auguste Comte bis Norbert Elias*. München: Beck, S. 213-229.

- Lockwood, David. 1992 [1964]. *Solidarity and Schism. The Problem of Disorder in Durkheimian and Marxist Sociology*. Oxford: Oxford University Press.
- Lüdi, Georges und Iwar Werlen. 2005. *Sprachenlandschaft Schweiz. Eidgenössische Volkszählung 2000*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Luhmann, Niklas. 1984. *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas. 2000a [1968]. *Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart: Lucius und Lucius.
- Luhmann, Niklas. 2000b. Familiarity, Confidence, Trust. Problems and Alternatives. In: Gambetta, Diego (Hg.). *Trust. Making and Breaking Cooperative Relations*. Electronic edition. Department of Sociology, University of Oxford, S. 94-107. Online verfügbar unter: <http://www.sociology.ox.ac.uk/papers/luhmann94-107.pdf>
- Mahnig, Hans. 1998. *Integrationspolitik in Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden. Eine vergleichende Analyse*. Neuenburg: SFM.
- Mahnig, Hans und Etienne Piguet. 2003. Die Immigrationspolitik der Schweiz von 1948 bis 1998. Entwicklungen und Auswirkungen. In: Wicker, Hans-Rudolf, Rosita Fibbi und Werner Haug (Hg.). *Migration und die Schweiz: Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms „Migration und interkulturelle Beziehungen“*. Zürich: Seismo, S. 65-108.
- Nauck, Bernhard. 2004. Familienbeziehungen und Sozialintegration von Migranten. In: Bade, Klaus J. und Michael Bommes (Hg.). *Migration – Integration – Bildung: Grundfragen und Problembereiche*. Osnabrück: IMIS, S. 83-104.
- Niederberger, Josef Martin. 2004. *Ausgrenzen, Assimilieren, Integrieren. Die Entwicklung einer schweizerischen Integrationspolitik*. Zürich: Seismo.
- Piguet, Etienne. 2005. *L'immigration en Suisse depuis 1948. Une analyse des flux migratoires*. Zürich: Seismo.
- Prodoliet, Simone. 1998. *Integration heisst Partizipation. Ein Positionspapier der Caritas Schweiz zur Integration von Zugewanderten*. Luzern: Caritas-Verlag.
- Prodoliet, Simone. 2006. *Zauberwort "Integration" – Paradigmenwechsel in der schweizerischen Politik?* Bern: EKA. Online verfügbar unter: http://www.eka-cfe.ch/d/Doku/themen/prs_paradigma.pdf
- Reader's Digest. 2006. *Reader's Digest European Trusted Brands 2006*. Online verfügbar unter: <http://www.rdtrustedbrands.com/trusted-brands/results/person.shtml>
- Sackmann, Rosemarie. 2004. *Zuwanderung und Integration. Theorien und empirische Befunde aus Frankreich, den Niederlanden und Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Sancar-Flückiger, Annemarie. 1995a. *Ethnische Grenzen – Politische Wirksamkeit. Formen kollektiver Auseinandersetzung von ZwangsmigrantInnen aus der Türkei im schweizerischen Exil*. Dissertation. Bern: Peter Lang.
- Sancar-Flückiger, Annemarie. 1995b. *Integration von MigrantInnen – ein aussergewöhnliches Unterfangen? Untersuchung zur Schweizer AusländerInnenpolitik und AusländerInnenarbeit. Das Beispiel der Stadt Bern*. Bern: Institut für Ethnologie der Universität Bern.
- Schmid, Walter. 2004. Vorwort. In: EKA (Eidgenössische Ausländerkommission). 2004. *Integrationsförderung des Bundes. Evaluation des Schwerpunktprogramms 2001 bis 2003*. Bern: EKA, S. 3-4.
- Schramkowski, Barbara. 2006. „Aber bei den Leuten angenommen zu sein, da fehlt es“. Junge SpätaussiedlerInnen zwischen Integration und Ausgrenzung. In: Swiaczny Frank und Sonja Haug (Hg.). *Neue Zuwanderergruppen in Deutschland*. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 118. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, S. 83-96. Online verfügbar unter: <http://www.bib-demographie.de/publikat/materialien/Heft118.pdf>
- Schütz, Alfred. 2002 [1944]. Der Fremde. Ein sozialpsychologischer Versuch. In: Merz-Benz, Peter-Ulrich und Gerhard Wagner (Hg.). *Der Fremde als sozialer Typus*. Konstanz: UVK (UTB), S. 73-92.
- Schweer, Martin und Barbara Thies. 2003. *Vertrauen als Organisationsprinzip. Perspektiven für komplexe soziale Systeme*. Bern / Göttingen: Hans Huber.
- Simmel, Georg. 1908. *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Berlin: Duncker & Humblot. Online verfügbar unter: <http://www.socio.ch/simmel/soziologie/>
- Smitherman, Geneva. 1998. Word from the Hood: The Lexicon of African-American Vernacular English. In: Mufwene, Salikoko S. et al. (Hg.). *African-American English: Structure, History and Use*. London / New York: Routledge, S. 203-225.

- SonntagsZeitung. 2000. "Ich bin kein Rassist". Ausgabe vom 23.7.2000, S.17.
- Sprenger, Kaatje. 1999. Das Schweizer Ausländerrecht 1860-1978. In: Nigg, Heinz (Hg.). *Da und fort. Leben in zwei Welten. Interviews Berichte und Dokumente zur Immigration und Binnenwanderung in der Schweiz*. Zürich: Limmat Verlag, S. 270-276.
- Spycher, Stefan et. al. 2006. *Ausländer/innen, Erwerbslosigkeit und Arbeitslosenversicherung*. Bern: seco.
- Stadtrat der Stadt Luzern. 2002. *Integration in der Stadt Luzern*. Bericht und Antrag 44/2001 an den Grossen Stadtrat von Luzern vom 19. Dezember 2001, beschlossen am 21. März 2002. Luzern: Stadtrat.
- Stadtrat der Stadt Luzern. 2005. *Integration in der Stadt Luzern II*. Bericht und Antrag 32/2005 an den Grossen Stadtrat von Luzern vom 14. September 2005, beschlossen am 15. Dezember 2005. Luzern: Stadtrat.
- Sztompka, Piotr. 1995. Vertrauen: Die fehlende Ressource in der postkommunistischen Gesellschaft. In: Nedelmann, Brigitte. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Sonderheft 35. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 254-276.
- Sztompka, Piotr. 1997. *Trust, Distrust and the Paradox of Democracy*. Discussion Paper P97-003. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Online verfügbar unter: <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/1997/p97-003.pdf>
- Sztompka, Piotr. 1999. *Trust. A Sociological Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Uslaner, Eric M. 2002. *The Moral Foundations of Trust*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Vertovec, Steven. 1999. Immigrant and Ethnic Minority Participation in European Urban Policies. In: Giordano, Christian und Johanna Rolshoven (Hg.). *Europäische Ethnologie – Ethnologie Europas*. Freiburg im Üchtland: Universitätsverlag, S. 77-93.
- Wicker, Hans-Rudolf. 1996. Von der komplexen Kultur zur kulturellen Komplexität. In: Wicker, Hans-Rudolf et al. (Hg.). *Das Fremde in der Gesellschaft. Migration, Ethnizität und Staat*. Zürich: Seismo, S. 373-392.
- Wicker, Hans-Rudolf. 2003. Einleitung: Migration, Migrationspolitik und Migrationsforschung. In: Wicker, Hans-Rudolf, Rosita Fibbi und Werner Haug (Hg.). *Migration und die Schweiz: Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms „Migration und interkulturelle Beziehungen“*. Zürich: Seismo, S. 12-62.
- Wicker, Hans-Rudolf, Sabine Schoch und Thomas Gass. 1996. *Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern*. Bern: Institut für Ethnologie der Universität Bern.
- Wolff, Stephan. 2003. Wege ins Feld und ihre Varianten. In: Flick, Uwe, Ernst von Kardorff und Ines Steinke. (Hg.). *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt, S. 334-349.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

ANAG	Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer
AuG	Ausländergesetz
BVO	Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer
CPI	Corruption Perceptions Index
EKA	Eidgenössische Ausländerkommission
FABIA	Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern
FIM	Forum für die Integration der MigrantInnen
HUMAK	Humanitäre Aktion
IMES	Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (heute BFM)
SAH	Schweizerisches Arbeiterhilfswerk
VIntA	Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Verzeichnis der Interviewpartner

Projekträgerschaften / Projekt	Interviewpartner	Datum des Interviews
SAH – Schweizerisches Arbeiterhilfswerk: Diverse Projekte	Emina Kovacevic und Andrea Paulo	17.05.2004
FABIA – Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern: Diverse Projekte	Verena Wicki Roth	18.05.2004
DFI – Fachstelle für Suchtprävention: Projekt „FemmesTische“	Rebekka Röllin Bolzern	18.05.2004
Trägerverein Sentitreff: Projekt „Türen öffnen“	Lis Bammert	28.05.2004
CARITAS Luzern: Bildungsangebot für Migrantinnen	Isabelle Wicky Nussbaumer	16.06.2004
IPAS – Initiative für HIV/AIDS Prävention für AfrikanerInnen in der Schweiz: Projekt „AWE AWE“ – Theater-Animation	Romy Mathys	18.10.2004
Migrantenorganisationen	Interviewpartner	Datum des Interviews
FIM – Forum für die Integration der MigrantInnen	Claudio Micheloni	17.08.2004
Tamil Mandram	Sivaji Sivasubramaniam	08.09.2004
Coordinadora de Centros y Asociaciones Españolas de la Suiza Central – Koordi- nationsstelle spanischer Zentren und Vereine in der Zentralschweiz	Milagros Cristóbal	30.09.2004
Kurdischer Kultur- und Integrationsverein	Gani Turunc	05.10.2004
Réveil Afrique – Afrikanisches Kultur- zentrum Luzern	Gabriel Kula Miezi	13.10.2004
Serbischer Kulturverein „Nikola Tesla“	Milojko Sucur und Marinko Vukajlovic	15.10.2004
Interkulturelle Vermittler	Interviewpartner	Datum des Interviews
Albanisch	Tune Berisha	17.06.2004
Portugiesisch	Fernanda Koch-Veloso	24.09.2004